

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 16. Februar 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

101300 Arbeitslose in Groß-Berlin.

Das ist das Resultat der Arbeitslosenzählung, die am 12., 13. und 14. Februar von der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft Groß-Berlins vorgenommen worden ist.

Die Zahlen sprechen eine furchtbare Sprache. 101 000 Menschen ohne Erwerbsmöglichkeit und damit ohne Brot! Welche Fülle von Not und Elend muß vorhanden sein, wenn wir bedenken, daß zahlreiche Arbeitslose Familien, Frauen und Kinder haben, die durch die Arbeitslosigkeit der Ernährer gleichfalls dem Hunger preisgegeben sind. Und welche furchtbare Anklage gegen Zustände, die derartige Erscheinungen zeitigen! Der Widerstand unserer heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung kann nicht deutlicher, nicht krasser für jeden Einsichtigen in Erscheinung treten, als durch die Feststellung dieser Elendsziffern.

Bereits im November haben die Behörden von Groß-Berlin eine Arbeitslosenzählung vorgenommen, die aber durch die Art, wie sie vorgenommen wurde, ein vollständig falsches Bild von dem Umfange der Arbeitslosigkeit ergab, ergeben mußte. Die Arbeitslosen wurden aufgeföhrt, in bestimmten Lokalen zu erscheinen und sich hier als Arbeitslose zählen zu lassen. Durch dieses System der Zählung, dem Meldesystem, sind zahlreiche Arbeitslose nicht erfasst worden. Nicht jedermanns Sache ist es, in ein öffentliches Lokal zu gehen und hier vor aller Welt seine Papiere auszubreiten, um seine Arbeitslosigkeit zu beweisen. Dazu kommt, daß viele Arbeitslose von einer solchen Zählung gar keine Kenntnis haben, weil sie keine Zeitungen lesen, die sie aus Mangel an Mitteln nicht halten können, und sich auch sonst nicht um öffentliche Bekanntmachungen bekümmern. Das veranlaßte die sozialdemokratischen Vertreter in den Kommunen, darauf zu dringen, daß die Gemeinden in Zukunft nach dem System der Hauszählung und nicht mehr nach dem Meldesystem verfahren sollten. Damit fanden aber die sozialdemokratischen Vertreter bei den bürgerlichen Mehrheiten und den Magistraten in den Kommunen — von wenigen Ausnahmen abgesehen — kein Gehör. Deshalb mußten sich Partei und Gewerkschaften entschließen, eine eigene Zählung vorzunehmen und zwar durch eigene Zähler, die in den Wohnungen der Arbeitslosen aufsuchten und so deren Zahl in absolut zuverlässiger Weise ermitteln konnten. Diese schwere Arbeit ist mit einem anerkanntswerten Eifer bewältigt worden.

Das ziffernmäßige Ergebnis

ist folgendes: Es wurden gezählt in Berlin 67 367 Arbeitslose, in den Vororten 33 933 Arbeitslose, insgesamt

101300 Arbeitslose.

Dabon sind bereits für Berlin 2089, für die Vororte 1878, zusammen 3467 Karten als zweifelhaft ausgeschieden. Außerdem sind noch in Abzug gebracht:

Herbergen und Asyls.

Alexanderufer 1	8
Schneider-Herberge	10
Schlächter-Herberge	51
Gewerkschaftshaus	118
Bäder	45
Schmiede und Schlosser	5
Müller	5
Herberge Hirtenstr. 20	20
Herberge zur Heimat	81
Herberge zur Heimat, Koppensstr. 64	64
Herberge, Ritterstr. 123	24
Herberge Weinstr. Weberstr. 8	8
Lichtenbergerstr. 700	700
Ahl Wiesenstr. 56	56
Christliche Herberge Auguststr. 4416	4416
Städtisches Ahl	851
Familienobdach	6061

Zu den Vororten von Berlin,

die sich an der Zählung beteiligten, stellt sich das Resultat wie folgt:

1. Adlershof	810
2. Alt-Glienicke	202
3. Bohnsdorf	17
4. Borsigwalde-Waidmannslust	280
5. Britz	411
6. Charlottenburg	3379
7. Dahlem (noch nicht bekannt)	—
8. Eichwalde	27
9. Erkner	123
10. Franz-Buchholz	163
11. Friedenau	248
12. Friedrichsfelde	297
13. Friedrichshagen	492
14. Groß-Lichterfelde	647
15. Grünau	56
16. Heinersdorf	9
17. Johannisthal	84
18. Königs-Wusterhausen	128
19. Köpenick	785
20. Lankwitz	228
21. Lichtenberg	2565
22. Markdorf	115

23. Mariendorf	295
24. Mariensfelde	82
25. Nieder-Schöneweide	74
26. Nieder-Schönhausen	339
27. Nowawes	557
28. Ober-Schöneweide	520
29. Pantow	856
30. Reinickendorf-Ost und West	664
31. Rixdorf	8522
32. Rosenthal	234
33. Rummelsburg	1421
34. Schmögenberg	104
35. Schöneberg	2936*)
36. Spandau	1547
37. Steglitz	903
38. Stralau	166
39. Tegel	314
40. Tempelhof	292
41. Treptow	480
42. Wannsee	51
43. Weichensee	1510
44. Wilmersdorf	890
45. Zehlendorf	196

Summa der Vororte . . . 33933

*) Inklusive Arbeitsfähige.

Vergleichen wir diese Ziffern mit denen, die die Behörden durch das Meldesystem am 17. November ermittelt haben, so ergibt sich folgendes Resultat:

	Amliche Zählung vom 17. 11. 08	Hauszählung vom 13. 2. 09
Berlin	28 006	67 367
Charlottenburg	1 948	3 879
Rixdorf	3 881	8 522
Schöneberg	934	2 936
Wilmersdorf	314	890
Spandau	806	1 547
Lichtenberg	998	2 565
Weichensee	673	1 510
Borsigwalde-Rummelsburg	588	1 421
Steglitz	199	903
Pantow	295	856
Köpenick	809	785
Reinickendorf	293	664
Friedenau	100	248
Ober-Schöneweide	181	520
Friedrichsfelde	80	297
Tegel	120	314
Treptow	143	480
Tempelhof	82	292
Nieder-Schönhausen	88	339
Britz	138	411
Mariendorf	141	295
Johannisthal	85	84
Adlershof	154	319
Dahlem	4	—
Lankwitz	74	228
Rosenthal	85	234
Stralau	33	166
	12 206	30 635
	40 212	98 002

Welche Lehren werden nun Staat und Gemeinde aus diesen Ziffern ziehen? Werden sie weiter wie bisher tatenlos beiseite stehen und durch schöne Redensarten die Hungernden hinzuhalten versuchen?

Gewiß! Die heutige Gesellschaft kann die Arbeitslosigkeit, diese Begleitererscheinung der kapitalistischen Produktionsweise, nicht aus der Welt schaffen; das kann nur geschehen durch die Sozialisierung der Gesellschaft. Aber zur Vinderung dieses schrecklichen Elends kann auch heute schon manches geschehen, wenn nur der gute Wille vorhanden ist. Wird man endlich von Worten zu Taten schreiten?

Der Anschluß deutscher Arbeiter von Kanalarbeiten.

Im nächsten Jahre wird ernstlich mit den Erdbewegungsarbeiten zur Verbreiterung des Nord-Ostsee-Kanals — offiziell Kaiser Wilhelmkanal genannt — begonnen werden. Als die Vorlage darüber am 2. Mai 1907 im Reichstage beraten wurde, ist von dem sozialdemokratischen Fraktionsredner, dem Genossen Frohme, an den damaligen Staatssekretär Graf Posadowsky die Frage gerichtet worden, ob die Reichsregierung bei der Vergebung der Arbeiten dafür sorgen wolle, daß die Unternehmer die gewerkschaftlich vereinbarten oder die ortsüblichen Löhne zahlen, eine bestimmte Arbeitszeit innehalten usw. Befriedigende Resultate seien natürlich nur im Zusammenwirken mit den Arbeiterorganisationen zu erzielen. Graf Posadowsky gab eine entgegenkommende Erklärung. Er sagte nach dem stenographischen Bericht:

„Man hat auch den Wunsch ausgesprochen, daß vor allen Dingen die heimliche Industrie und die deutschen Arbeiter bei der Ausführung des Kanals berücksichtigt werden sollten. Meine Herren, das halte ich für ganz selbstverständlich, daß man so wohl, soweit es mit den finanziellen Ansätzen irgendwie vereinbar ist, in erster Linie das deutsche Material benutzt und ebenso, daß man alle Vermählungen ernstlich anwendet, auch in erster Reihe deutsche Arbeiter zu beschäftigen. Es ist ein großes nationales Werk, das wir jetzt ausführen, und ich glaube, es ist ein berechtigter An-

spruch, daran zunächst und vorzugsweise die deutsche Industrie und die deutsche Arbeitskraft zu beteiligen.“

Auch „gerechte Regelung der Lohnverhältnisse“ versprach Posadowsky u. a. mehr.

Jetzt, da wir vor dem Beginn der eigentlichen Arbeiten und damit vor der Anwerbung von Arbeitern stehen, hat das Kaiserliche Kanalamt in Kiel eine Denkschrift herausgegeben, in der die Grundsätze dargelegt sind, die bei der Beschäftigung und bei der Annahme von Arbeitern Anwendung finden sollen. Diese Grundsätze schlagen nicht nur den vom Grafen Posadowsky gemachten Versprechungen geradezu ins Gesicht, sondern sie verstößen zum Teil auch direkt gegen das bestehende Recht. Aufst. daß in erster Linie deutsche Arbeiter herangezogen werden, wie versprochen worden war, soll eine direkte Zurücksetzung der deutschen Proletarier stattfinden. Erstens wird den Unternehmern verboten, Anrufe zur Heranziehung landwirtschaftlicher und gewerblicher Arbeiter in Deutschland zu erlassen, und zweitens ist ihnen die Benutzung der Arbeitsnachweise nur dann gestattet, wenn die notwendige Zahl von Arbeitern auf andere Weise nicht erlangt werden kann. Der Unternehmer darf also im Auslande Arbeitergejuche veröffentlichen und entsprechende Plakate aushängen, nicht aber im Inlande! Man will offensichtlich die Anwerbung deutscher Arbeiter erschweren und die der Ausländer begünstigen! Da man die notwendige Zahl von Arbeitern doch schließlich holen muß, so der Landwirtschaft und der Industrie aber nicht entziehen will, selbst dann nicht, wenn sie dort keine Beschäftigung haben, so bleibt der Regierung einfach nichts anderes übrig, als die ausländischen Arbeiter zu bevorzugen. So soll es geschehen im Interesse der Agrarier und der Industriellen, zum Schaden der deutschen Arbeiter. Die industrielle Reservearmee soll nicht geschwächt werden, damit sie ständig auf den Lohn drückt.

Die amtliche Denkschrift gibt übrigens ganz unumwunden die Rücksicht auf die „Arbeitgeber“ als Grund ihrer Verordnungen an. Die „Grundsätze“ sind nämlich in einer Besprechung in Kiel am 8. Mai 1908, an der neben Reichs- und Staatsbeamten, Vertreter von Selbstverwaltung- und Kirchenbehörden und Unternehmer teilgenommen haben, vereinbart worden.

Die Arbeiter waren zu dieser Besprechung natürlich nicht eingeladen, obgleich sie doch am meisten interessiert sind. Daß die „Grundsätze“ dazu führen werden, das deutsche Element zurückzudrängen, darüber ist das Kanalamt nicht im unklaren: Es sagt nämlich in der Denkschrift:

„Unter den eigentlichen Kanalarbeitern werden, wie nach den bei den bisherigen Wasserbauten gemachten Erfahrungen anzunehmen ist, die Ausländer überwiegen, russische und galizische Polen, Rumänen, Italiener, vielleicht auch Holländer. . . . Es sind hierbei mancherlei Rücksichten zu nehmen, die eine Ausführung des Baues ausschließlich mit deutschen Arbeitern nicht durchführbar erscheinen lassen.“

Einmal dürfen der heimischen Industrie und Landwirtschaft die ihnen nötigen Arbeitskräfte nicht entzogen werden. Ist auch nicht unwahrscheinlich, daß zurzeit bei der abflauernden wirtschaftlichen Lage sich deutsche Arbeiter in größerer Zahl anbieten werden, so ist doch anzunehmen, daß in der Reihe der Jahre, die der Erweiterungsbau in Anspruch nimmt, wieder eine aufsteigende wirtschaftliche Entwicklung eintritt. Diese würde die deutschen Arbeiter in größerer Zahl zur Rückkehr in ihre frühere Tätigkeit veranlassen.

Ferner gehört zur Kanalarbeit eine gewisse Kunstfertigkeit. Erfahrungsgemäß eignet sich, außer einer kleinen Zahl deutscher Arbeiter, die sich derartiger Arbeit dauernd widmen, die größere Menge der deutschen Arbeiter nicht sonderlich für die schwere Arbeit beim Kanalbau, während andererseits gerade gewisse Klassen von Ausländern dazu besonders gut veranlagt sind. Schließlich ist auch auf die Unternehmung Rücksicht zu nehmen, denen die Vorkarbeiten zum größten Teil übertragen werden sollen. Ihnen soll, wie es bei den bisherigen Bauten üblich gewesen und wie es auch bei den preussischen Wasserbauten vorgeesehen ist, die Beschaffung der Arbeiter überlassen werden. Ihnen dürfen aber darin keine allzu großen Schwierigkeiten und zu weitgehende Vorschriften gemacht werden.“

Um die brutale Zurückweisung der deutschen Arbeiter von dem „nationalen Werk“, das aus den Mitteln der Steuerzahler gezahlt wird, einigermaßen zu beschönigen, wird hier freisüchtig behauptet, die deutschen Arbeiter besäßen nicht die zum Kanalbau erforderliche Kunstfertigkeit und deshalb sei man gezwungen, die Ausländer zu bevorzugen. Das tollste aber leistet sich die Kanalverwaltung in folgender Bestimmung:

„Minderjährige Arbeiter aus Schleswig-Holstein dürfen überhaupt nicht, anderwärts stammende nur mit besonderer Genehmigung der Kanalverwaltung und nur dann beschäftigt werden, wenn sie über 16 Jahr alt sind und in Begleitung erwachsener, näher Verwandten zur Arbeit kommen.“

Hier wird gegen die schleswig-holsteinischen Arbeiter ein himmelschreiendes Unrecht verübt: sie werden unter allen Umständen, so lange sie nicht das einundzwanzigste Lebensjahr erreicht haben, von den Kanalarbeiten ausgeschlossen, auch dann, wenn sie keine andere Arbeit finden können. Für die anderen Deutschen gilt wenigstens noch die Ausnahme, daß ihnen die Arbeit gestattet werden kann, wenn sie in Begleitung näher Verwandter sich befinden. Den arbeitslosen Schleswig-Holsteiner treibt man zum Lande hinaus, um dafür Galizier, Russen und Italiener hereinzuholen! Auch diese antinationale Politik geschieht im Interesse der Agrarier. Die Denkschrift sagt zu dieser unerhörten Bestimmung folgendes:

„Man haben die Unternehmer erklärt, daß ihnen an den minderjährigen Arbeitern nichts gelegen sei. Andererseits hoffen die schleswig-holsteinischen Landwirte von dem Verbot der Beschäftigung Minderjähriger, soweit sie aus der Provinz stammen, ihre jungen Anechte wenigstens bis zur Einstellung ins Heer zu behalten. Es kann also unbedenklich als untere Altersgrenze das vollendete 21. Lebensjahr, das der Volljährigkeit, gewählt werden.“

Also unbedenklich kann man die jungen Leute bis zum 21. Lebensjahr von der Kanalarbeit ausschließen, wenn nur die Landwirte ihre Rechte behalten. Die Landwirtschaftskammer von Schleswig-Holstein hatte sogar verlangt, daß Landarbeiter überhaupt von der Beschäftigung ausgeschlossen werden sollten. Das hat die Regierung denn doch ablehnen zu müssen geglaubt.

Von der gleichfalls vom Grafen Sosabowsky versprochenen Regelung der Löhne steht in den Bedingungen kein Wort! Die Kanalarverwaltung, die über Annahme und Beschäftigung der Arbeiter die subtilsten Vorschriften macht, kann hier plötzlich nichts tun. Sie geht, so heißt es auf Seite 27 der Denkschrift.

...dabei ans, in die Abmachungen zwischen dem Unternehmer und seinen Arbeitern möglichst wenig einzugreifen; sie hält eine allgemeine Regelung durch bindende, von ihr erlassene Vorschriften, insbesondere etwa über die Arbeitszeit (Festsetzung einer Höchstarbeitszeit) oder über die Lohnhöhe (Festsetzung eines Mindestlohnes) für nicht zweckentsprechend und für nicht unbedenklich. Die Verhältnisse und die zu leistenden Arbeiten sind zu verschiedenartig, als daß sie eine einheitliche Regelung zuließen, ohne gleichzeitig eine Reihe von Ausnahmen vorzusehen. Entschieden ablehnend über das Arbeitsverhältnis würde sich nicht gegen die Unternehmer, sondern gegen die Kanalarverwaltung richten. Davor muß diese aber als Reichsbehörde bewahrt bleiben.

Welch erhabene Logik und welch großer Gesichtspunkt. Die Reichsverwaltung will mit unangenehmen Arbeitern nichts zu tun haben und also tut sie nichts für sie und überläßt sie ohne Schutz der Ausbeutung durch die Unternehmer! Das nennt man bequem!

Die Boykottierung deutscher Arbeiter durch eine deutsche Behörde ist um so unerhörter, als sie gerade zu einer Zeit fürchtbarer Arbeitslosigkeit erfolgt. Die Grundzüge sprechen zu dem den vor zwei Jahren von der Regierungsbank aus abgegebenen Versprechungen direkt Hohn. Man sieht, was auf Regierungsversprechungen zu geben ist. Graf Sosabowsky ist nicht mehr und Herr v. Bethmann-Hollweg löst den von seinem Vorgänger ausgestellten Wechsel nicht ein!

Der Gewaltstreik des Dreiklassenparlaments.

Der Junkerpresse beginnt vor der zwar wohl vorbereitet, aber gleichwohl nicht genügend überlegten Vergewaltigung der parlamentarischen Redefreiheit im Falle Hoffmann zu grauen. Dieser in der deutschen Parlamentsgeschichte, die doch wahrlich der Sämann und Erniedrigung genug enthält, gleichwohl einzig dastehende Fall zwingt die konservative Presse, die absurdesten Gründe für eine scheinbare Rechtfertigung an den Haaren herbeizuschleifen. So behauptet die „Kreuz-Zeitung“ in einem längeren Leitartikel, die Mehrheit des preussischen Junkerparlaments habe sich vor die Notwendigkeit gestellt gesehen, dem Genossen Hoffmann seinen „Sauerherdenton“ abzugewöhnen, da die sozialdemokratische Landtagsfraktion dazu offenbar nicht bereit gewesen sei. Aus etlichen trübseligen Geschäftsordnungsbermerkungen folgert sie, daß eine „härtere Plantage“ und „eine gründlichere Bloßstellung“ einer Partei noch nicht widersprechen sei, als bei der Zurückweisung der sozialdemokratischen Zwischenrufes an die Adresse des braven Fischhof. Wir sollten meinen, daß es sehr ungerat sei, Herrn v. Kröcher gerade daran zu erinnern, daß er zwar für die drastischen Zwischenrufe der Sozialdemokraten, nicht aber auch für die Fischhofschen Invektiven, die „Strolche und Wegelagerer“ dieses Freiheitshelden, den Appell an die „Würde des Hauses“ für angemessen hielt! Ueberhaupt ist es der Gipfel der Komik, der Sozialdemokratie wegen einiger von ihren Gegnern provozierten und überreichlich verdienten kräftigen Kennzeichnungen Vorwürfe zu machen, während doch gerade der konservative Kammerherr v. Wappenheim durch seinen Zwischenruf „dieser Bengel“ den Chimborasso des „Sauerherdentons“ erklimmt!

Nicht minder albern ist der Versuch, Hoffmann der Verletzung religiöser Gefühle zu bezichtigen, während er doch lediglich die traurige Abhängigkeit der Kirche und ihrer Vertreter von dem Geldbeutel des Klassenstaates und seiner junkerlichen und kapitalistischen Nutznießer gebührend an den Pranger stellte! Wenn das der Rechten nicht paßt — der Sozialdemokratie, der Vertreterin der stärksten Wählerpartei in Preußen, Klingt so vieles, was von bürgerlichen Abgeordneten vorgebracht wird, erst recht wie die freche Verhöhnung ihrer Ideale! Die unerhörte Brutalität des parlamentarischen Gewaltstreiks läßt sich in keiner Weise beschönigen!

Die „Deutsche Tages-Zeitung“ wird durch ihr schlechtes Gewissen zu noch närrischeren Streichen getrieben. So schreibt sie:

„Aber könnte nicht ein Mitglied, das das Haus in so unerhörter Weise beschimpft, auf einige Zeit von den Sitzungen ausgeschlossen werden? Und wenn große Parteien verfassungsmäßige Bedenken gegen eine solche Handlung der Geschäftsordnung tragen sollten, müßte man dann nicht wenigstens den Abg. Hoffmann so lange an jedem rednerischen Auftreten verhindern, bis er sich wegen seines unqualifizierbaren Verhaltens entschuldigt hat? Tut er das nicht, so zeigt er jedenfalls, daß er zu den „anständigen Leuten“, als die Herr v. Kröcher neulich mit Recht die preussische Landtagsverwaltung bezeichnete, nicht gehört und nicht gehören will.“

Das Dertel-Blatt weiß natürlich ebensogut wie wir, daß der Ausschluß Hoffmanns geschäftsordnungsmäßig ebenso ausgeschlossen ist, wie eine Entschuldigung Hoffmanns wegen seiner völlig zutreffenden Kennzeichnung des Gewaltstaates der Mehrheit des Dreiklassenparlaments aus Gründen der Vernunft und dessen, was wir unter parlamentarischem Anstand verstehen! Das Organ der Protowucherer spielt auch nur deshalb den wilden Mann, um über den unerhörten Junkerstreik seiner Leute im Dreiklassenhaus durch einen logischen und moralischen Saltomortale hinwegzukommen. Was vom Standpunkt des parlamentarischen Anstands über die Sache zu sagen wäre, sagt — soweit wir das zu übersehen vermögen, bezeichnenderweise als ein einziges liberales Blatt! — das „Berliner Tageblatt“, das erklärt:

„Als es sich um die Beanstandung der Berliner Wahlen handelte, da ist von freisinniger wie namentlich auch von konservativer Seite viel vom „Terror“ gesprochen worden. Auch die Landtage, die jetzt im Landtage der sozialdemokratischen Abgeordneten juteil wird, ist aber „Terror“ und „Doylott“ im schlimmsten und bedenklichsten Sinne. Der Abgeordnete Hoffmann ist ein Vertreter des preussischen Volkes so gut oder besser wie die Herren Landräte und Barone der Dreiklassenkammer. Was er zu sagen hat, mag nach Form und Inhalt den konservativen Herren nicht gefallen, ihn und seine Parteigenossen aber deshalb einfach mundtot machen zu wollen, ist in der Tat, wie Hoffmann es durchaus zutreffend genannt hat, eine brutale Vergewaltigung.“

Der Sturz des Großwesirs.

Die Jungtürken haben gesiegt, wie sie wollten. Das Komitee verzieht es, von seiner Macht Gebrauch zu machen. Auch die türkische Verfassung gibt dem Sultan das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Minister zu entlassen und zu ernennen. Aber die Jungtürken wissen, daß der Konstitutionalismus so lange eine Halbheit bleibt, bis nicht das Parlament die Macht besitzt, die Männer seines Vertrauens an die Regierung zu bringen und sie davon zu jagen, wenn sie dieses Vertrauen verlieren.

Und das türkische Parlament besitzt diese Macht. Am dem Tage, an dem das Vertrauensvotum für den Großwesir beschlossen wurde, da lagen im Hafen die Kriegsschiffe klar zum Gefecht, und als der Kammerpräsident Aswad Riza von dem alten Despoten im Namen des Parlaments die Erfüllung seiner Forderung beistimmte, da wußten beide, daß hinter dieser Forderung nicht nur die Abgeordneten, sondern auch die Armee und die Flotte standen. Kiamil wurde entlassen und Hilmi Pascha, der Minister des Innern, der im Konflikt mit Kiamil demissioniert hatte, wurde Großwesir.

Die Gründe, die zu dem heutigen Konflikt zwischen dem Großwesir und der Kammer geführt haben, sind auch jetzt noch nicht völlig klar. Sicher ist nur so viel, daß Kiamil sich von den Einflüssen des jungtürkischen Komitees unabhängig machen, das Parlament zu einem Scheinparlament verurteilen und die Macht der Regierung verstärken wollte. Deshalb wurden die dem Komitee ergebenen Minister entlassen und „Männer der starken Hand“ auf die entscheidenden Stellen berufen. Ob aber diese Maßregeln nicht nur vorbereitende Schritte zur Wiederherstellung des Absolutismus sein sollten, läßt sich mit Sicherheit nicht erkennen, wenn auch die Wahrscheinlichkeit, daß der greise und müde Großwesir nur ein Werkzeug in den Händen Abdul Hamids war, sehr groß erscheint.

Der rasche Sturz der Jungtürken hat diesen und ähnlichen Plänen wohl für lange Zeit denaraus gemacht und die konstitutionelle Zukunft der Türkei gesichert. Zugleich ist der Einfluß der Jungtürken auf die Führung der Regierung, der bisher nur mittelbar gewirkt hat, ein direkter geworden. Denn der neue Großwesir Hilmi Pascha hat ein überwiegend jungtürkisches Kabinett gebildet, dem auch die von Kiamil entlassenen Minister des Krieges und der Marine wieder angehören.

Hatte die Krise in der Türkei und besonders in der Marine und Armeeregierung herborgerufen, so brachte die Lösung zugunsten der Jungtürken und des Parlaments sofort völlige Beruhigung. Die Kammer, die Sonnabend der Schaulplatz erregter Szenen war, nahm Sonntag in Ruhe das Schreiben des ersten Sekretärs des Sultans zur Kenntnis, das die Ernennung Hilmi Paschas anzeigte. Ein Antrag, Kiamil Pascha wegen willkürlicher Ernennung des Kriegs- und Marineministers in Anklagezustand zu versetzen, wurde mit großer Majorität abgelehnt.

Au der auswärtigen Politik der Türkei dürfte der Wechsel im Großwesirat nichts Wesentliches ändern. Der Einfluß Englands in Konstantinopel bleibt tonangebend. Es ist bezweifelnd, daß das jungtürkische Komitee sofort nach dem Vertrauensvotum der Kammer an die „Times“ ein Telegramm richtete, in dem es heißt:

Kiamil Pascha hat und infolge seines antikonstitutionellen Vorgehens gestuzungen, ihn zu stützen. Wir besetzen darauf, der öffentlichen Meinung Englands mitzuteilen, daß auch der Nachfolger Kiamil Paschas, wer er auch sein möge, gegungen werden würde, eine England freundliche Politik innezuhalten.

Und eine Deputation jungtürkischer Abgeordneter begab sich nach Schluß der Kammer Sitzung zum englischen Botschafter, um dem Botschafter die Sympathien der Jungtürken für England auszudrücken.

Andererseits gilt aber Hilmi Pascha für einen Freund Oesterreichs und man darf vielleicht erwarten, daß das türkisch-österreichische Uebereinkommen, dessen endgültige Friedigung von Kiamil immer wieder hinausgeschoben wurde, nun bald abgeschlossen und auch die Verhandlung über die bulgarische Frage, die in letzter Zeit gleichfalls nicht von der Stelle rückte, einer befriedigenden Lösung werde zugeführt werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Februar 1900.

Interne Reichstagsangelegenheiten.

Aus dem Reichstage, 15. Februar. Die Subvention für die Dampferverbindung mit Neu-Guinea wurde heute in zweiter Lesung gemäß dem Kommissionsbeschlusse vom Hause gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, nachdem sich Genosse Noske vergeblich bemüht hatte, wenigstens die sozialdemokratische Resolution zur Annahme zu bringen, durch die der subventionierten Gesellschaft des Norddeutschen Lloyd zur Pflicht gemacht wird, für die Ausreise der Dampfer sowie weisse Schiffsleute anzunehmen, wie zu einer ausreichenden Besatzung des Schiffes erforderlich ist. Ein solcher Eingriff in die Profitmacherei fand keine Gnade vor den Augen der bürgerlichen Parteien, die sonst doch den deutschen Seemann ihrer besonderen Zuneigung verziehen.

Dann trat der Reichstag anläßlich seines Etats in die Erörterung interner Angelegenheiten ein.

Der Abg. Kaempf (fr. Vp.) regte an, die Kommissionen möchten sofort nach Schluß ihrer Sitzungen ihre Beschlüsse publizieren, damit die Abgeordneten und das Publikum stets auf dem laufenden blieben. Graf Dypersdorff (Z.) empfahl seinen Antrag, es möge auf Veranlassung des Reichstags ein wissenschaftliches Handbuch des Reichstagsrechts herausgegeben werden. Freiherr v. Hertling (Z.) unterstützte die Anregung des Abg. Kaempf, ging aber noch weit darüber hinaus, indem er es für ratsam erklärte, daß über die Kommissionsverhandlungen überhaupt keine Berichte veröffentlicht würden. Auch wünschte er über die Plenarverhandlungen durch ein amtliches Bureau „objektive“ Berichte veröffentlicht zu sehen, da seiner Ansicht nach die Zeitungen aller Parteien keine objektiven Berichte bringen.

Das fand die begeisterte Unterstützung des Dr. Arendt (freisinnl.), der für die Geheimhaltung aller Kommissionsverhandlungen seit Jahren arbeitet. Einen sonderbaren Gesichtspunkt verriet der Konservative Graf Westarp, der, trotzdem er erst seit einigen Wochen dem Parlament angehört, sich doch berufen fühlte, dem Reichstag gute Lehren zu erteilen, wie er seine Geschäfte handhaben soll. Er übertrumpfte noch den Dr. Arendt in der Bekämpfung des Grundsatzes voller Deffektivität für Parlamentsverhandlungen.

Die Anregung des Grafen Dypersdorff fand allgemeine Zustimmung, ebenso war man allseitig mit dem Vorschlag des Herrn Kaempf einverstanden. Ueber die Hertling-Arendt-Westarpschen Ideen gingen aber die Meinungen hart auseinander. Wasser mann (natlib.) und Müller-

Reinigen fanden wenigstens Beschmad an der Auslassung der Namen aus den Kommissionsberichten, wobei Herr Müller demokratischer Blätter höchst unzufrieden ist. Herr Liebermann v. Sonnenberg (Antisemit) näherte sich noch mehr dem Standpunkte der Rechten. Unbedingt ablehnend gegen alle Versuche, die Deffektivität der Kommissionsverhandlungen noch mehr einzuschränken als bisher und die Berichte über sie schwerer verständlich zu machen durch Fortlassung der Namen, sprachen sich nur die Genossen Ged und Ledebour namens der Sozialdemokraten aus. Sie verworfen auch den Gedanken der amtlichen „objektiven“ Berichte über die Plenarsitzungen, da er weder von Verständnis für die Technik des Zeitungswesens, noch für die Zwecke der Zeitungsberichte zeugt. Genosse Ged konnte außerdem noch feststellen, daß eine Anregung, die er im Vorjahre gegeben habe, dem weiblichen Arbeitspersonal durch maschinelle Einrichtungen die Arbeit zu erleichtern, in anerkennenswerter Weise berücksichtigt worden sei.

Dann gab es noch ein Duell zwischen dem Professor Stengel (fr. Vp.) und Hindewald (Antij.), weil der erstere für die Einführung der lesbaren Alfchrift (Antiqua) an Stelle der jetzt in Deutschland von den westeuropäischen Kulturländern allein noch festgehaltenen eiligen Mönchschrift (sogenannte deutsche Schrift) eintrat. Herrn Hindewald gelang es dabei, eine Fülle von Mißverständnissen drolligster Art zu produzieren.

Nachdem der Reichstag dann noch die Befatung des Etats des Reichseisenbahnamts begonnen hatte, wurden die Verhandlungen auf Dienstag 2 Uhr vertagt.

Lehrerbefordungen.

Das Abgeordnetenhaus hat am Montag das Lehrerbefordungsgesetz in dritter Lesung in der Fassung angenommen, die es nach den Beschlüssen zweiter Lesung erhalten hat. Obwohl die Linke mit dem Kompromiß keineswegs in allen Punkten einverstanden ist, hat sie doch ihren Widerstand ausgegeben. Auch die Sozialdemokraten stimmten für das Gesetz, das bei all seinen Mängeln, namentlich bei seiner Beeinträchtigung des Selbstverwaltungsrechtes der Gemeinden und bei seiner finanziellen Schädigung mancher Gemeinden den Lehrern wesentliche materielle Vorteile bringt. Die Volksschullehrer haben dadurch wenigstens ein einigermaßen ausreichendes Einkommen erhalten, das Material, aus dem sich die Lehrer rekrutieren, wird infolgedessen ein besseres werden, und das kam und wird nicht ohne Rückwirkung auf die Volksschule und die Bildung der Proletarierjugend bleiben. Dies Moment ist so schwerwiegend, daß die gewiß berechtigten Bedenken unserer Genossen, denen unsere Fraktionsredner in der zweiten Lesung bereiten Ausdruck verliehen hatten, dahinter zurücktreten mußten.

Wie schwer es in diesem reaktionären Landtag ist, Forderungen für die Lehrer durchzusetzen, das zeigte die Behandlung einer Resolution Stalfelter (Z.), die die Regierung auffordert, allgemeine Bestimmungen über Größe und Beschaffenheit der Dienstwohnungen für Lehrer und Lehrerinnen zu erlassen. Ni aller Schärfe wandten sich die Konservativen dagegen, weil dadurch zahlreiche Lehrer „zwangswise“ unzufrieden gemacht und die Schulverbände gegen ihren Willen zu Zusatzausgaben gedrängt würden. Dieser „Grund“ war durchschlagend, um die Resolution zu Falle zu bringen.

Zwei weitere Resolutionen, die eine Erhöhung des Unterhaltungsfonds für ausgeschleubene Lehrer und Lehrerinnen und für die Witwen und Waisen von Elementarlehrern verlangten, wurden der Budgetkommission überwiesen.

Die Beratung der Robelle zum Vergesetz, die außerdem noch auf der Tagesordnung stand, wurde auf Dienstag vertagt.

Eine Lex Wappenheim.

Wenn sich die Rechte der preussischen Junkerkammer so fürchtbar darüber entrüstet, daß sozialdemokratische Abgeordnete keinen Anstand nehmen, Handlungen der Mehrheit des Dreiklassenhauses beim rechten Namen zu nennen, so ist das nichts als unbesonnenste Heuchelei. Denn wie sehr diese Herren selbst eines parlamentarischen Anstandes bedürften, bewies ja der an die Adresse eines sozialdemokratischen Abgeordneten gerichtete, während der Rede dieses Abgeordneten erfolgte Zwischenruf des Herrn v. Wappenheim: „dieser Bengel!“ Dieser Zwischenruf ist neu im Abgeordnetenhaus, während die von sozialdemokratischer Seite gebrauchten Ausdrücke „Blödsinnig“ und „Gemeinheit“, durch die sich die Mehrheit des Hauses so sehr hoquiert fühlte, bereits in früheren Zeiten von bürgerlichen Abgeordneten gebraucht worden waren, wie sich aus dem „Verzeichnis unparlamentarischer Ausdrücke“ in dem Werke des Direktors des Abgeordnetenhauses über die Geschäftsordnung des Hauses ergibt. Einen Abgeordneten als „Bengel“ zu bezeichnen, war ein parlamentarisches Robum, das einzuführen das „Verdienst“ eines konservativen Kammerherrn war!

Vergreiflicher Weise waren die Anstandsregeln der Rechten, die in der Wahrung der „Würde“ des Hauses sogar vor einem brutalen Gewaltstreik nicht zurückschrecken, wie ihn die vierfache Guillotiniierung des Genossen Hoffmann bei der zweiten Beratung des Befordungsgesetzes für die Geistlichen darstellte, sehr ängstlich darüber, daß das Reden konservativen und kammerherrlichen guten Tones durch Einverleibung in das amtliche Stenogramm der Witwen lungelast und der Nachwelt aufbewahrt wurde. Sie sahen alsbald auf Mittel und Wege, um sich derartige Wamagen, eine derartige Ausbeutung ihrer Heuchelei für die Zukunft zu ersparen. So beschloß denn der Seniorenkonzent, daß in Zukunft — abweichend von dem bisherigen Brauche — Zwischenrufe überhaupt nicht mehr ins amtliche Stenogramm aufgenommen werden sollten. Dieser Beschluß scheint auch die Zustimmung des Präsidenten gefunden zu haben, denn seit einigen Tagen sucht man in den Stenogrammen vergeblich nach solchen Zwischenrufen.

Um also den Herren von der Rechten künftig nach Möglichkeit peinliche Verlegenheiten zu ersparen, hat man in aller Stille eine Lex Wappenheim geschaffen, durch die die Stenogramme künftig verknüpft werden. Denn die Antworten der Redner auf Zwischenrufe sind jetzt vielfach völlig unverständlich. Zu nichts, die junkerliche Schande kämlich zu verhalten ist ja wichtiger, als für ein vollständiges und korrektes Stenogramm zu sorgen!

Kohlensteuer in Sicht?

Wie die „Rhein-Westf. Ztg.“ aus zuverlässiger Quelle erfahren haben will, ist von konservativer Seite als Kompensation für die nicht genehme Nachlaststeuer eine Reichskohlensteuer in Vorschlag gebracht worden, und die Regierung soll im Prinzip nicht abgeneigt sein, auf diesen Vorschlag mit einigen Modifikationen einzugehen. Die in Vorschlag gebrachte Kohlensteuer soll 50 Pfennig auf die Tonne geförderter Kohle betragen.

Nach der Versicherung der „Rhein-Westf. Ztg.“ wird sich die Kohlen- und Eisenindustrie energisch gegen eine solche

Steuer ausbleiben und, falls sie im Reichstage angenommen werden sollte, sich durch Preiserhöhungen und Lohnherabsetzungen schädlich zu halten suchen.

„Dem Kohlenbergbau bleibt“, so erklärt das Zeichenblatt, „gar nichts anderes übrig, als entweder die Selbstkosten, also in erster Linie die Löhne, im entsprechenden Betrage herabzusetzen oder den Preis entsprechend zu erhöhen, mit anderen Worten, die Steuer auf die Verbraucher abzuwälzen. Das eine wird den Mitgliedern auf der linken Seite des Hauses nicht erwünscht, das andere denen von der Rechten ebenso unangenehm sein. Für den Bergbau selbst bedeutet die Steuer außerdem eine wesentliche Behinderung seines Abfluges, namentlich auf dem Auslandsmarkt, wo die neuerlichen Tarifmaßnahmen schon die Konkurrenz mit den leistungsfähigen englischen Wettbewerbern erschweren. Wenn die Steuer nicht desto weniger zum Gesetz werden sollte — und bei der Abneigung, die gegen jede großindustrielle Betätigung unter den Volksvertretern besteht, wird bekanntlich jede Maßnahme gutgehen, die sich gegen die Rentabilität und die Ausdehnung dieser Industrie richtet — so wird auf der einen Seite die unausbleibliche Folge die sein, daß die Kohlenverbraucher für absehbare Zeit mit billigerem Brennstoff nicht zu rechnen haben werden, und auf der anderen die, daß die Löhne mit größerem Nachdruck als bisher zurückgeschraubt werden. Auf andere Weise wird der Bergbau die Steuer nicht kompensieren können.“

Die Drohung zeigt, welche Lasten den Kohlenkonsumenten und Bergarbeitern aus einer Kohlensteuer erwachsen würden. Sicherlich könnte bei ihren großen Profiten die Kohlenindustrie die Belastung tragen; aber es wird ihr kaum einfallen, einen Teil ihres Profits auf dem bekannten „Altar des Vaterlandes“ zu opfern, und da sie von allen Großindustrien am besten und strammsten syndiziert und organisiert ist, wird es ihr nicht schwer fallen, die Belastung auf Konsumenten und Bergarbeiter abzuschieben. Nicht die Zeichenblätter würden die Steuer zu zahlen haben, sondern Konsumenten und Arbeiterschaft. Wir glauben deshalb auch kaum, daß sich für diesen agrarischen Steuerentwurf eine Mehrheit im Reichstage findet — trotz der reichen Einnahmen, die diese Steuer verspricht; denn da im letzten Jahre an 149 Millionen Steinkohlen und 63 Millionen Tonnen Braunkohlen in Deutschland gefördert worden sind, würde die Kohlensteuer ungefähr 100 Millionen Mark bringen. —

Das große mecklenburger Verfassungswerk.

Die mecklenburgischen Liberalen greifen in ihrem Kampf für eine sogenannte „freiherrliche“ Verfassung zu den sonderbarsten Maßnahmsstreichchen. So erschien heute, wie der Telegraph meldet, unter Führung des Sanitätsrates Fabricius-Gredesmühlen im großherzoglichen Schloß zu Schwerin eine Abordnung von zwölf Herren aus Mecklenburg-Schwerin und zwei Herren aus Mecklenburg-Strelitz zur Audienz beim Großherzog, um demselben eine Petition mit etwa 40000 Unterschriften zu überreichen. Der Großherzog nahm, wie berichtet wird, die Petition entgegen, dankte den Mitgliedern der Deputation für ihr Erscheinen und erwiderte auf die Ansprache des Führers, die zahlreichen Unterschriften, welche die ihm überreichte Petition gefunden habe, bestätigten ihm, daß die von ihm für richtig erkannte und in Angriff genommene Umgestaltung der händischen Verfassung in weiten Kreisen des mecklenburgischen Volkes freudige Aufnahme gefunden habe. Er sei entschlossen, das begonnene Werk fortzuführen. Manche Schwierigkeiten würden noch zu überwinden sein, doch vertraue er, daß sich die Einsicht von der Notwendigkeit der Einführung einer Repräsentativverfassung immer mehr Bahn brechen werde, und hoffe, daß er diese mit Gottes Hilfe zu einem dienlichen Ende bringen werde.

Der Schweriner Großherzog scheint in seltsamen Auffassungen befangen zu sein. Was hat denn die kuriose mittelalterliche „Verfassungsreform“, welche die mecklenburgische Regierung vorgeeschlagen hat, mit einer Repräsentativverfassung und mit Gott zu schaffen? Der Zweck des großen „Werkes“ besteht doch in nichts anderem, als die Einkünfte des Großherzogs zu mehren und den Grundbesitz seines Hauses zu vergrößern. —

Die Neutralität der evangelischen Arbeitervereine.

Der „Evangelische Arbeiterbote“, Zentralorgan des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine Deutschlands, spricht sich in seiner Nr. 6 über die Haltung der evangelischen Arbeitervereine zur Politik aus. Dabei vernehmen wir, daß die evangelischen Arbeitervereine nach Wesen und Zweck parteipolitisch neutrale Organisationen sind; sie können nichts anderes sein, weil die Verschiedenheit der politischen Parteistellung ihrer Mitglieder eine andere Stellungnahme nicht zulasse. Dann heißt es:

Kann sind die historischen Parteiverhältnisse in den verschiedenen Wahlkreisen Ursache, daß die überwiegende Mehrheit der Mitglieder einmal zur Gefolgschaft dieser, ein andermal zur Gefolgschaft jener politischen Partei sich bekennt. Dennoch wird die neutrale Stellung der Vereine an sich nicht davon berührt, selbst wenn je nach Umständen eine Stellungnahme des Vereins erfolgt. Allerdings ist eine Verbindung mit politischen Parteien zum Kampf gegen andere bürgerliche Parteien unbedingt derweil, im Kampfe aller bürgerlichen Volksteile gegen die Sozialdemokratie dagegen können und müssen die evangelischen Arbeitervereine dem Vordereinstimmen angehören.

Man sieht daraus, was es mit der parteipolitischen „Neutralität“ der evangelischen Arbeitervereine auf sich hat. „Neutral“ den bürgerlichen Parteien gegenüber, um dafür desto eifriger gegen die Sozialdemokratie kämpfen zu können. Genau wie die Kriegervereine, die bekanntlich auch politisch „neutral“ sind, aber den Kampf gegen die Sozialdemokratie als ihre heiligste Pflicht betrachten. —

Gorki ausgewiesen?

Ein Telegramm aus Rom meldet, daß die italienische Regierung Maxim Gorki, Russlands großen Schriftsteller, ausgewiesen hätte, im März Italien zu verlassen. Gorki hat seit längerer Zeit wegen seines schlechten Gesundheitszustandes Aufenthalt auf der Insel Capri genommen, wo er ganz seiner Kunst lebt. Wir können vorläufig nicht annehmen, daß die Meldung richtig ist. Denn wenn schon der Verfolgungssucht der russischen Regierung jede Brutalität zuzutrauen ist, so könnte es die italienische Regierung nicht wagen, der unterwürfigen Knecht despotischen Verfolgungswahnsinns zu werden. —

Die heilige Disziplin.

Der Matrose Fritz Lobmann vom Kriegsschiff „Goh“ hatte sich vor dem Marine-Kriegsgericht zu Danzig wegen Schlagsverletzung, Beleidigung und tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten zu verantworten. Belastungsgenüge war der „Beleidigte und tätlich angegriffene Vorgesetzte“, der Sanitätsmaat Buchholz. Nach seiner Einlassung hätte Lobmann und seine Kameraden den letzten Sibirerabend mit solchem Lärm gefeiert, daß er sich genötigt sah, Lobmann zurechtzuweisen. Dabei soll der Matrose ausfällig geworden sein,

beleidigende Worte gegen ihn gebraucht und ihm schließlich mit der Faust einen Stoß vor die Brust versetzt haben.

Nach anderen Zeugen hat sich der Vorfall wesentlich anders abgespielt. Buchholz soll Lobmann befohlen haben, ihm auf einer Harmonika etwas vorzuspielen. Das habe Lobmann abgelehnt. Nach einem Wortwechsel wäre Lobmann darauf zu seinen Kameraden gegangen. Der Matrose folgte und schimpfte: „Sie Schuft! Sie sind ein Lump in meinen Augen!“ Der direkte Vorgesetzte des Buchholz, der Oberleutnant Roll, über die Glaubwürdigkeit des Maaten vernommen, erklärte, daß er den Buchholz nicht für unbedingt glaubwürdig halte; er sei der Meinung, daß Buchholz die Leute nicht richtig anfaße. — Buchholz ist bereits wegen Beleidigung eines Mannes disziplinarisch vorbestraft.

Auf die Aussage des Buchholz hin verurteilte trotz der widerprechenden eidlichen Aussagen mehrerer anderer Zeugen das Gericht den Matrosen Lobmann zu drei Jahren Gefängnis!

Frankreich.

Die Amnestiebedanten.

Paris, 19. Februar. (Eig. Ber.) Die Majorität ist wieder einmal zu Kreuze gekommen. Sie hat, wie Clemenceau es ihr befohl, ein Amnestiegesetz beschlossen, das kaum mehr als ein Gaukeleispiel ist. Nur die wegen des Streiks von Draveil und der damit zusammenhängenden Ereignisse Verfolgten sollen daran teilhaben, aber nicht die „Antipatrioten“ und nicht die gemäßregelten Beamten. Die Amnestierung der Verfolgten von Draveil ist aber kein Zugeständnis der Regierung, sondern die Frucht einer Blamage. Nachdem das eifrige Bemühen des gefügigsten Staatsanwalts gegen die monatelang in widerrechtlicher Haft gehaltenen Leiter der Arbeitskonföderation nicht das bescheidenste Anklagematerial zusammengerast und nicht ihre schließliche Entlassung verhindert hatte, war der Freispruch für den Rest der Verfolgten gewiss geworden. Der Prozeß drohte aber obendrein zu einer persönlichen Verlegenheit für Briand zu werden, der sich hier seinen alten Freunden und Konspiratoren gegenüber gesehen hätte und ihren Indiskretionen preisgegeben gewesen wäre. Briand hat unter diesen Umständen die bequemere Tribüne der Kammer vorgezogen und seine Verteidigungsrede mit dem günstigeren Effekt einer scheinbaren leidenschaftlichen Improvisation an den Mann gebracht. Die Gelegenheit dazu bot ihm der Monarchist Delahaye, der Biale aus der berühmten Rede Briands auf dem Kongreß in der Salle Japy vorlas. Briand hatte die ungeheuerliche Kühnheit zu behaupten, daß die Proschüre, worin sie verbreitet wird, ihre Tendenz entstelle, die durchaus friedlich sei. Er habe immer die Propaganda der Gesetzlichkeit betrieben und Anwendung von Gewalt nur zur Abwehr eines Staatsstreiks zugelassen. Nun aber handelte Briands Rede, die zur Bekämpfung der von den Guedisten vertretenen Politik der Eroberung der politischen Macht gehalten wurde, vom revolutionären Generalfreieit und der durch diesen geschaffenen Situation mit ihrem voraussetzlichen Zusammenstoß der Armee mit den Streikenden. Wie die syndikalistische „Revolution“ erklärt, hat Briand obendrein die Proschüre, die er jetzt als entstellend bezeichnet, seinerzeit selbst für den Druck revidiert! Auch ist es bekannt, daß Briand, weit entfernt von „friedlichen“ Tendenzen, mit anarchistischen Revolutionären dem Geheimbund der „Ritter der Arbeit“ angehört hat, der eine freilich höchst ungefährliehe Kutschspielerei betrieb. Seine jetzige Behauptung, er habe immer der friedlichen Verlegung der sozialen Konflikte dienen wollen, veranlaßt die „Revolution“, ihm den Titel eines „französischen Kow“ zu verleihen. Natürlich verdient er ihn nicht, denn er hat weder ehedem noch jetzt irgendeiner Sache oder einer Institution gedient, sondern immer, allerdings mit vollendeter Unbedenklichkeit, seiner Person. Dieses mit einem unfehlbaren, außerordentlichen Talent. Um so sonderbarer mußte es erscheinen, daß er diesmal in der Kammer durchaus als unbedingter Charakter anerkannt werden wollte und zur Verkräftigung dieser waghalsigen Behauptung einmal übers andere andrie: „Ich bin ein ehrlicher Mann, ich war ein ehrlicher Mann, ich werde ein ehrlicher Mann bleiben.“

Die Sozialisten forderten die Ausdehnung der Amnestie auf die „Antipatrioten“ und weller die Wiedereinsetzung der gemäßregelten Beamten. Man erinnert sich der ungeheuerlichen Strafen, die die Doungesgerichts in den letzten Monaten wegen antimilitärischer Artikel verhängt haben: fünf Jahre Gefängnis für den verantwortlichen Redakteur der „Guerre Sociale“, der eine aufgeregte Phantasie über die Insurrektion im Kriegsjahr hatte passieren lassen, drei Jahre für einen sechzehnjährigen Knaben usw. Die Radikalsocialisten hatten nur zum kleinen Teil den Mut, für das von Sembat ausgedrückt begründete Amendement zu stimmen. Schwerer fiel ihnen die Verweigerung der Amnestierung der Beamten. Hier handelte es sich um eine zahlreiche Wählererschaft, deren Mißbegünstigen man zu fürchten hat. Die neuwählten zwei Wahlsieger der geeinigten Sozialisten haben ihnen Angst eingejagt. Aber Clemenceau gab in diesem Punkt nicht nach und die Radikalen waren zu feige, um die Forderung durch die Delegation der Linken zum Beschluß erheben zu lassen. Nachträglich jammert die radikal-socialistische Presse über diese Lausheit. Sie übersieht oder in ihrer Verhängnislosigkeit für alle über das Couloirgetriebe hinausgehende Politik, daß die Ohnmacht der Delegation und die Feigheit der Deputierten keineswegs ein bloßer moralischer Defekt ist, sondern die Wirkung der sozialreaktionären Umstimmung der vor dem Sozialismus stehenden und die Sozialreform hassenden Kleinbürgerchaft. —

Eine Nachwahl.

Paris, 15. Februar. Im Departement Haute-Marne wurde an Stelle des zum Senator gewählten Radikalen Rougeot der Sozialist Adolphe Rouget mit 10963 Stimmen gegen den katholisch-liberalen Desein zum Deputierten gewählt, der 9324 Stimmen erhielt.

England.

Das Marineprogramm.

London, 15. Februar. Die „Daily News“ erzählt, ist in bezug auf das Schiffbauprogramm noch nichts Endgültiges beschlossen, da die Entscheidung bis nach dem Besuche König Eduards in Berlin zurückgestellt worden war. Das Blatt glaubt, daß das Kabinett in gewisser Weise seinen bisherigen Standpunkt aufgegeben habe und aus Sparmaßregeln für nächstes Jahr zunächst nur den Bau von vier Dreadnoughts statt der von der Admiralität geforderten sechs befürworten werde.

Persien.

Die Kämpfe in Rescht.

Teheran, 14. Februar. Aus Rescht sind folgende Einzelheiten über die dortselbst ausgebrochenen Kämpfe mitgeteilt. Ungefähr 200 Verschwörer, hauptsächlich Kaufleute, drangen in einen Garten, in welchem sich der Gouverneur aufhielt, und blendeten eine Bombe, durch die der Gouverneur und seine Gefährten getötet wurden. Unbarm lehrten die Verschwörer in die Stadt zurück, zerstörten mittels Handgranaten das Gouvernementsgebäude, die Post, das Telegraphen- und das Justizgebäude und bemächtigten sich des Arsenal und der Geschütze. Die Revolutionäre haben dem

russischen Konsul versprochen, Leben und Eigentum der russischen Untertanen und der friedlichen Ortsbewohner nicht zu gefährden.

Soziales.

Gewerbegericht.

Aus der Sitzung der Kammer I unter Vorsitz des Magistratsassessors Dr. Magnin vom 15. Februar 1909.

1. Unberechtigte Lohninbehaltung wegen vermeintlichen Schadenersatzanspruches.

Es klagt die Wulennäherin Eise M. gegen den Inhaber einer Wulsenfabrik Mag. Esst. Sie war als Heimarbeiterin für E. tätig. Für acht von ihr gefertigte Wulsen hat sie den vereinbarten Lohn von 1,35 M. pro Stück nicht erhalten, weil, wie der Beklagte angibt, die Wulsen derart verdorben seien, daß der volle Lohn zur Deckung des Schadens benötigt wird. Das Gericht nahm die Wulsen in Augenschein, konnte sich aber nicht davon überzeugen, daß dieselben derart wertlos seien, wie der Beklagte behauptet, es schätzte den Wiederwert der Arbeit auf 35 Pf. und verurteilte die Beklagte, der Klägerin 1 M. für das Stück, insgesamt 8 M. zu zahlen. — Die Wulennäherin Frau Sch. hatte für Frau Diezgang mehrere Duzend Wulsen geliefert. Bei der letzten Lieferung wurden ihr 7,20 Mark für unbrauchbar gelieferte Arbeit einbehalten. Im Laufe der Verhandlung wurden 3,00 M. Lohn anerkannt. Streitig waren noch 3,00 M. für 8 Duzend a 1,10 M. Davon hatte Klägerin 1 Duzend fertig abgeliefert. Da aber die Beklagte von der Arbeit nicht bedrängt war, ließ sie die noch verbliebenen 2 Duzend von der Klägerin abholen. Diese liegen dem Gericht vor. Das Gericht hält die Arbeit durchaus nicht für verdorben. Die Beklagte bezieht sich auf das bereits gelieferte Duzend, das sie habe ändern lassen müssen. Da es aber der Klägerin abgenommen worden ist, empfiehlt das Gericht auch den vereinbarten Lohn dafür zu zahlen. Für die weiteren beiden halbfertigen Duzend soll die Klägerin je 75 Pf. erhalten. Somit soll die Klägerin abzüglich des Krankenkassenbeitrags 6,92 M. erhalten. Die Parteien akzeptieren diesen Vorschlag.

2. Ein Beispiel von der Ausbeutung weiblicher Arbeitskraft in der Konfektionsbranche.

Die Näherin Fel. Dükerhoff hat vom 17. bis 20. Dezember 1908 und vom 4. bis 12. Januar 1909 bei Frau Natalie Diersdorf, Jahrg. 7 auf Kostime gearbeitet. Sie sollte pro Tag 1,50 Lohn und Verpflegung erhalten. Ihre Tätigkeit erstreckte sich nicht nur auf die Wochentage. Sie mußte auch an den Sonn- und Feiertagen bis 5 Uhr nachmittags tätig sein. Ihre Arbeitszeit war eine unregelmäßige. Sie war ununterbrochen tätig, mehrmals die ganze Nacht hindurch. Für die Tätigkeit erhielt sie von Frau D. als Gegenleistung neben einer unzureichenden Verpflegung an Lohn gezahlt: in vier Raten insgesamt 12,50 M. Erst als die Klage eingereicht war, erkannte wohl Frau D., daß dies denn doch wohl zu wenig sei; sie zahlte darauf noch 7,50 M. Das befriedigte aber Fel. D. nicht. Sie forderte noch 22,50 M., darunter für sieben Nächte a 3 M. = 21 M. Die Beklagte wendete ein, daß ihr die Klägerin freiwillig ohne Entschädigung zu verlangen des Nachts geholfen habe. Die Klägerin behauptete dagegen, daß sie nur auf ausdrückliches Verlangen des Nachts gearbeitet hat. Nach langen Bemühungen gelang es dem Gericht, die Beklagte davon zu überzeugen, daß sie die des Nachts geleistete Arbeit doch nicht umsonst verlangen kann. Die Parteien verglichen sich auf 18,50 M.

3. Wiederholtes Zusammentreffen ist an sich allein kein Entlassungsgrund.

Eine Lohnentschädigung für 14 Tage wegen unberechtigter Entlassung fordert die Klägerin E. Sie war bei den Parzischen Eheleuten, die in der Krausstraße 4 eine Plättanfertigung innehaben, in Akkordlohn beschäftigt und erzielte einen Durchschnittsverdienst von 18 M. Die Arbeitszeit war, wie der Beklagte hervorhebt, wie in anderen Plättbetrieben keine geregelte. In der Regel wird bis ungefähr 10 Uhr abends gearbeitet. Doch häufig wird noch bis 1 Uhr nachts, ja sogar bis 4 Uhr morgens gearbeitet. Am 2. Februar kam Herr E. um 1/2 Uhr nachmittags in angetrunkenem Zustande nach Hause. Es gab einen scharfen Austritt, bei dem die Klägerin getroffen worden sein will. Klägerin wurde sofort entlassen. Beklagte macht geltend, daß die Klägerin wegen Zusammentreffens entlassen worden sei. Auf Befragen geben die Beklagten zu, daß Klägerin nach der am 24. Dezember erfolgten Verwarnung bis zum Tage vor ihrer Entlassung nicht zu spät gekommen sei. Klägerin behauptet, daß die von E. ausgesprochene Verwarnung durch dessen Ehefrau wieder aufgehoben worden sei; denn sie habe ihrem Ehemann gegenüber erklärt, das Zusammentreffen sei nicht so schlimm, da Klägerin ja oft genug bis in die Nacht hinein arbeite. Die Ehefrau gibt die Möglichkeit einer solchen Bemerkung zu.

Das Gericht verurteilte nach wiederholten vergeblichen Vergleichsversuchen die Beklagten zur Zahlung der geforderten Entschädigung von 36 Mark mit der Begründung, das wiederholte Zusammentreffen sei bei solcher ausgedehnten Arbeitszeit durchaus zu entschuldigen und stelle an sich keinen Entlassungsgrund dar. Dafür, daß die Klägerin verwarnt sei, seien die Beklagten beweispflichtig geblieben.

Zum Kölner Arztstreik.

Die Versuche, den freiblen Arztstreik in Köln durch unwahre Behauptungen zu entschuldigen, machen sich in einigen Prehorganen breit. Zum Echo der unwahren Ausstellungen haben sich ja bekanntlich auch einige bürgerliche Abgeordnete hergegeben.

Demgegenüber stellen wir wiederholt folgendes fest: Das Oberverwaltungsgericht hat Maßnahmen, die zugunsten der Ärzte in dem früheren Arztstreik von Behörden leider getroffen waren, als gesetzwidrig gekennzeichnet. Die Ärzte suchen offensichtlich jetzt abermals ein gesetzwidriges Einschreiten der Behörden zu veranlassen. Der Kölner Krankenkassenverband hat schon vor Beginn des Arztstreikes genügend Ärzte vertraglich auf Jahre hinaus verpflichtet und zwar in einer Zahl, die auch von der Regierung als durchaus genügend erachtet wurde. Es ist unwahr, daß die Kölner Kassen nicht ausreichend Ärzte hätten. In einer Versammlung der Kassenvorstände und leitenden Beamten wurde festgestellt, daß nach der eigenen Angabe der neuen Ärzte zwei Drittel von ihnen durch die Behandlung der Kassenmitglieder allein nicht voll beschäftigt werden, und daß kein Fall bekannt geworden ist, in dem von den neuen Ärzten nicht in kurzer Zeit Hilfe geleistet wurde. Eine Verlegung der sämtlichen erwerbsunfähigen Kassenmitglieder hat ergeben, daß berechnete Klagen über die neu ärztliche Behandlung nicht vorgebracht wurden; im Gegenteil haben die Befragten sich durchaus lobend über die gründliche Untersuchung und die sonstige Behandlung ausgesprochen.

In einer vom national-liberalen Verein einberufenen Versammlung in Köln hat einer der leitenden Geister des Arztvereins, Dr. Rayenstein, erklärt, nicht ausschließlich die materielle Seite sei es, die die Ärzte auf freie Arztwahl dringen lasse; durch die freie Arztwahl werde der Arzt gezwungen, einer Organisation anzugehören, und dies spreche in der Hauptsache bei dem Vorgehen des Arztvereinsbundes in Köln mit.

Also die Krankenkassen sollen die Rolle des Prügelknaben spielen, damit die Organisation der Ärzte stark und mächtig werde, und darum beschlößt man Kranke und Sterbende.

In der Diskussion erklärte der Arzt Dr. Schöbe, an dem Kölner Konflikt sei allein die Art des Vorgehens des Arztvereinsbundes

Schuld. Es mache sich unter den Mitgliedern der
Kerzorganisation eine Gärung bemerkbar, die
kurz davor stehe, in die Tat überzugehen; die Kerze
würde für gut und recht gehalten, nicht aber, was ihnen von
Leipzig befohlen würde.

Der Kölner Kerzestrich hat wieder ein Menschenleben
gefordert; einer der streikenden Kerze in Köln-Lindenthal ver-
weigerte die Behandlung eines ein Jahr alten Kindes,
weil der Vater Kassenmitglied war. Infolge der Verzögerung starb
das Kind einige Stunden nachher an Diphtheritis und zwar in den
Armen des Vaters auf dem Wege zum Augustin-Hospital.

Es ist höchste Zeit, daß der Behandlungswang reichsgesetzlich
eingeführt werde.

Polizeiverordnung gegen Pflöge von Lungenheilstätten.

Im November v. J. machten, wie wir feinerzeit mitteilten, einige
Pflöge der Lungenheilstätte „Abrechtshaus“ bei Stiege einen
Ausflug nach Wintersberge und nahmen dort in einer Gastwirtschaft
Erfrischungen zu sich. Dieses „Verbrechen“ beantwortete der
Wintersberger Amtsvorsteher mit Strafmandaten von je
3 Mark. Hiergegen beantragte die Betroffene gerichtliche
Entscheidung und das Schöffengericht in Harzgerode
hat nunmehr „Im Namen des Herzogs“ für Recht
erkannt, daß es bei der polizeilichen Bestrafung
bleibt. Im Urteil wird gesagt, die Polizeiverordnung
bestimme, daß für die Pflöge des Abrechtshauses der
Aufenthalt in den geschlossenen Räumen der Gast-
und Schankwirtschaften verboten sei; hiergegen sei
verstoßen. Die Rechtsgültigkeit der Verordnung könne nicht in Frage
gestellt werden, da sie auf Grund der §§ 8 und 10 des anhaltischen
Gesetzes über die Polizeiverwaltung erlassen und im anhaltischen
„Staatsanzeiger“ veröffentlicht worden sei.

Ferner wird im Urteilstenor hervorgehoben, daß die Pflöge
des Abrechtshauses zum mindesten der Behaftung mit Tuberkulose
verdächtig seien. Deshalb sei im öffentlichen Interesse ihr Aufenthalt
in geschlossenen Räumen von Gast- und Schankwirtschaften
verboten. Die Polizeiverordnung richte sich in ihrem Bestreben
dahin, die Allgemeinheit vor Ansteckungsgefahr zu schützen.

Diese Argumentation ist um so befremdender, als der § 8 frag-
licher Verordnung den Gastwirten die Pflicht auferlegt, die von den
Pflögern des Abrechtshauses benutzten Tsch- und Trinkgefäße
sofort nach Gebrauch in heißer zweiprozentiger Sodalösung sorg-
fältig zu reinigen.

Der Rechtsgültigkeit und Zweckmäßigkeit der Polizeiverordnung
dürften trotz des Urteils lebhaften Zweifel entgegenstehen.

Gewerkschaftliches.

Ein Wort an die deutschen Arbeiter!

Die Buchdrucker Amerikas haben eine Delegation nach Europa
geschickt, um die Solidarität der Arbeiter in Anspruch zu nehmen.
Die Schriftsetzer der Vereinigten Staaten führen seit mehreren
Jahren einen erbitterten Kampf um Einführung des achttündigen
Arbeitslages.

Allen Widerstände der organisierten Druckereibesitzer zum
Trotz ist es ihnen gelungen, im größten Teil der Druckereibetriebe
ihre Forderung durchzusetzen, doch steht ein Teil der verbündeten
Druckereikapitalisten dem Widerstand fest, und wehrt sich be-
sonders auch dagegen, daß in seinem Betriebe die Regeln und For-
derungen Geltung erlangen, die die Gewerkschaften zum Schutze
und im Interesse ihrer Mitglieder aufzustellen für nötig fanden.

Dieser Teil der Druckereibesitzer der Vereinigten Staaten ist
organisiert und führt seit Jahren einen erbitterten Kampf gegen
jede Gewerkschaftsforderung. Kein Mitglied der organisierten Ar-
beiterschaft wird von diesen Leuten beschützt, und offen wird er-
klärt, daß sie ihren Kampf führen, um die Organisation der Ar-
beiter zu vernichten.

An der Spitze dieser Todfeinde der organisierten Arbeit steht
eine Firma, die sich „Butterick Publishing Company“ nennt und die
in New York ihren Sitz hat. Diese Gesellschaft ist eine der größten
Verlagshäuser der Welt. Ihr Aktienkapital beträgt über fünfzig
Millionen Mark und sie ist die Führerin im Kampfe gegen die or-
ganisierte Arbeit ihres Berufs, und hat auch die Hilfe der Gerichte
in Anspruch genommen, um die Arbeiter ins Gefängnis zu bringen.

Vom 24. November 1905 waren bei der „Butterick Publishing
Company“ nur organisierte Arbeiter beschäftigt. Am genannten
Tage stellte die Firma unorganisierte Arbeiter ein, um die Ein-
führung des Achttundentages zu verhindern, die von der Schrift-
setzer-Gewerkschaft verlangt wurde. Seit jener Zeit führen die
Buchdrucker New Yorks und der Vereinigten Staaten ihren Kampf
um Anerkennung ihrer Union und um Einführung des Achttunden-
tages gegen das genannte Verlagshaus. Unsummen von Geldern
und Kräften sind darauf verwandt worden, es zum Nachgeben zu
zwingen. Nicht ganz vergeblich, denn die „Butterick Publishing
Company“ hat vom 1. Januar ab sich gezwungen gesehen, den Achttun-
dentag in ihren Betrieben einzuführen. Noch aber verweigern die
Leiter des Geschäfts die Anerkennung der Union und die Ein-
führung der Unionregeln in ihrer Druckerei. Sie stützen sich dabei
auf den internationalen Charakter ihres Geschäfts. Die Publi-
kationen der „Butterick Publishing Company“ werden in der ganzen
Welt abgesetzt und in allen Sprachen verbreitet. In Deutschland
gibt diese Firma neben den Buttericks Schnittmustern
die monatliche Zeitschrift „Moden-Revue“, Buttericks
Moden-Album und Buttericks Moden der Haupt-
städte heraus, die in Berlin erscheinen. Auf diesen internationalen
Charakter ihres Geschäfts gestützt, weigert sich die genannte Firma
immer noch, die Organisation der Arbeiter anzuerkennen. Sie er-
klärt, daß, wenn die Gewerkschaft der Schriftsetzer auch in den Ver-
einigten Staaten ihr beträchtlichen Schaden zufügen möge, die Macht
der Arbeiterschaft doch nicht so weit reichen, daß sie auch im Aus-
lande Schaden nehmen könne.

Man sieht, diese kapitalistischen Unternehmer rechnen nicht mit
der Tatsache, daß die Internationale der Arbeit das Vorbild war
allen internationalen Verbindungen, und daß die Solidarität eine
proletarische Tugend ist.

Wenn die Arbeiter Deutschlands und wenn besonders die
Frauen der Arbeiter nur für eine kurze Zeit ihre Schuldigkeit
tun und den Modezeitschriften und Schnittmustern
der „Butterick Publishing Company“ die Aufmerksamkeit schenken,
die ihnen gebührt, so wird die Solidarität der
europäischen Arbeiterklasse durchsehen, was den amerikanischen
Arbeitern allein zu erlangen nicht möglich war. Schon hat, wie
gesagt, die genannte Gesellschaft sich gezwungen gesehen, den Achttun-
dentag zu bewilligen. Ein Druck, ein Stoß nur noch ist nötig,
um auch die Anerkennung der Gewerkschaft ihr abzuwingen. Und
mit der Niederlage der „Butterick Publishing Company“ fällt auch
die Unternehmerversicherung, deren Leitender Geist sie ist.

Es liegt an den Arbeitern Europas, den Schriftsetzern der
Vereinigten Staaten in ihrem Kampfe den Sieg zu sichern.

Berlin und Umgegend.

Tariffkündigung der Stukkateure.

Die Filiale Berlin des Zentralverbandes der Stukkateure nahm
in einer am Sonntag abgehaltenen außerordentlichen Mitglieder-
versammlung Stellung zu dem bevorstehenden Tarifablauf. Der
Tarif besteht jetzt vier Jahre und läuft am 15. Juni dieses
Jahres ab. Der Vorsitzende Dietrich hielt das einleitende
Referat. Der Tarif habe nicht die Erwartungen erfüllt, die man
auf ihn gesetzt hatte. Schon nach ein bis zwei Jahren seines Be-
stehens konnte festgestellt werden, daß die Unternehmer mit allen
Mitteln die festgelegten Bedingungen umgingen. 1907 versuchte
der Verband den Tarif zu verbessern und zu ergänzen, doch verlief
das Bestreben im Sande. Trotzdem hoffte die Organisation, die
Mängel des Tarifs ohne Kündigung beheben zu können, allein die
Unternehmer reagierten nicht einmal darauf. Jetzt kümmernten sie
sich überhaupt nicht mehr um den Tarif, sondern stellten ihre eigenen
Bedingungen willkürlich auf. Daraus habe die Verbandsleitung die
Ueberzeugung gewonnen, daß ohne Kündigung der Tarif nicht ver-
bessert und auch sonst nichts erreicht werden kann. Die Unternehmer
haben schon in Zusammenkünften über die zu unternehmenden Schritte
ihrerseits beraten. In einem Rundschreiben haben sie alles, was
sie im Schilde führen, niedergelegt und an ihre einzelnen Berufs-
genossen das Ersuchen gerichtet, Listen über die gezahlten höchsten
Löhne auszubändigen. Die Löhne stehen aber weit unter dem, was
in der Öffentlichkeit allgemein angenommen wird. Die Unter-
nehmer erklären, die Stukkateure verdienen 3000 M. und darüber,
das stimmt aber nicht, und wenn es mal vorkomme, so seien das
seltene Ausnahmefälle. Die Unternehmer haben auch schon die
Gründung einer Zwangsinnung für Berlin und Umgebung be-
schlossen. Redner erklärt zum Schluß: Der Höhepunkt der Krise
ist im Baugewerbe erreicht und überschritten. Wir kündigen den
Tarif und wagen den Kampf. In der Diskussion sprachen sich die
Redner zum Teil für und zum Teil gegen die Kündigung aus. Auch
Krebs empfahl, die Kündigung nicht auszusprechen, sondern streng
auf die Innehaltung der jetzt bestehenden Tarifbestimmungen zu
achten. Sollten die Unternehmer durch die Scharfmacher gedrängt,
kündigen, so solle man dies ruhig abwarten. In diesem Falle habe
man die öffentliche Meinung für sich.

Wenn es hält von der öffentlichen Meinung gar nichts. Der
Vorschlag, zu kündigen, sei erst nach reiflicher Ueberlegung gefaßt.
In Anbetracht der langjährigen Vertragsdauer und der in Aussicht
stehenden guten Konjunktur sei der Tarif zu kündigen, um so einige
schlechte Positionen zu verbessern.

Nach einem Schlußwort des Referenten nahm die Versamm-
lung die Abstimmung per Zeittel vor. Es wurde beschlossen, den
im Jahre 1908 mit den Unternehmern abgeschlossenen Tarif zu
kündigen. — Aus den Wahlen zum Verbandstag gingen Schede,
Hanke, Radtke und Claus hervor.

An die Mitglieder des Bäcker- und Konditorenverbandes.

Wie uns von glaubwürdiger Seite gemeldet wird, beabsichtigen
die Gelben, unsere heutige Versammlung zu sprengen. Die An-
hänger Wischnowski und Hartmanns allein wären dazu
wohl nicht imstande, da das Bäckerdugend gelber Bäder gar nicht
in Betracht kommen.

Allein, so ist uns von mehreren Seiten gemeldet, man will sich
die notwendige Hilfe bei den gelben Lebnisbrüdern holen, die auch
sich sofort zu dieser Hilfe bereit erklärt haben sollen.

Wir fordern nun alle unsere Mitglieder dringend auf, in der
heutigen Versammlung in Preßers Festsaal (früher Keller) voll-
ständig und pünktlich nachmittags 3 Uhr zu erscheinen.

Wenn alle unsere Verbandsmitglieder zur Stelle sind, vor allen
Dingen aber zeitig genug zur Stelle sind, werden wir etwaige gelbe
Anschläge mit Leichtigkeit zurückweisen können.

Vorwärts also zum Kampf für unseren wöchentlichen Ruhetag.
Die Bezirksleitung Berlin des Bäcker- und Konditorenverbandes.
J. A.: Franz Schneider.

Deutsches Reich.

Der Staat und das Koalitionsrecht.

Die königl. Eisenbahndirektion Erfurt hat in der Jenaer
Hauptwerkstätte folgende Bekanntmachung erlassen:

„Wir teilen den Eisenbahnbediensteten hierdurch mit, daß der
sogenannte Hamburger Verband als Reichssekktion der Eisen-
bahner in den Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter-
verband seit dem 1. Oktober 1908 aufgegangen ist.“

Der Beitritt zu diesem Verband ist den Bediensteten nach
§ 2 Ziffer 3 der Arbeitsordnung verboten und zieht so-
fortige Entlassung nach sich. Der Verband hat das
Bestreben, den guten Frieden zwischen Eisenbahnverwaltungen
und Bediensteten zu zerstören.

Wir erwarten, daß die Bediensteten so einsichtig sind und uns
keinen Anlaß zum Einschreiten geben.“

Das gesetzlich garantierte Koalitionsrecht ist also der Eisen-
bahndirektion „Luft“. Das ist freilich nichts Neues, aber es
ist doch recht bezeichnend für den reaktionären Geist der Eisen-
bahndirektion, der gar nicht scharf genug gezeigelt
werden kann.

Formerkreis.

In Essentwert Neubrandenburg, A.-G. vorm. Bahn, sind die
Formen- und Giechereiarbeiter wegen fortwährender Lohnreduktionen
in den Ausstand getreten. Seit September 1908 ist in diesem Be-
trieb ein Abzug dem andern gefolgt. Die Formen nahmen in Rück-
sicht auf die schlechte Geschäftslage von weiteren Schritten zunächst
Abstand. Hierdurch scheint die Firma nur zu neuen Enten ermutigt
worden zu sein. Sie nahm weitere Kürzungen der Akkordpreise vor.
Es ist jetzt so weit, daß die Arbeiter bei einer Reihe von Artikeln
kaum noch 2,50 M. pro Tag verdienen können. Dazu kommt, daß
sich die Formen jede Hilfsarbeit selbst verrichten müssen. Die
Hilfsarbeiter, die früher in Lohn beschäftigt waren, haben jetzt
Akkord erhalten, wobei sie nicht auf ihren schon recht geringen Lohn
kommen. Auch sonst sieht es in der Giecherei traurig aus. Es fehlt
an Trinkwasser. Beim Gießen ist alles total verqu coast. Es fehlt
auch an Werkzeug.

Am 24. Januar fand eine Verhandlung zwischen einem Ver-
treter der Bezirksleitung und dem Betriebsleiter statt, die aber
ebenfalls ohne ein Resultat führte, wie die Verhandlung mit der
Kommission der Formen. Infolgedessen wurde in einer am Abend
abgehaltenen Versammlung einstimmig beschlossen, in den Streik
einzutreten. Jetzt lenkte die Firma ein und versprach, die alten
Preise weiter zu zahlen. Aber bereits nach 14 Tagen war dieses Ver-
sprechen vergessen. So blieb nichts anderes übrig, als den Beschluß
vom 24. Januar zur Durchführung zu bringen. Es kommen nur
8 Formen und 9 Maschinenformen resp. Hilfsarbeiter in Frage.
Es wird dringend ersucht, den Zugang von Formen
und Giechereihilfsarbeitern von Neubrandenburg
fernzuhalten. Das „Werk“ ist gegenwärtig gut beschäftigt.
Belingt es, daselbe von Streikbrechern freizuhalten, so ist den
Arbeitern der Erfolg gewiß.

Die Beamtenmaßregelungen in Oberschlesien

dauern fort. Am Sonnabend wurde dem Ingenieur Caro vom
Briidenbau in Königshütte durch den Generaldirektor Dilger
persönlich gekündigt. Caro war am 7. Februar Vorsitzender einer
Protestversammlung gegen die Beamtenmaßregelungen.

Massenkündigungen auf Ruhrzechen.

Es wurden am Sonnabend (meist indirekt) gekündigt: auf
Zeche Belschheim 64, Zeche Pluto 19, Konstantin 50, Karoline 50,

Seintich Gustav 50, Neu-Herllohn 105, Bruchstraße 37, Engelburg
28, Graf Schwerin 29, Altendorf 63, Dahlhausen-Liefbau 30,
Charlotte 15, Banker-Mühle 26 Mann.

Auf Zeche Graf Schwerin wurden auch zwei Knappschafts-
Älteste gekündigt. Auf Zeche Pluto befindet sich unter den Ge-
kündigten auch der Hirsch-Dundersche Delegierte zum Bergarbeiter-
kongress. Unter den Gekündigten von Mansfeld befinden sich vor-
nehmlich solche, die bei der Landtagswahl sozialdemokratisch gestimmt
haben. Unter den Gekündigten auf Zeche Heinrich Gustav ist auch
ein sozialdemokratischer Landtagswähler, der 29 Jahre auf jener
Zeche gearbeitet hat.

Fast auf sämtlichen der genannten Zechen sind gleichzeitig Lohn-
kürzungen angekündigt. Bei Geringebauern bis zu 10 Pf. pro
Bogen, bei Schichtlöhnern 10 bis 50 Pf. pro Schicht.

Die Erregung unter den Arbeitern nimmt stündlich zu; am
nächsten Sonntag werden allenthalben Belegschaftsversammlungen
abgehalten.

Lohnreduktionen bei der Eisenbahn.

In der königlichen Eisenbahnhauptverwaltung in Erfurt wurde
bei den Eisenbahnern eine zehnprozentige Lohnreduktion
vorgesehen. Bis zum 1. April 1907 erhielten die Arbeiter
der Hauptwerkstatt eine kleine Teuerungszulage von 3 bis 6 M.
pro Monat, die von da ab in Wegfall kam gegen das Versprechen,
daß der Stützlohn dementsprechend erhöht werden sollte. Auf einige
Stücke wurde ja auch etwas zugelegt, von anderen dagegen aber
wieder abgezogen. Jetzt nun wird ein Teil der Arbeiter abermals
mit einer so erheblichen Lohnreduktion bestraft. Die Erbitterung
unter den Arbeitern ist groß, weil sie der Meinung sind, daß die
den Beamten gewährte Gehaltssteigerung von den Löhnen der Ar-
beiter wieder abgezogen werden sollen.

Ein christlicher Arbeitervertreter.

Als im Vorjahre die Stukkateure Krefelds mit den Unternehmern
in Unterhandlungen wegen eines Tarifvertrages standen, waren die
Chancen der ersteren nicht günstig, weil eine wirtschaftliche De-
pression in der Baubranche herrschte. Um nun bei den Ver-
handlungen soviel wie möglich für die Arbeiter heranzu-
schlagen, befolgte man die Taktik, die Arbeitslosen abzuschließen
und den Zugang fernzuhalten. An den Tarifverhandlungen waren
die christlichen Gewerkschaftler mit beteiligt und war man sich
in den taktischen Fragen in bezug auf die Lohnbewegung
einig. Die ertauten deshalb die freien Gewerkschaftler, als sie er-
fahren, daß der Angestellte der christlichen Bauarbeiter, ein gewisser
Herr Schwarz, versuche, Stukkateure von auswärts
heranzuziehen, und zwar zu noch billigeren Löhnen, als
in Krefeld gezahlt werden. Die Entrüstung über die
Leistung dieses christlichen Arbeitervertreters war allgemein
und gab der Vorsitzende der Krefelder Filiale des
Stukkateurverbandes, Genosse Dohmen, derselben lauten Aus-
druck. Die Folge war eine Auseinandersetzung in Flugblättern
und schließlich schleppte der christliche Schwarz unseren Genossen
wegen Verleumdung vor den Radt. Nach mehreren Verhandlungen
wurde nun vor Gericht festgestellt, daß tatsächlich Schwarz ver-
sucht hatte, Arbeitskräfte von auswärts nach Krefeld zu bringen.
Auch hatte er die Leute zu billigeren Stundenlöhnen angeboten, als
bei manchen Unternehmern in Krefeld gezahlt wurden. Also soweit
war unserm Genossen der Wahrheitsbeweis gelungen. Nur gelang
es ihm nicht, nachzuweisen, daß Schwarz bei mehreren Unternehmern
gewesen, wie behauptet worden war. In der Beziehung verlagten
einige Unternehmern, die als Zeugen geladen waren. Sie erklärten,
nichts zu wissen; nur einer derselben bestätigte voll und ganz die
Behauptung unseres Genossen.

Das Gericht sah in der Behauptung eine schwere Verleumdung
des Schwarz und stellte sich auf den Standpunkt, daß der
Wahrheitsbeweis nicht erbracht sei. Doch müsse Dohmen frei-
gesprochen werden, weil er in Wahrheit berechtigter Interessen ge-
handelt habe. Als Vorsitzender einer Gewerkschaft habe der An-
geklagte die Verächtigung gehabt, Dinge, welche schädigend auf die
Organisation einwirken können, öffentlich zu kritisieren.
Unser Genosse hatte Widerlage gegen Schwarz erhoben und
wurden beide wegen der sich gegenseitig in den Flugblättern zu-
gefügten Verleumdungen verurteilt und zwar der Christliche zu 40 M.
und Dohmen zu 30 M. Geldstrafe.

Es wurde hier vor Gericht wieder einmal festgestellt, wie die
christlichen Gewerkschaftsführer die Interessen ihrer Mitglieder ver-
treten.

Der Verband sächsischer Kleiderfabrikanten hat nun in sämt-
lichen Ortsgruppen des Verbandes mit den Arbeitern Tarif-
verträge abgeschlossen, den letzten in dem Heimarbeiterdors
Ichenhausen in Schwaben.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Aus dem Ueberschwemmungsgebiet der Elbe.

Stendal, 15. Februar. (B. L. Z.) Die Stadt Werben steht
3 Meter unter Wasser. Der Ort Dobbrun ist vollständig überschwemmt.
In Iden ist zahlreiches Vieh, Schafe und Schweine, ertrunken. In
Rohrbed, welches vom Wasser gänzlich eingeschlossen ist, konnte nichts
gerettet werden. Tausende von Rindern, Pferden und Schweinen
sind fortgetrieben worden. Ganze Heuschäber und Strohdriemen sieht
man schwimmen. Auch bei Osterholz wird ein Deichbruch befürchtet.

In den Bergen verunglückt.

Frankfurt a. M., 15. Februar. (B. G.) Beim Rodeln am
Fuchstanz ereignete sich gestern mittag ein tödlicher Unfall. Ein
junger Mann brach das Genick und war sofort tot. Vier weitere
Personen erlitten Beinbrüche.

München, 15. Februar. (B. G.) Bei Ausübung des Berg-
sports in den bayerischen Bergen verunglückten drei aus München
stammende Touristen und mußten in die Klinik nach München trans-
portiert werden.

Drei Kinder ertrunken.

Bruchhausen a. Rh., 15. Februar. (B. L. Z.) Auf der schwachen
Eisdecke des Bruchhäuser Rades sind heute nachmittag vier Kinder
eingebrochen. Drei sind ertrunken, das vierte wurde gerettet.

Aus Ceenot gerettet.

Antwerpen, 15. Februar. (B. G.) Hier ist ein Telegramm des
Kapitän Rormann aus Algier eingetroffen, worin derselbe mitteilt,
daß sein Schiff, der Dampfer „Australia“, am Freitagmorgen auf
der Höhe von Algeran infolge eines Zusammenstoßes mit einem
unbekannten Segler innerhalb weniger Minuten gesunken sei.
Er und neun Mann der Besatzung konnten sich an Bord
eines Bootes retten und wurden nach 42 stündigem Umherirren auf
hoher See von einem deutschen Dampfer aufgenommen. Von dem
übrigen Teil der Besatzung fehlt jede Nachricht. Es handelt sich um
zwei Offiziere und 15 Mann, man vermutet jedoch, daß sie sich auch
retten konnten. Die Nachricht hat hier große Erregung hervor-
gerufen, da die Familien der Verschollenen in Antwerpen ansässig
sind. Der Dampfer „Australia“ ist 1884 gebaut worden und war
auf der Rückreise begriffen.

Reichstag.

207. Sitzung vom Montag, den 15. Februar, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Bethmann-Hollweg, Dernburg.

Präsident Graf Stosberg teilt mit, daß der Abg. Battenberg (Z.) heute früh in seiner Heimat (Münster) gestorben ist; das Haus ehrt das Andenken des Verstorbenen in der üblichen Weise.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur Ergänzung der Seefahrt.

Postdampfschiffverbindungen mit überseeischen Ländern.

Danach soll der Norddeutsche Lloyd statt der bisherigen Subvention von 230 000 M. jährlich vom 1. April 1909 ab eine solche von 500 000 M. jährlich erhalten.

Die Budgetkommission empfiehlt die Annahme der Vorlage. Hierzu liegt eine Resolution Albrecht u. Gen. (Soz.) vor, wonach in die mit den Unternehmern der subventionierten Postdampfschiffverbindungen abzuschließenden Verträge eine Bestimmung aufgenommen werden soll, wodurch die Unternehmer verpflichtet werden, für die Ausreise der Dampfer soviel weiße Schiffsteute anzumauern, als zu einer ausreichenden Besetzung des Schiffes erforderlich sind.

Abg. Lattmann (Wirtl. Vg.) will dem Entwurf zustimmen, weil die Mehrkosten von 270 000 M. teilweise die Kolonien tragen sollen, und bittet, einem von ihm gestellten Antrag zuzustimmen, wonach der Lloyd verpflichtet werden soll, einen dreimonatlichen Inselfahrt zwischen Simpsonhafen und den übrigen Inseln des Bismarck-Archipels einzurichten. Die sozialdemokratische Resolution hält der Redner für überflüssig.

Schleimrat Lehwald bittet den Antrag Lattmann abzulehnen, da in den Vertrag die einzelnen angulauenden Inseln des Bismarckarchipels nicht gut aufgenommen werden können.

Abg. Koste (Soz.):

Im Vorjahre hat die Mehrheit den Vorschlag einer erhöhten Subvention des Lloyd abgelehnt. Weder hier noch in der Kommission sind neue Tatsachen bekannt gegeben, es ist nur stärker betont worden, daß die Vorlage eine nationale ist. Eine solche Begründung erweist sich im Reichstag vorläufig, wie es scheint, immer noch besonders wirksam. (Sehr richtig! bei den Soz.) Nennenswerte wirtschaftliche Interessen können und konnten bisher als Grund für die Bewilligung der Subvention nicht angeführt werden. Der deutsche Handel nach Neuguinea ist gering und wird gering sein; nach den letzten Berichten ist er im Jahre 1907 sogar etwas zurückgegangen; es wird eben dort der wirtschaftliche Einfluß von Australien, Japan, vielleicht auch von China zunehmen. Wir Sozialdemokraten wünschen gewiß nicht, um die Worte eines nationalliberalen Abgeordneten zu gebrauchen, daß irgendwo Kanada verstopft werden, durch welche deutsche Produkte abfließen. Wir wissen zu gut, wie sehr unter vermindertem Absatz gerade die Arbeiterklasse leidet. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber in ganz Neuguinea und Kaiser-Wilhelms-Land kommen 647 weiße Personen in Betracht, darunter 66 Regierungsbeamte und 150 Missionare. Nach allem, was wir aus amtlichen Quellen erfahren, wird auch in Zukunft in Neuguinea die Zunahme der weißen Bevölkerung nur in geringem Umfange vor sich gehen; auch wenn einige hundert Plantagen errichtet werden, so werden sie doch hauptsächlich von farbigen bearbeitet. Und diese werden ihre Lebensmittel und sonstigen Bedürfnisse hauptsächlich aus Australien beziehen. Daß deutsche Waren in Ostasien die Konkurrenz mit australischen und japanischen aushalten könnten, wünschen auch wir. Wir glauben aber nicht, daß die jetzt subventionierten Dampferlinien dazu beitragen können. (Sehr richtig! bei den Soz.) Mit besonderem Nachdruck ist betont worden, es sei eine Sache des nationalen Ansehens, daß die deutsche Flagge nicht aus der Südsee verschwinde. Davon ist aber gar nicht die Rede, sondern nur von einer vierwöchentlichen Dampferverbindung statt einer 6-8wöchigen. Ob der Norddeutsche Lloyd seine Flagge alle 4 oder alle 6 Wochen in einem entlegenen Winkel zeigt, davon hängt das Ansehen des Deutschen Reiches als Kulturstaat nicht ab. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Bei der ersten Lesung ist von bürgerlichen Parteien auch die Frage der Dedung der mehrgeforderten 270 000 M. aufgeworfen.

Dedung hat die Kommission nicht geschafft, denn daß beim Etat für Neu-Guinea ein Abstrich von 140 000 M. gemacht ist, ist keine Dedung für eine Forderung, die eine Reihe von Jahren hindurch eben doch die Steuerzahler belasten wird, obwohl gerade die große Klasse der Steuerzahler nicht das geringste Interesse an der Vorlage hat. Die Mehrheit des Volkes ist vielmehr daran interessiert, daß die deutschen Dampfer aus Ostasien auch Nahrungsmittel nach Deutschland bringen, was gerade bei der gegenwärtigen Feuerung besonders angebracht wäre. Das aber wünschen gerade die Herren Agrarier nicht, und ein Regierungskommissar hat in der Kommission alle Bedenken gerichtet, daß auf den subventionierten Linien Lebensmittel nach Deutschland gebracht werden könnten. Artikel 26 des Vertrages mit dem Lloyd befugt den Reichszugler, landwirtschaftliche Erzeugnisse, die mit denen der deutschen Landwirtschaft konkurrieren, von der Einfuhr durch die Reichspostdampfer nach deutschen, niederländischen und belgischen Häfen auszuschließen. Und von dieser Befugnis ist Gebrauch gemacht worden. Sie können sich kaum vorstellen, wie erbitternd eine solche Verfügung der Reichsregierung bei denen wirken muß, die kaum das Geld für die notwendigen Lebensmittel aufbringen können. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch wenn wir prinzipiell gegen die Vorlage irgendwelche Bedenken nicht hätten, würden unsere Wähler es unmöglich verstehen, wie wir einer Vorlage zustimmen können, solange eine Vertragsbestimmung wie dieser Artikel 26 Geltung hat. (Zustimmung bei den Soz.) Ich wende mich nun zu unserer Resolution. Die Mehrheit des Hauses ist ja durch die Ausführungen der Regierungsvertreter überzeugt worden, daß diese Vorlage eine nationale sei. Ich habe bei der ersten Lesung Sie schon gebeten, dann aber auch auf die deutschen Seeleute Rücksicht zu nehmen und dafür zu sorgen, daß sie Beschäftigung finden. Wir fordern in unserer Resolution nicht ein grundsätzliches Verbot der Beschäftigung von farbigen. Wir wollen nicht, daß beim Küstendienst farbige nicht beschäftigt werden. Wir verlangen lediglich, daß bei der Ausreise die weiße Mannschaft ausreicht. Wir wünschen eine Wiederherstellung des früheren Zustandes, wo bei der Ausfahrt die Dampfer mit weißer Mannschaft hinausgingen. Bei der jetzt geübten Praxis bleibt es dabei, daß die weiße Mannschaft ausgeschaltet wird, weil die farbigen als Lehnknecht auftreten. Wenn es Ihnen mit der nationalen Gesinnung ernst ist, müssen Sie unserer Resolution zustimmen. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Ganz Ebler zu Gullik (L.): Wir werden der Vorlage zustimmen, weil sie sowohl im Interesse des Reiches wie der Kolonien liegt.

Abg. Lattmann (Wirtl. Vg.) zieht seinen Antrag zurück.

Abg. Hermann (fr. Vp.): Der Vorlage stimme ich zu. Den Wunsch des Abg. Koste, daß auf diesen Dampfern frisches Fleisch eingeführt wird, teile auch ich. Aber bei der Zusammenfassung des Hauses ist das jetzt nicht möglich. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Das Koalitionsrecht der Angehörigen ist bei der ersten Lesung erwähnt worden. Wir sind grundsätzliche Freunde dieses Koalitionsrechts. Die Forderung der sozialdemokratischen Resolution ist nicht zu realisieren; das wäre nur bei der Abfahrt aus deutschen Häfen möglich, nicht aber bei den Häfen in Australien und Ostasien. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Erzberger (Z.): Auch meine Freunde werden für die Vorlage stimmen. Nachdem von den Mehrkosten von 270 000 M. 140 000 M. aufgebracht werden durch Abstriche beim Etat von Neu-Guinea und den Karolinen fallen unsere Bedenken bezüglich der Dedungstragen fort. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Für die sozialdemokratische Resolution können wir nicht stimmen. Beim Etat von Neu-Guinea haben wir wiederholt im Interesse der Sparsamkeit und der Gesundheit der Weissen von der Regierung die Einstellung schwarzer Maschinen gefordert. Wir können diese daher doch dem Lloyd nicht verbieten. Uebrigens hat gerade der Lloyd seinen Offizieren und Beamten gegenüber soziale Verständnis gezeigt, und sie bei niedrigerer Konjunktur nicht entlassen. Er wird also auch den berechtigten Wünschen seiner Schiffsmannschaft und Arbeiter Rechnung tragen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Arning (nall.) tritt für die Vorlage ein und bekämpft die sozialdemokratische Resolution. Die Materie gehöre nicht in eine Dampfersubventionsvorlage.

Abg. Dr. Pahn (L.) tritt ebenfalls für die Vorlage ein, wünscht aber, daß die Agrarprodukte aus den Kolonien der heimischen

Landwirtschaft keine Konkurrenz bereiten möchten. (Zustimmung des Abgeordneten Erzberger.)

Staatssekretär Dernburg bleibt unverständlich.

Nach ebenfalls unverständlich bleibenden Ausführungen des Abgeordneten Arning (nall.) schließt die Diskussion.

Die Vorlage wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, die Resolution Albrecht gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Hierauf wird die zweite Lesung des Etats fortgesetzt beim Etat des Reichstags.

Abg. Raempf (fr. Vp.) bedauert, daß sich die Interessenten nicht mehr zu den Kommissionsbeschlüssen über die Gewerbeordnungsnovelle vor der Plenarverhandlung haben äußern können. Man sollte daher nicht erst nach Abschluß der jeweiligen Kommissionsverhandlungen, sondern gleich nach Abschluß einzelner Kapitel von den Interessenten inner- und außerhalb des Hauses authentische Berichte zugehen lassen. Redner bittet den Präsidenten, die Geschäftsordnungskommission zur Ausfertigung über diesen Gegenstand zu veranlassen.

Abg. Graf Oppersdorff (Z.) regt an, irgendeinen Gelehrten von Ruf mit der Abfassung einer Geschichte des Reichstags zu betrauen.

Abg. Wassermann (nall.): Die vom Vizepräsidenten Raempf angeregte Frage hängt mit der oft erörterten allgemeinen Frage zusammen, ob sich die Ausgabe authentischer offizieller Reichstagsberichte überhaupt empfiehlt. Im allgemeinen erhält das Publikum eher ein Zuviel, als ein Zuwenig an Berichten. Die Geschäftsordnungskommission mag die Frage der offiziellen Berichterstattung über Kommissions- und Plenarverhandlungen erörtern. — Die Anregung des Grafen Oppersdorff ist zu begrüßen. Es empfiehlt sich auch eine Kodifizierung des parlamentarischen Rechts. Die Notwendigkeit einer solchen Kodifizierung hat sich bei den Geschäftsordnungskämpfen zur Zeit des Zolltarifs und bei den Wahlen ergeben.

Abg. Frh. v. Hertling (Z.): Die Berichterstattung aus dem Reichstag ist vielfach unvollständig. Was die Berichterstattung aus den Kommissionen betrifft, so wäre zu erwägen, ob sie nicht besser überhaupt unterbleibe. Solange aus den Kommissionen nicht berichtet wurde, ging die Beratung dort weit glatter vonstatten. — Ueber die Verhandlungen im Plenum sollte der Reichstag im Anschluß an die Berichterstattung im Reichstag noch während der Sitzung täglich einen Bericht herausgeben. So würde die Öffentlichkeit wirklich authentische Berichte erhalten. Heute muß man, um zu wissen, was konservative Redner gesagt haben, die „Kreuzzeitung“ um zu wissen, was Redner meiner Fraktion gesagt, die „Germania“, was nationalliberale Redner gesagt, in der „Rationalzeitung“ lesen. Das zeigt die Notwendigkeit eines offiziellen objektiven Berichts. (Beifall bei den Rationalliberalen, im Zentrum, besonders aber rechts.)

Abg. Dr. Stengel (fr. Vp.): Auch namens meiner politischen Freunde glaube ich, erklären zu können, wenn ich auch nicht dazu autorisiert bin, daß wir dieser Anregung zustimmen.

Abg. Ued (Soz.):

Die Anregung des Frh. v. Hertling ist auch uns sympathisch. Dagegen halten wir es kaum für möglich, daß der Wunsch der Freisinnigen in Erfüllung geht, die Kommissionsverhandlungen mit einer Art Oeffentlichkeitsperre auszustatten. Hier werden Sie aber mit den Redakteuren aller Parteien in Widerspruch geraten, namentlich in einem Augenblick von solcher politischer Wichtigkeit wie der gegenwärtige, wo nach neuen Steuerobjekten gesucht wird und wo die Außenwelt gespannt auf jeden in der Kommission geäußerten Plan wartet und noch jeden Augenblick die Interessenten zu Protesten ansetzen wollen. Ich glaube nicht, daß es möglich ist und auch nur erwünscht ist, die Kommissionsverhandlungen mit einer chinesischen Mauer zum umgeben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich glaube auch nicht, daß über unsere allgemeinen Verhandlungen ein durchaus objektiver Bericht möglich ist. Ich möchte die Redaktionskommission des Reichstages sehen, welche die Frage löst, einen durch und durch objektiven Bericht zu geben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Redner bringt sodann einige Wünsche auf Verbesserung der Heizung und der Weiberhältnisse des Hauses vor und dankt zum Schluß den Beamten und dem ganzen Personal des Hauses für ihre Liebenswürdigkeit den Abgeordneten gegenüber. (Bravo!)

Kleines feuilleton.

Vom Münchener Fasching. Aus München wird uns geschrieben: Er ist recht entartet, der einstmalige humorvolle, fröhliche Münchener Fasching. Im Zeichen der Bierläwenz stand er freilich immer, aber jetzt blüht er sich im brutalen Zeichen des Mammonismus und des protzigen Uebertrumpfens. Die berufsmäßigen Lobredner des Münchener Lebens preisen freilich immer noch in lodenden Farben jene dionysischen Rauschfeste, wo der Adel, die Intelligenz, der bürgerliche Besitz und die übermütigen Schöpfer des Schönen im Zeichen der demokratischen Madonnenfreiheit vereint lachende Stunden verleben und die Nacht zum Tage machen. Das ist eitel Phrasengeflüster. Einstmals mag diese Harmonie auf den Redouten des Faschings ebenso geherrscht haben wie auf den sagenhaften Bänken des Hofbrauhauses. Heute ist das anders. Auch in diese Bezirke greift mit roher, gieriger Faust der Kapitalismus. Die immer mehr die bürgerlichen Redouten verdrängenden Val parés und Ballfeste sind eine prosaische Parade der „Finanzaristokratie“. Entree 20 und 10 Mark, peinliche Toilettenvorschriften, ein maßloses Uebertrumpfen in Luxusentfaltung und Verschwendung: schwere Seide, kostbarer Atlas, Pelzwerk, Goldschmuck, von ersten Malern komponierte Gewänder und Hosen, lebende Blumen, Diamantenfeuerwerk, kurz das ganze Luxusrepertoire der sozialen Oberschichten. Selt fließt natürlich in Strömen, während feinerer Produkte der Hochkunst verschmäht werden, da die hagerlichen Mammonarchen in kulinarischer Hinsicht hartnäckige Bötter bleiben, deren höchste Seligkeit die Weißwurst und sauregeseichte Kalbsleberwurst sind. Und wenn dann nach Mitternacht reichlicher Sektgenuss und entfesselte Stimmung ihre Wirkungen äßen, dann geben die Münchener Finanzbarone jenen Kölner Karnevalsabavieren, die eine betrunkene entseidete Schöne auf dem Marmorischen Cancan tanzen lassen, nichts mehr nach. Während sich so die „Exzesse“, froh ein paar Stunden das Tier in sich herauslassen zu dürfen, bis zur Bewußtlosigkeit göttlich fähig, sitzen der bide Krämer und der hungrige magere Bohémien, die Feiernspieße miteinander rauchend, unten im Bierstüberl. Zum Mitgenießen ist der eine zu plump und zu sitzig, dem anderen fehlen die Goldstangen. So ist man Weißwurst, trinkt braunes Bier und hört den „Volkswaisen“ der ostfriesischen Bauernkapelle zu. Ab und zu ein Blick auf von vorbeiziehenden weiblichen Mäusen. Ueber ihren Köpfen rast der wilde Luft-Cancan der entfesselten Oberschicht, deren Vribileg sonst im öffentlichen Leben Anstand, „Diskretion“ und „Direktion“ ist. Hinter der Maske läßt man dann um so ungenierter der Wahnsinnigkeit, der feilschen Habsucht und den Teufeln aller Sinnenluste die Fägel schießen. So ist auch der Karneval ein Kulturspiegel.

hat immer seine größere Aufmerksamkeit auf die Verboffkommung der Maschine gerichtet als auf die Wettbewerbs für ihre Leistungsfähigkeit oder Dauerhaftigkeit. Nach seiner Meinung wird der gewinnende Flieger ein oder zwei Personen mit sich nehmen können, aber nicht mehr. Die Schnelligkeit wird wahrscheinlich zwischen 85 und 90 englischen Meilen die Stunde betragen. Wright spricht dann über die Schnelligkeit des Vogelfluges, den er viel beobachtet hat: „Die Geschwindigkeit des Vogelfluges ist fast ausnahmslos überschätzt worden. Die gewöhnliche Schnelligkeit der gemeinen Krähe ist nicht größer, als 22 Kilometer die Stunde. Ich habe öfter ihre Schnelligkeit bei mäßigem Flug in ruhiger Luft gemessen und sie ein wenig unter der eben genannten Geschwindigkeit gefunden. Die Wüdenste ist vielleicht der Vogel, der bei gewöhnlichem Flug auf lange Strecken hin am schnellsten fliegt. Ich habe sehr oft ihren Flug verfolgt, aber die Schnelligkeit niemals größer als etwa 64 Kilometer die Stunde gefunden, wenn nicht ein günstiger Wind ihn beschleunigte. Bei meinen Flügen habe ich oft Vögel über mir beobachtet, aber die Geschwindigkeit der Maschine war immer viel größer als die der Vögel, und diese waren gezwungen, sich zur Seite zu wenden, um nicht übertrumpft zu werden. Die Reflekte von Flügeln der Hausstauben zeigen bisweilen Geschwindigkeiten von mehr als 40 Meilen in der Stunde, aber in solchen Fällen sind die Vögel gewöhnlich mit dem Winde geflogen. Ueberhaupt ist dies ein Ausnahmefall, denn diese Tauben überanstrengen sich, um möglichst rasch nach Hause zu kommen. Die besten durch den Menschenflug zurückgelegten Geschwindigkeiten werden wahrscheinlich ein wenig größer sein als die der Vögel, und ebenso ist es wahrscheinlich, daß die durchschnittliche Höhe des Menschenfluges größer sein wird als die der Vögel.“ Von einer Höhe von 8000 Metern aus ist es nach seiner Meinung möglich, an jeder Stelle innerhalb eines Radius von etwa vier Meilen innerhalb einer Oberfläche von etwa 80 Quadratkilometern zu landen. Niedrige Flüge sind von gefährlichen Gefahren begleitet. Die Fahrt von London nach Manchester wird in einer Höhe von tausend und mehr Fuß gemacht werden müssen. Wie die Seeleute in früheren Tagen fürchteten, sich weit vom Lande zu entfernen, so geht es heute den Luftschiffern. Aber wie bei einer größeren Verboffkommung der Schiffahrt die Seeleute das hohe Meer vorziehen, so werden auch die Luftschiffer die höheren Atmosphären der Luft für lange Flüge bevorzugen. Wright glaubt, daß der Preis gewonnen werden wird, aber der Gewinn wird mehr kosten als die Summe beträgt, möglicherweise sogar den Verlust von Menschenleben fordern.

Theater.

Neue Freie Volkshöhne (im Neuen Theater): „Der Schwarzkünstler“, Lustspiel von Emil Göt. Die Vereindteilung erfüllt mit der Aufführung dieses Bühnenwerkes eine Pflicht der Pflicht gegen den im vergangenen Jahre verstorbenen Verfasser, der ein Eigenbrüder als Mensch und Dichter war. Das reizvoll poetische Lustspiel erlebte unter dem Titel: „Verbotene Früchte“ bereits vor einer Reihe von Jahren in Berlin, München und anderen Orten Aufführungen. Göt zog es dann aber zurück. Nun bietet es sich in feilweiser Umarbeitung und Vertiefung dar, die ihm Bruno Wille hat angedeihen lassen. Und wahrlich, es ist dieser Freundesstat wert. Das mittelalterliche Milieu, die Charaktere sind wundervoll getroffen; man kann sagen: alles

atmet den Geist des Cervantes, doch süddeutsche Behaglichkeit, gepaart mit köstlichem Humor, dramatischer Schlagkraft und realistischer Lebensfülle. Den Angelpunkt des Ganzen bildet eine bis zur Siedehitze steigende Eifersucht des Helden, die für die Frau zur Qual wird, weil der Verdacht gegen ihre eheliche Intreue grundlos ist. Als dann der Mann verzeiht, will sich die gepenigte Frau auch einmal mit den Fröhlichen freuen. Es ist nicht mehr als eine Trophandlung gegen den törichtigen Gatten, zu der sie sich verleiten läßt, ohne jedoch zu straubeln. Denn ihr Anbeter ist ein ungehobelter Hamarbas, dem nach Verabreichung einiger kräftiger Kafensüßer bedeutet wird, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat. Wüßig lehrt der Gatte von der Reife zurück; und da hierdurch jedwede Flucht bereitet ist, sehen sich die Liebestrücker zu einer Besetzungszone genötigt ist, die entfernt an Falkst erinnert. Ein fahrender Schüler, dem die Frau Nachquartier im Hause gewährt hat, wird ihr Ketter, indem er den Gatten von seiner Torheit luriert. Dieser Scholar ist übrigens ein prächtiger Geiselle, und es ist amüsant zu beobachten, wie er alle Ueberredungskünste und schlaun Finessen anwendet, um doch zu dem — Kapauenbraten zu kommen. Während die beiden Gatten verhöhnt das Zimmer verlassen, holt der Scholar die ruhigehärteten Galane aus dem Kamin hervor, um sie unter Weisheit des Dieners mit einer Portion ungerbranter Asche einzureiben und an die Luft zu setzen. . . . Mit der Wiederaufführung dieses Lustspiels, das ich nicht anstehe, den reizvollsten seiner Gattung zuzugählen, hat sich die Vereindteilung ein literarisches Verdienst erworben. Die Darstellung war musterhaft. a. l.

Humor und Satire.

Im Abgeordnetenastl.

Fischel hofft, daß er die Biere — sei es auch mit Ach und Krach — aus dem hohen Haus lugiere. . . . Derlei schlägt ja in sein Fach.

Denn es jagt derselbe Fischel jeden, der ihm lästig ward, prägelnd von dem Döbachtisch weg. . . . Letzteres blieb uns erspart.

Doch vielleicht — wie Gott gewillt ist — fängt der Gummihüppelmann, wenn er mal so recht beknallt ist, auch bei uns zu prägeln an.

Franz.

Notizen.

— Rosa Wendelsohn, der jüdische Populärphilosoph und Freund Lessings, hat jetzt in Berlin auch sein Denkmal erhalten. Es steht im Vorgarten der jüdischen Schule in der Großen Hamburger Straße. Ein einfacher Sockel trägt die von R. Marcus entworfene Skulpte.

— Haedels Vortrag, den er zum 100. Geburtstag Darwins hielt, erscheint unter dem Titel „Das Weltbild von Darwin und Lamarck“ im Verlag von A. Kröner in Leipzig.

Abg. Dr. Arendt (Sp.) schließt sich dem Dank an und bedauert die Mängel der Reichstagsarbeit. Wenn der Vortrager aber dem Reichstag die Fähigkeit zur Arbeit, die Mängel in eigene Regie zu nehmen, wie kann er dann dem Reichstag die Fähigkeit absprechen, einen objektiven Bericht zu geben. Die jetzige Berichtserstattung ist geradezu eine Verdummung! (Heftiges Bravo! rechts.) — Und nun erst die Berichtserstattung aus den Kommissionen! Die Kommissionen sind für vertrauliche Mitteilungen da. Was die Öffentlichkeit interessiert, das erfährt sie aus den Plenarverhandlungen.

Abg. Graf Westarp (L.) ist der Meinung, daß aus den Kommissionen möglichst wenig, am liebsten gar nichts berichtet wird. (Wahl bei den Sozialdemokraten.) Offizielle Plenarberichte wären außerordentlich wünschenswert. Die Aufgabe ist allerdings sehr schwierig. Jeder Redner pflegt seine Reden für die wichtigsten zu halten. (Allgemeine Heiterkeit und lebhaftige Zustimmung.)

Abg. Ledebour (Soz.): Auch wir begrüßen die Anregung des Grafen Oppersdorf. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß der mit der Abfassung einer Reichstagsgeschichte zu beauftragende Gelehrte nicht nur theoretische, sondern auch praktische Kenntnisse über das Parlamentarische besitzen muß. Jüngst ist eine Schrift über das Interpellationsrecht erschienen, in welcher von der bedeutenden Rolle der Abteilungen die Rede war. Nun weiß aber doch jeder parlamentarische Praktiker, daß diese Abteilungen tatsächlich nur Dekoration sind.

Dann hat Herr Kaempf eine Anregung wegen der Kommissionsberichterstattung gegeben und Freiherr v. Hertling hat sie zu unserem großen Bedauern noch erweitert. Graf Westarp hat aus der reichen Fülle seiner parlamentarischen Erfahrung (Heiterkeit), die er in einigen Wochen hier gesammelt hat (erneute Heiterkeit), gute Ratschläge daran geknüpft. (Abg. Kreth: Mancher lernt eben schnell!) Vermutlich ist er bei Ihnen in die Schule gegangen. (Große Heiterkeit bei den Soz.) Mit dem Vorschlag des Herrn Kaempf können auch wir einverstanden sein. Es ist gewiß ganz zweckmäßig, wenn die Kommissionen nach Schluß ihrer Sitzungen ihre Beschlüsse publizieren. In der Gewerbekommission ist es auch so gehandhabt worden. Damit fällt freilich das Beispiel weg, von dem Herr Kaempf ausgegangen ist. Die Interessenten, denen sich nach seiner Darstellung die Haare sträuben, weil sie über die Beschlüsse der Gewerbekommission nicht informiert waren, haben es nur nicht verstanden, informiert zu sein. Im Prinzip hat aber Herr Kaempf recht. Ganz entschieden wenden wir uns jedoch gegen die Anregung des Herrn v. Hertling, die Kommissionen unter Ausschluß der Öffentlichkeit arbeiten zu lassen. Herr Dr. Arendt hat mit ungewohnter Vehemenz gesagt, er unterstütze diese Anregung. In Wirklichkeit boht gerade Herr Dr. Arendt neben seiner Silberzitation auf die Heiligkeit der Kommissionsverhandlungen seit Jahren hin, freilich ohne Erfolg. Daß über die Kommissions- und Plenarberichte der Zeitungen allerhand Unbehagen bei diesem und jenem aus allen Parteien besteht, ist unvernünftig. Eine ideale, objektive Berichtserstattung gibt es überhaupt nicht. Wenn man nicht wörtliche Berichte liefern will, dann gibt es keinen Menschen, der so objektiv wäre, daß er wirklich einen Bericht geben könnte, der allen Ansprüchen genügt. Freiherr v. Hertling will, daß eine zu konstituierende Berichtserstattungskommission einen Bericht über die Plenarverhandlungen in abgeklärter Form veröffentlicht, der dadurch die bisherigen Presseberichte entweder ersetzt oder neben ihnen erscheint. Dieser offizielle Bericht würde in Konkurrenz mit den bisherigen Presseberichten treten, denn soweit ich die Verhältnisse übersehe, wäre es keiner Zeitung möglich, beide Berichte nebeneinander abzurufen. Die Berichte aber einander zu arbeiten, erfordert einen Zeitaufwand, den die Redaktionen nicht aufbringen könnten. Die Presse wird an ihren alten Einrichtungen festhalten und die Berichte, die sie je nach der Vortragsrichtung von geschulten Berichtserstattern erhält, weiter bringen. Seit Jahrzehnten hat sich dieses System eingebürgert und es kann durch einen offiziellen Bericht nicht verdrängt werden. Jeder Versuch würde nur ein Schlag ins Wasser sein. Bei der Berichtserstattung muß eine Auswahl stattfinden, und das ist nichts Wertverlesendes. Es geht aus der Natur der Parteien hervor. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Herr Dr. Arendt hat dann weiter behauptet, die Kommissionsverhandlungen seien der Natur der Sache nach vertraulich. Das ist ein vollkommener Irrtum, der auf einem Mißverständnis des parlamentarischen Wesens beruht. Die Kommissionen sind nicht gesonderte Behörden, die neben dem Parlament besondere Funktionen erfüllen. Die Kommissionsberatungen sind vielmehr nur ein Ersatz der Plenarverhandlungen, weil die Zeit nicht ausreicht, alles im Plenum zu erledigen. Nur deshalb sind Kommissionsberatungen notwendig; nicht etwa deshalb, um in den Kommissionen Verhandlungen zu pflegen, die die Öffentlichkeit zu scheuen haben. Kommissionsberichte aber sind notwendig, damit die Öffentlichkeit, nicht bloß die Spezialinteressenten, vollständig über die Vorgänge in der Kommission orientiert ist. Lesen Sie doch jetzt die wichtigen Verhandlungen in der Finanzkommission. Es liegt im Interesse des Volkes, daß diese Verhandlungen von der gesamten Öffentlichkeit kontrolliert werden, schon, damit rechtzeitig gefährliche Pläne, die in der Entwicklung sind oder zur Reife kommen, von einer Volksbewegung beseitigt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

So ist es bei dieser wichtigen Frage und so ist es bei allen großen Fragen. Wenn man im Arendtschen Geist darauf hinarbeitet, Kommissionsverhandlungen im Geheimen zu erledigen, so werden schließlich nur die Resultate in das Plenum gebracht werden und das Interesse auch an den Plenarverhandlungen wird sinken. Das würde auf eine Virentisierung des Parlaments hinauslaufen. Wiederholt haben wir es jetzt schon, sogar bei wichtigen Beratungen erlebt, daß die Referenten es nicht für notwendig gehalten haben, ein Bild von den Verhandlungen der Kommission zu geben. Das Plenum ist vielmehr nur gefragt worden, ob es die Verhandlungen ratifizieren will oder nicht und es hat sie öfters ratifiziert, ohne zu wissen, was eigentlich ratifiziert wurde. Also jetzt schon besteht ein solcher Mißbrauch in Bezug auf die Kommissionsverhandlungen und das würde durch den Arendtschen und Hertlingschen Geist der Geheimhaltung noch verstärkt werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Damit man ein klares Bild über die Kommissionsverhandlungen erhält, ist es auch notwendig, daß bei den Verordnungen Namen genannt werden. Es genügt nicht, wenn einfach gesagt wird, von konservativer Seite oder von freisinniger Seite usw. Denn sehr häufig gehen die Ansichten der Abgeordneten, die einer Fraktion angehören, auseinander, und zwar auch in sehr wichtigen Fragen. Das liegt ja auch in der Natur der Sache. Denn wenn von einer Fraktion ein Mitglied in eine Kommission hineingeschickt wird, so hat die Fraktion gar nicht die Möglichkeit, ihn für jede einzelne Frage einen Auftrag zu geben. Tatsächlich muß das Mitglied unter seiner individuellen Verantwortung sprechen und deshalb befaßt sich ja auch jede Fraktion jedem einzelnen seiner Kommissionsmitglieder gegenüber und auch gegenüber ihren sämtlichen Mitgliedern in der Kommission die volle Freiheit des Handelns vor. (Sehr richtig! bei den Soz.) Deshalb ist es also notwendig, in den Berichten die Namen zu nennen, weil erst dadurch ein klares Bild gewonnen werden kann. Natürlich wird das nicht in jedem einzelnen Falle notwendig sein, aber man darf nicht versuchen, schematische Einschränkungen zu machen. Ich bitte Sie dringend, den Anregungen der Herren Arendt und Hertling keine Folge zu geben; das würde nur dazu führen, den Einfluß des Reichstages selbst, der in der Öffentlichkeit leider noch viel zu schwach ist, zu untergraben und das wollen doch wohl die Abgeordneten aller Parteien vermeiden. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Wirtsch. Vgg.): Ich bin durch den Abgeordneten Bedeure nicht überzeugt; Gesetzgeber können nicht vor aller Öffentlichkeit arbeiten; das Finanzgesetz würde wahrscheinlich besser werden, wenn keine Berichte über die Verhandlungen der Kommission erschienen. Auch die Herstellung eines amtlichen Berichts unserer Plenarverhandlungen ist nicht so schwierig. — Die Bilder, die hier zur Ausschmückung angebracht waren, sind nicht wegen der wackeligen Stühle entfernt worden, sondern aus anderen Gründen.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (fr. Vp.): Die Kommissionsberhandlungen geheim zu halten scheint auch mir nicht glücklich. Auch der Gedanke eines amtlichen Berichts unserer Plenarverhandlungen scheint mir noch nicht reif und geklärt zu sein. — Die Anregung des Grafen Oppersdorf ist auch sehr sympathisch. Modifizierung des Parlamentarismus ist dringend geboten; sie muß begleitet sein von einer völligen Revision unserer Geschäftsordnung. Die anerkennenden Worte, die der Abgeordnete Sed den Reichstagsbeamten gesendet hat, unterschreiben wir vollinhaltlich. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Dr. Passafium sagt als Vertreter des Präsidiums möglichst Berücksichtigung der vorgetragenen Wünsche zu und fügt als persönliche Meinungsäußerung die Anregung hinzu, die gewünschte Reichstagsgeschichte von einem Staatsrechtler schreiben zu lassen.

Abg. Bindewald (Ant.) bekämpft die Verwendung der lateinischen Schrift in den Drucksachen des Reichstages. Die deutsche Schrift entspricht der deutschen Eigenart. Die Tatsache, daß die russische Schrift von der griechischen abstammt, wirkt die ganze schulfächerliche Theorie des Kollegen Stengel (mit erhobener Stimme) über den Haufen! (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Stengel (fr. Vp.) gibt jeden Versuch, den Abgeordneten Bindewald zu belehren, als völlig aussichtslos auf.

Abg. Bindewald (Ant.) bezieht die Anhänger der lateinischen Schrift der Vaterlandslosigkeit.

Damit schließt die Debatte. Präf. Graf Stolberg: Ich danke den Vorträgern für die mannigfachen, sehr beherzigenden Anregungen, die ich eingehend prüfen und, soweit erforderlich, der Geschäftsordnungskommission vorlegen werde. (Bravo!)

Der Etat des Reichstages wird bewilligt.

Es folgt der

Etat des Reichseisenbahnamts. Die Kommission hat dazu eine Resolution angenommen, durch welche der Reichskanzler ersucht wird, tunlichst bald in Erwägungen einzutreten, wie eine Verbilligung der Verwaltungskosten des Reichseisenbahnamts herbeizuführen ist.

Abg. Graf Oriola (nass.): Die Resolution ist so allgemein gehalten, daß ihr gewiß alle Parteien zustimmen könnten. Wir lehnen sie indes ab, denn aus Kommissionsverhandlungen geht hervor, daß ihre Tendenz dahin geht, das Reichseisenbahnamt als selbständige Behörde überhaupt zu beseitigen und seine Arbeiten im wesentlichen den einzelnen Staatsbahnverwaltungen zu übertragen. Das wollen wir nicht. Was die Leistungen des Reichseisenbahnamts anlangt, so erinnere ich nur an das schwierige und große Werk der neuen Verkehrsordnung. Auch unser Tarifwesen hat dem Reichseisenbahnamt viel zu verdanken. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Erberger (Z.): Ich will das Reichseisenbahnamt in seinen Persönlichkeiten durchaus nicht angreifen. Es fragt sich aber doch, ob das ein halbe Million kostende Amt in seiner jetzigen Organisation ausreicht erhalten zu werden braucht. Es war seinerzeit gedacht als Vorläufer von Reichseisenbahnen. Nachdem dieser Vismarsche Gedanke gescheitert ist, fragt es sich, ob die wesentlichen Aufgaben des Amtes nicht erfüllt sind. Ein großer Teil seiner Aufgaben wird praktisch ausgeführt vom großen Generalstab. Wir werden der Resolution zustimmen. Auch bei diesem Etat möchte ich anregen, daß die Arbeitszeit der Beamten allgemein auf acht Stunden festgesetzt wird. Auf Grund meiner letzten Ausführungen in dieser Richtung habe ich eine immense unflätiger Zuschriften aus den Kreisen von Beamten erhalten. Wir müssen jedenfalls fordern, daß unsere Beamenschaft voll ausgenutzt wird. Ich wundere mich um so mehr über den Widerstand gegen diese Forderung, als es bekanntlich Lokomotivführer gibt, die 22 Stunden beschäftigt werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Arbeitszeit der Reichstagsbeamten ist häufig weit länger als 8 Stunden.

Präsident des Reichseisenbahnamts Dr. Schula: Der Große Generalstab könnte seinen eisenbahn-militärischen Aufgaben ohne den Beirat eisenbahntechnischer Sachverständiger schwerlich genügen. — Was die Arbeitszeit der Bureaubeamten anlangt, so wird in der Kommission dargelegt werden, daß und aus welchen Gründen es nicht angängig ist und mit schweren Nachteilen verbunden sein würde, die Dienststunden der Beamten durch bindende Erklärungen dem Reichstag gegenüber schematisch abzugrenzen und dadurch die Verwaltung in der bestmöglichen Verwertung ihrer Arbeitskräfte lahmzulegen. Die Beamten meines Ressorts kommen ihren Pflichten durchaus nach.

Abg. Wegel (nass.): Wir wünschen eine stärkere Konzentration des deutschen Eisenbahnwesens; das Reichseisenbahnamt hat dazu nicht Stellung genommen, aber die Interessenten haben selbst Anlaß genommen, in Verhandlungen einzutreten. Brechen wir, als diese Verhandlungen auf ein totes Glas gerieten, Separatverhandlungen mit einer Reihe kleinerer Staaten geschlossen. Schließlich ist ein deutscher Staatsbahnverband zustande gekommen, über den die Meinungen noch sehr geteilt sind; ich persönlich und meine Freunde aus dem Süden halten dies Heberereinkommen für einen Schritt vorwärts. Die dadurch erreichte Güterwagengemeinschaft wird zu erheblichen Vermeidungen überflüssiger Ausgaben führen, 20 bis 30 Proz. wird bei der Wagenbeschaffung erspart werden können. All das weist auf eine allgemeine Verkehrsmittelgemeinschaft hin, bei der die Ersparnisse noch bedeutender sein würde. Auch Österreich, das seine Bahnen verstaatlicht, sollte in die Verhandlungen mit hineingezogen werden.

Darauf verlegt sich das Haus auf Dienstagmittag 2 Uhr. (Fortsetzung der Beratung des Etats des Reichseisenbahnamtes, Gesetz über die Einwirkung von Armenunterstützungen auf öffentliche Rechte, Gesetzentwurf zur Beseitigung der Doppelbesteuerung.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

31. Sitzung vom Montag, den 15. Februar, mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: Ministerialdirektor Schwarzkopf. Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Lesung des Besoldungsgesetzes für Volksschullehrer und Lehrereinstu.

Es liegen hierzu folgende Anträge vor:

Ein Antrag Dierhoff (fr.) und Genossen, die Regierung zu ersuchen, auf eine Erhöhung des Unterstützungsfonds für ausgeübende Lehrer und Lehrerinnen, den gesteigerten Lebensbedürfnissen entsprechend, Bedacht zu nehmen.

Ein Antrag v. Ditzsch (L.) und Genossen, die Regierung zu ersuchen, daß sie für Schulneubauten unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse und der Leistungsfähigkeit der Beteiligten neue Anhaltspunkte über Größe und Beschaffenheit der Dienstwohnungen ausstellt.

Ein Antrag Dr. Glattfelder (Z.) und Genossen, die Regierung möge allgemeine Bestimmungen erlassen über Größe und Beschaffenheit der Dienstwohnungen für Lehrer und Lehrerinnen, Zuhörer und Bestandteile der Dienstwohnungen (Wirtschaftsgebäude, Oefen usw.), ferner über die Rechte und Pflichten der Wohnungsinhaber (Wasser- und Lichtbeschaffung, Instandhaltung usw.).

Ein Antrag Eichhoff (fr. Vp.), die Regierung zu ersuchen, auf eine Erhöhung des Unterstützungsfonds für Wittwen und Waisen von Elementarlehrern, den gesteigerten Lebensbedürfnissen entsprechend, Bedacht zu nehmen.

Bei der allgemeinen Besprechung gibt

Abg. v. Tilly (L.) der Öffnung Ausdruck, daß das Herrenhaus dem Kompromißbeschlüssen beitreten werde. Redner wendet sich gegen die Angriffe des „Berliner Tageblatt“ gegen die Stellung der Rechte zu den Lehrern. Er erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit den Resolutionen Dierhoff und Eichhoff.

Abg. Jäschke (Z.) wendet sich gegen den Vorschlag einer Pensionshöhe der Staatszuschüsse nach der Höhe der Kommunalsteuern zu berechnen.

Abg. Schiffer (nass.): Die Vorlage bedeutet für und keinen Abschluß der Lehrerbefolgung, denn auch die von der Meisten als berechtigt anerkannten Forderungen der Lehrer sind nicht erfüllt. Wir behalten uns vor, bei günstigerer Gelegenheit auf unsere weitergehenden Forderungen zurückzukommen. Trotzdem können wir mit gutem Gewissen erwarten, daß vorläufig Ruhe unter den Lehrern eintritt. Die Verminderung der Spannung zwischen ländlichen und städtischen Lehrergehältern wird zur Beseitigung der Landflucht und zur Kräftigung des Lehrerstandes beitragen. Nach dem Wortlaut des Gesetzes haben auch die Gemeinden keinen Grund zur Beunruhigung, denn das Prinzip der Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit bei den Staatszuschüssen ist die beste Regelung. Es wird bei dem ganzen Gesetz freilich außerordentlich viel auf den Geist ankommen, mit dem es ausgeführt wird. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Frhr. v. Jellib (Z.) betont, daß die leistungsschwachen Gemeinden durch die Beschlässe zweiter Lesung nicht vernachlässigt werden.

Abg. Gassel (fr. Vp.): Auch wir halten an dem Ziele der Gleichstellung der Lehrer mit den Sekretären fest. Bedauerlich ist, daß in dem Gesetz nicht das Prinzip ausdrücklich ausgesprochen ist, daß nur leistungsschwache Gemeinden Staatszuschüsse erhalten sollen. Es wird durchaus leistungsfähige Gemeinden mit weniger als sieben Schulstellen geben, und es wird auch nichtleistungsfähige Gemeinden mit mehr als sieben Schulstellen geben. Wir erwarten, daß die Mittel möglichst gerecht verteilt werden. Wir hoffen, daß das Herrenhaus unseren Beschlüssen zustimmt und so dazu beiträgt, daß die mühsame Einigung zwischen den Parteien dieses Hauses nicht wieder zur Auflösung gebracht und die Verabschiedung des Gesetzes nicht verhindert wird. (Bravo! links.)

Ein Regierungskommissar betont, daß es verfassungswidrig wäre, wenn leistungsfähige Schulverbände einen dauernden Zuschuß aus dem Ergänzungsfonds bekommen würden.

Nach weiterer, unwecklicher Debatte schließt die allgemeine Besprechung. In der Spezialdebatte begründet bei § 15, der von den Dienstwohnungen handelt,

Abg. Marx (Z.) den Antrag Glattfelder: Gerade Kleinliche Fragen über Benutzung der Schulgebäude usw. führen zu unliebsamen Auseinandersetzungen zwischen Gemeinden und Lehrern, deshalb wünschen wir Normbestimmungen über diese Verhältnisse. Natürlich verlangen wir nicht Bestimmungen für die ganze Monarchie, sondern für größere Bezirke.

Abg. Gadenberg (nass.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit dem Antrag Glattfelder.

Abg. v. Tilly (L.): Für uns ist die Art, wie der Antrag Glattfelder das auch von uns gewünschte Ziel erreichen will, unannehmbar. Soll etwa auf Grund solcher Bestimmungen ein Bauamt alle Lehrermwohnungen nachprüfen und die Gemeinden zur Umänderung anhalten? Das würde große Beunruhigung in den beteiligten Kreisen hervorrufen und zahlreiche Lehrer, die bisher mit ihren Wohnungen zufrieden sind, zwangsweise unzufrieden machen. (Sehr wahr! rechts.) Die Schulverbände sollen nicht gegen ihren Willen gezwungen werden, Luxusausgaben zu machen. (Bravo! rechts.)

Abg. Gassel (fr. Vp.): Wir haben in der Kommission gehört, daß vielfach verheirateten Lehrern dieselbe Dienstwohnung zur Verfügung gestellt wurde, die sie vor ihrer Verheiratung hatten. Wir müssen aber verlangen, daß allen Lehrern ausreichende Dienstwohnungen zur Verfügung gestellt werden. (Sehr richtig! links.)

Damit schließt die Besprechung. In der Abstimmung wird der Antrag v. Ditzsch angenommen, der Antrag Glattfelder gegen die Stimmen des Zentrums, der Linken und der Sozialdemokraten abgelehnt. Der Rest des Gesetzes wird nach kurzer Debatte angenommen.

Darauf wird das ganze Gesetz in der Gesamtstimmung angenommen.

Die Anträge Eichhoff (fr. Vp.) und Dierhoff (fr.) werden der Budgetkommission überwiesen.

Darauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung Dienstag, 11 Uhr. (Erste Beratung der Novelle zum Berggesetz. Zweite Lesung des Berggesetzes.)

Schluß 4 Uhr.

Eine Provinzialkonferenz des Lagerhalterverbandes

tagte am Sonntag im Werkerschaftshaus. Sie beschäftigte sich mit Anträgen zum Ausbau des Unterstützungswesens, die der Verbandsvorstand an die bevorstehende Generalversammlung des Verbandes stellt. Als Referent war Dr. h. n. Leipzig erschienen. Aus seinen Ausführungen geht hervor, daß der Verband die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung und eines Sterbegeldes beantragt. Bis jetzt genügt der Verband außer Reichsbeiträgen noch Gewahrgeldern und Umzugsunterstützung. Die Einführung der neuen Arbeitslosenunterstützung würde eine Erhöhung der Beiträge nötig machen. Der Vorstand schlägt deshalb vor, daß anstatt des jetzigen Monatsbeitrages von 1,25 M. ein Wochenbeitrag von 50 Pf. erhoben wird. Die Arbeitslosenunterstützung soll nach dem Antrage des Vorstandes von der dritten Woche der Arbeitslosigkeit an im Betrag von 15 M. wöchentlich gezahlt werden.

In der Diskussion wurde geltend gemacht, daß eine Arbeitslosenunterstützung für die Lagerhalter eigentlich keine praktische Bedeutung habe, denn wenn ein Lagerhalter seine Stellung verliere, so werde er meist genötigt sein, in seinem früheren oder einem anderen Beruf Beschäftigung zu suchen, da die Konsumvereine ihre Lagerhalter in der Regel aus den Reihen ihrer Mitglieder nehmen. Dem wurde entgegengehalten, daß doch auch in diesem Falle die Arbeitslosenunterstützung den stellungslosen Lagerhalter in den Stand setze, sich eine passende Stelle, wenn auch anderer Art, zu suchen. Also habe die Arbeitslosenunterstützung auch für die Lagerhalter einen Wert. — Die Notwendigkeit, die Wohnregelungsunterstützung beizubehalten, wurde mit der Angabe begründet, es sei durchaus nicht selten, daß Konsumvereinsangestellte gemahregelt und dann in keinem Konsumverein wieder angestellt werden. Es wurde jedoch betont, daß in der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung solche Verhältnisse nicht bestehen.

Die Konferenz sprach sich durch Beschlußfassung dafür aus, daß ein Sterbegeld nicht, wohl aber die Arbeitslosenunterstützung eingeführt werde, die aber wöchentlich 20 M. betragen und schon von der zweiten Woche an bezahlt werden soll, daß der Monatsbeitrag auf 2 M. erhöht und auch die Umzugsunterstützung erhöht werde.

Nachdem diese Angelegenheit erledigt war, beschäftigte sich die Konferenz mit den von der Verwaltung der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung erlassenen Kontrollvorschriften. Es handelt sich um eine vom Genossenschaftsrat ausgeübte Kontrolle der Verkaufsstellen in Bezug auf Sauberkeit, Ordnung, prompte Erledigung der Geschäfte usw. — Die Lagerhalter beklagen sich darüber, daß sie bei der Aufstellung der Kontrollvorschriften nicht mitwirken konnten, und daß die Vorschriften einem unbegründeten Mißtrauen gegen die Lagerhalter entsprungen seien. In sich habe kein Lagerhalter gegen eine sachgemäße Kontrolle etwas einzuwenden. Auf Grund der Kontrollvorschriften aber, namentlich wenn sie von nicht sachkundigen Leuten erlassen werden, könnten die Lagerhalter in der heimlichsten Weise schikaniert werden. — Es wurde aber auch die Ansicht vertreten, daß die Kontrollvorschriften gar nicht so schlimm seien und man ruhig abwarten könne, wie sie gehandhabt werden. — Regel, der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung, betonte, daß die Verwaltung nicht daran denke, die Lagerhalter zu schikanieren. Die Kontrolle könne bei der jetzigen Ausdehnung der Genossenschaft nicht mehr vom Aufsichtsrat ausgeübt werden; deshalb sei es von anderen Mitgliedern übertragen, und damit diese wüßten, worauf ihre Kontrolle sich zu erstrecken habe, seien die Vorschriften erlassen. Von einem Mißtrauen gegen die Lagerhalter könne keine Rede sein.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 16. Februar:
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Die Entführung aus Serail. Versteigt. Königl. Schauspielhaus. Die Nebenbuhlerin. Deutsches. Revolution in Krähwinkel. Kammerstücke. Der Graf von Gleichen. (Anf. 8 Uhr.) Anfang 8 Uhr.

Leipzig. Der König. **Verliner.** Einer von unsrer Leut'. **Thalia.** Wo wohnt sie denn? **Komische Oper.** Lulu. **Neues.** Die fremde Frau. **Neues Schauspielhaus.** Beh'm, der sagt. **Kleines.** Moral. **Hebbel.** Revolutionshochzeit. **Kunstspielhaus.** Seine kleine Freundin. **Meibenz.** Kammerstück um Amelie. **Schiller O.** (Schiller-Theater.) Die Braut von Messina. **Schiller-Charlottenburg.** Ein Volkseid. **Friedrich-Wilhelmstädt.** Lumpacivagabundus. **Weiten.** Der tapfere Soldat. **Kuffen.** Mein Leopold. **Trianon.** Der Salzer. **Neues Operetten.** Die Dollarprinzessin. **Berliner Operetten-Theater SW.** Das Schmelzwerk. (Anf. 8 1/2 Uhr.) **Bernhard Hofe.** Einjährig-Unterschied. **Gastspiel-Theater.** Der Hüttenbesitzer. (Anf. 8 1/2 Uhr.) **Bürgerl. Schauspielhaus.** Karsth. **Gebrüder Herrfeld.** Die beiden Bindelhands. **Wpols.** Diefel Gasmir. **Spezialitäten.** **Metropol.** Donnerwetter - tadellos. **Wintergarten.** Spezialitäten. **Carl Haberland.** Spezialitäten. **Weslage.** Spezialitäten. **Reichshallen.** Steitiner Sänger. **Walhalla.** Spezialitäten. **Solies Caprice.** Der ledige Chemann. (Anf. 8 1/2 Uhr.) **Kasino.** Russland. **Spezialitäten.** **Günas Wehren.** Tobias Braut. **Spezialitäten.** (Anfang 8 1/2 Uhr.) **Parodie.** Der geschundene Raubritter. (Anfang 8 1/2 Uhr.) **Urania.** Faudenstraße 48/49. **Abends 8 Uhr:** Von Abbazia bis Korfu. **Orchestra 8 Uhr:** Ingenieur Ansbert Vorreiter: Die neuesten Motorballons. **Sternwarte.** Anfallbent. 57/58.

Lessing-Theater.
Dienstag 8 Uhr: Der König.
Mittwoch 8 Uhr: Baumolster Soines.
Donnerstag 8 Uhr: Der König.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr:
Einer von unsrer Leut'.
Morgen: Einer von unsrer Leut'.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.

Die fremde Frau.
(La femme X...)
Morgen und folgende Tage: Die fremde Frau.

Theater des Westens.
Abendlich 8 Uhr:
Der tapfere Soldat.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Dienstag, 16. Februar, Anfang 8 Uhr
Lumpacivagabundus.
Mittwoch: Huzarenfieber.
Donnerstag: Lumpacivagabundus.

Hebbel-Theater
Königsgrüher Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Revolutionshochzeit.

Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Seine kleine Freundin.

Residenz-Theater.
- Direktion: Richard Alexander. -
Abends 8 Uhr:
"Kommere Dich um Amelie."
Morgen und folgende Tage: Die fremde Frau.
Sonntag, 21. Februar, nachm. 3 Uhr:
Der Flob im Ohr.

Luisen-Theater.
Benefiz für St. Blumenreich:
Mein Leopold.
Mittwoch: Die Räuber.
Donnerstag: Mädchen auf Treppen.
Freitag: Mein Leopold.
Samstags nachm. 4 Uhr: Das Kaffeehaus. Abends: Der Mann mit den vier Frauen.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Räuber des Kapitän General. 8 Uhr: Mein Leopold.
Montag: Mädchen auf Treppen.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von Abbazia bis Korfu.
Hörssaal 8 Uhr:
Ingenieur Ansbert Vorreiter:
Die neuesten Motorballons.

DERNHARD ROSE THEATER
Or. Frankfurter Str. 152.
Abends 8 Uhr:
Einjährig-Unterschied.
Schwan in 3 Akten v. Victor Savoyens.
Wochentagspreise.

Gastspiel-Theater
Köpenicker Straße 83. 8 1/2 Uhr:
Gastspiel Ludwig Lange:
Der Hüttenbesitzer.

Rixdorfer Theater
Bergstraße 147.
Mittwoch, den 17. Februar 1900:
Die Sorglosen.
Lustspiel in 3 Akten v. Adolf Pürrenge.
Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater
Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter - tadellos!
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Paul Lincke. Regie
Direktor Scholtz.
Hassary - Perry
Holden - Bender
Giampietro - Kettner
Pfann - Theischer.

Apollo Theater
Abendlich 10 Uhr:
Hedi Herdina
in ihrer Glanznummer
Hoch der Kaviar!!
Dann das
phänomenale Februar-Programm.
Abends 8 1/2 Uhr:
Onkel Casimir
Abends 10 1/2 Uhr:
Einzug König Eduards.

WINTERGARTEN

Saharel
Gertrude Barrison
Little Pich
der urkomische Saharel-Parodist.
Simon u. Gardner
in ihrer amerikanisch. Burleske:
Der neue Kutscher
und das drollige
Faschings-Programm.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Mdmo.
Hanako
Japans größte Schauspielerin, mit
ihrem Ensemble
Anna Müller-Lincke, Soubrette
Robert Koppel, Chansonier
The May Sisters, Drahtseil
Boston Quartett, Kunstgesang
und das glänzende
Februar-Variété-Programm.

Passage-Panoptikum.
Neu! Neu!
Singhalesen-
Gauker-Truppe
in ihr. wilden Heimatstreifen
Salome,
das blaue Weib.
D. Opfer unbarmer Thilowation.
Alles ohne Extra-Entree.
Eintr. 50 Pf., Kind., Soldat. 25 Pf.

Casino-Theater
Rothgrüner Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Sensationell!
Rubland.
Aktuell!
Rubland.
Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräbert.

Jolies Caprice.
Zum 68. Male:
Ein lediger Chemann.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Schiller-Theater.
O. (Haller-Theater.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Braut von Messina.
Ein Trauerspiel mit Chören von
Friedrich Schiller.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Graf von Charolais.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal: Rechts herum.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 108-114
Im Riesen-Festsaal:
Großes bayerisches Bockbier-Fest.
Rutschbahn. Original-Alpen-Dekoration. Wasserfall.
Jeden Dienstag, Mittwoch
und Donnerstag: **Große Tanz-Reunion.**
Heute Dienstag, den 16. Februar 1900, Elftag:
Prämierung der schlankesten Damentaille
3 Barpreise von je 30 M.
Anfang 7 Uhr, Sonntags 4 Uhr. Entree 30 Pf., Sonntags 50 Pf.
Näheres Anschlagsgäulen.

Bürgerliches Schauspielhaus
Kastanien-Allee 7-9.
Im Abonnement:
Narziss.
Trauerspiel in 5 Akten v. Straßvogel.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Morgen: Der Goldhauer.
In Vorbereitung: Der Salentrioler.

Gebrüder Herrfeld-Theater. Vorwerk. 8 Uhr. 11-2 Uhr. 57 Kommandantenstr. 57.
Heute Dienstag, 16. Februar, zum 139. Mal:
Die beiden Bindelhands
dazu neuer Variététeil
5 Grebtleffs - Lyrico-Quartett - Dierich Uptis - Georg Schindler Lea Astrée.

Palast-Theater
Burgstraße 24, 3 Minuten vom
Bahnhof Ostf.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
Das vom Publikum und gesamten
Presse anerkannt vorzügliche
Februar-Programm.
Sensationell! Sensationell!
Georg Gailer
der phänomenale Balancenkönig.
Wiederanstreten von Juan Veldt
Sturz aus der 6. Etage.
Der arme Kasimir.
Schwan in 1 Akt v. Schmidt-Quastlnd.
Familienfeste wochentags halbe Preise
überall gratis zu haben.

Stadt-Theater Moabit.
Größter und vornehmster Theater-
saal Moabit.
Alt-Moabit 48. (Tel. II 2402.)
Donnerstag, den 16. Februar:
Zum erstenmal:
Ein Dorfroman.
Schauspiel in 4 Akten von Chatman.
Anf. d. Bockl. 8, Kassenöffnung 7 Uhr.
Konzert 7 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: Tanz.
Sonntag, 21. Februar: Ein Dorf-
roman.
Montag, 22. Februar: Solree der
Lustigen Sänger.

W. Nozeks Theater
Direktion: Rob. Oll. Brunnenstr. 10.
Sensationell! Großer Erfolg!
Ministerkrisen.
Deutsches Charaktergemälde in 5 Akten.
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerstag Benefiz: Ollmer, Lanz,
Rachow: Gelprengte Heilein.

Parodie-Theater.
Dresdenerstr. 67. Anf. 7 1/2 Uhr.
Täglich:
Der geschundene
Raubritter.

Theater Variété Brillant
(City-Passage)
Dresdener Str. 62/3 Annonc. 42/3
Täglich: Auftritte von nur er-
kannsten Spezialitäten bei gän-
zlich freiem Entree, auch Son-
tag. Sonnabend und Sonntag
nach der Vorst.: Gr. Freitanz.
Kinetograph.

Walhalla
Weinbergweg 19-20, Rosenthal. Vor.
Anfang 8 Uhr: Die amüsantesten
Februar-Spezialitäten.
Am Lunel: Bockbierfest. Regl-
mentstap. Theaterbei freien Eintr.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Ein Volkseid.
Schauspiel in 6 Aufz. von G. Wfen.
Deutsch von E. Lange.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Charleys Tante.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das Erbe.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72.
Täglich: Konzert, Theater und
Spezialitäten-Vorstellung.
Auftritte erstklassiger Kräfte.
Franz Sobanski
Chigigi Chigigi. - Joe de Diaz.
Lola Girella. - Jim und Sam.
Riesen-Erfolg!
Liebfräulein.
Operette in 1 Akt.
Anf. d. Bockl. 8, Sonntags 8 1/2 Uhr.

Fröbels
Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 149.
Dienstag, den 16. Februar 1900:
Doktor Wespe.
Lustspiel in 6 Akten von R. Benedix.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Sanssouci. Kottbus 6
Straßen 6.
Direktion Wilhelm Holmer.
Heute Dienstag:
Theater-Abend.
Zum 1. Male:
Sherlok Holmes.
Detektiv-Komödie.
Reperiorität auf Bühnen.
Donnerstag:
Hofmanns Nordd. Sänger
Tanz.
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Zum 99. Male:
Der Kompanieball.
Witzvolle
Humoreske
von Meysel.
Anfang
wochentags
8 Uhr.
Sonnt. 7 U.

Gustav Behrens-Theater. Goltzstr. 9.
Das vorzügliche Februar-
Programm.
Schlager auf Schlager.
u. a.: Ren!
Tobias Brautfahrt.
Komische Operette
und die übrigen erstklassigen
Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntags 8 Uhr.

Berliner Eis-Palast
Ständige Eisbahn.
Bis nachts 12 Uhr geöffnet.
Konzert und
Kunstlaufen.

Gelegenheitskauf.
Wir bieten unseren Lesern folgende
Bücher zu herabgesetztem Preise an:
Ad. Stöckhardts
Schule der Chemie
20. Auflage.
Bearbeitet von
Professor Dr. Lassar-Cohn.
Mit ca. 300 Abbildungen.
Statt 8 M. nur 3.50 M.
Die Telegraphie ohne Draht
von
Professor Augusto Righi
und
Vorbildert Bernhard Dessau
Mit 238 eingetragenen Abbildungen.
Statt 13 M. nur 8 M.
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68,
Lindenstr. 69, 2. a. d. n.

Zirkus Schumann
Heute Dienstag, abends 7 1/2 Uhr:
Brillante Vorstellung.
Nur noch kurze Zeit:
Der moderne Hercules
Tiberio
Ringkampf mit Stier.
Der
Paet
als Stahlfahrer.
Die Waffenschmiede.
Clown Armandos Tierzirkus
u. boxendes Känguruh.
Um 9 1/2 Uhr
zum 107. Male: **Golo,**
der Seeräuber.
Pracht-Aufführungs-Bantomime
in 6 Akten.

Echte Hienfong Essenz
extrakt, hocharomatisch.
12 Flaschen Mk. 2.50
30 „ 5.75
franko jeder Poststat.
60 Flaschen Mk. 11.-
franko per Bahn.
Versand-Gesellschaft
Magdeburg 20
Postfach 164.

46 eigene Fischdampfer.
Eine freudige Mitteilung
wird es für viele Hausfrauen sein, daß die so sehr beliebt ge-
wordenen
Seekarpfen (Brassen)
wieder eingetroffen sind.
Von heute Dienstag früh 8 Uhr an
verkaufen wir dieselben, so lange der Vorrat reicht
per Pfund mit 25 Pf.
(Zubereitung wie Fluschkarpfen, Seefischkochbücher gratis.)
Ebenfalls verkaufen wir noch zum selben Preise prach-
vollen fast grätenlosen
Kabeljau und Seelachs. X Alle anderen Seefische billigst!
Deutsche Dampffischerel-Gesellschaft „Nordsee“
Größte Hochseefischerel Deutschlands.
Hauptgeschäft: **BERLIN C., Bahnhof Börse.**
Verkaufsstellen:
N. Invalidenstraße 131. W. Potsdamer Str. 112a.
S. Prinzenstraße 94. NW. Wilsnacker Str. 57.
O. Große Frankfurter Str. 85. Spandau, Breitestr. 24.
O. Schles. Bahnhof, Beg. 6/9. Tegel, Treskowstr. 14.
Eigene Eisenbahn-Kühlwaggons.

Würzburger Hühneraugenmittel
von Dr. H. Unger. - Gegen 30 Wunden auf 10 W. Anwendung frei.
Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.
fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen
Ganzgetraut.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
In Berlin (30 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. Greif-
Apothek, Dammstraße 23. - München: Schützen-Apothek. - Stutt-
gart: Hirsch-Apothek. - Breslau: Victoria-Apothek. 110/1*

Carmen Sylva
Cigaretten
Beste Qualitäten

Achtung! Vereine, Gewerkschaften!
Voigts Krampenburg, Berliner Alpen,
gegenüber von Schmiedewich, am Fuße der Müggelberge, unmittelbar
der drei herrlichsten märkischen Seen gelegen.
Größtes Ausflugslokal. Aussichtsturm mit herrlicher Fernsicht
auf das ganze Bismarck. Zur Unterhaltung der Kinder: **Kasperle-
Theater** und **Eselgespann** tollkühn. - Hochs. Abstände zu
Dampferpartien erweise die größten Vorstände um baldige Werbung:
komme auf Wunsch auch ins betriebsfähige Sitzungstokal.
1055*
Nachmittagsbesuch
Tel.: Amt Köpenick Nr. 227. **Robert Voigt.**

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl golagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche be-
kannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.
Amt IV, 3014.

XIV. Saison!
Zirkus Busch.
Heute Dienstag, abends 7 1/2 Uhr:
Große Gala-Vorstellung
Um 9 Uhr: Der weltberühmte
Wenischensasse
Konsul Peter!
Neu! Tackas! Neu!
Olympia Desvall!
Die Violett!
Der Burdard-Footist, Schil-
reiter, Herr G. Schumann, Freiheit-
dresdener und sämtliche neu-
engagierten Künstler. Um 9 1/2 Uhr:
Auswanderer!

Böhmisches Brauhaus.
Landsberger Allee.
Jeden Dienstag:
Hoffmann-Sänger
Dr. Fr. Fanther.
Jede Woche neues Progr.
Zum Schluß:
Der Hansschlüssel.
Entree 30 Pf. Ref. 50 Pf.
Nach der Solree:
Freitanz.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruch-
bandagen, Leibbinden, Ge-
radhalter, Spritzen, Suspensorien
sowie sämtliche Artikel zur Kranken-
pflege. Eigene Werkstatt. Lieferant
für Orls- und Hilfs-Krankenschwestern.
Berlin N.,
jetzt Lothringers Straße 60.
Alle Bruchbänder mit elastischen Ge-
löten, angenehm u. weich am Körper.



Seekarpfen (Brassen)
wieder eingetroffen sind.
Von heute Dienstag früh 8 Uhr an
verkaufen wir dieselben, so lange der Vorrat reicht
per Pfund mit 25 Pf.
(Zubereitung wie Fluschkarpfen, Seefischkochbücher gratis.)
Ebenfalls verkaufen wir noch zum selben Preise prach-
vollen fast grätenlosen
Kabeljau und Seelachs. X Alle anderen Seefische billigst!
Deutsche Dampffischerel-Gesellschaft „Nordsee“
Größte Hochseefischerel Deutschlands.
Hauptgeschäft: **BERLIN C., Bahnhof Börse.**
Verkaufsstellen:
N. Invalidenstraße 131. W. Potsdamer Str. 112a.
S. Prinzenstraße 94. NW. Wilsnacker Str. 57.
O. Große Frankfurter Str. 85. Spandau, Breitestr. 24.
O. Schles. Bahnhof, Beg. 6/9. Tegel, Treskowstr. 14.
Eigene Eisenbahn-Kühlwaggons.

Würzburger Hühneraugenmittel
von Dr. H. Unger. - Gegen 30 Wunden auf 10 W. Anwendung frei.
Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.
fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen
Ganzgetraut.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
In Berlin (30 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. Greif-
Apothek, Dammstraße 23. - München: Schützen-Apothek. - Stutt-
gart: Hirsch-Apothek. - Breslau: Victoria-Apothek. 110/1*

Carmen Sylva
Cigaretten
Beste Qualitäten

Achtung! Vereine, Gewerkschaften!
Voigts Krampenburg, Berliner Alpen,
gegenüber von Schmiedewich, am Fuße der Müggelberge, unmittelbar
der drei herrlichsten märkischen Seen gelegen.
Größtes Ausflugslokal. Aussichtsturm mit herrlicher Fernsicht
auf das ganze Bismarck. Zur Unterhaltung der Kinder: **Kasperle-
Theater** und **Eselgespann** tollkühn. - Hochs. Abstände zu
Dampferpartien erweise die größten Vorstände um baldige Werbung:
komme auf Wunsch auch ins betriebsfähige Sitzungstokal.
1055*
Nachmittagsbesuch
Tel.: Amt Köpenick Nr. 227. **Robert Voigt.**

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl golagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche be-
kannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.
Amt IV, 3014.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Dienstag, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

Neun Mitglieder-Versammlungen.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung.
2. Vortrag, 3. Diskussion.

1. Abteilung: Obiglio, Schwedter Str. 20/24.
2. Abteilung: Arndts Feilsche, Selterer Str. 15.
3. Abteilung: Armin-Feilsche, Schönsteher Str. 22.
4. Abteilung: Frick Wille, Brunnenstr. 188.
5. Abteilung: Zwinem, Gesellschaftshaus, Zwinemländer Str. 42.
6. Abteilung: Kromrey, Eisenborststr. 8.
7. Abteilung: Gebr. Eranz, Adollner Str. 8.
10. u. 11. Abteilung: Sachon, Müllerstr. 136.
12. u. 13. Abteilung: Joseph Franke, Badstr. 19.

Referenten: Gustav Bauer, S. Gutmann, Wilhelm Aubig, Emil Moth, Hermann Müller, Adolf Ritter, Dr. Kurt Rosenfeld, Georg Nko und Luise Zick.

24/16* Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Hof I. Amt 3, 1230. Charitestraße 3. Hof III. Amt 3, 1087.

Mittwoch, den 17. Februar, abends 7 Uhr:

Große Versammlung aller in der Schraubenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

in Graumanns Festsälen, Raunigstraße Nr. 27.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Ritter: „Arbeitsnachweis und Arbeitsnachweise“. 2. Diskussion. 3. Neuwahl zur Agitationskommission. 4. Verbandsangelegenheiten. 11/15
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

„Freier Bund“

Einkaufs- und Produktiv-Genossenschaft freier Gast- und Schankwirte Berlins und Umgegend.
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung)
Sitz Berlin.

Am Donnerstag, den 25. Februar 1909, nachmittags 5 Uhr,
beim Genossen Anton Bocker, Berlin NO., Weberstr. 17:

Ordentliche General-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Erlesung des Protokolls der letzten General-Versammlung.
2. Geschäftsbericht vom Vorstande und Aufsichtsrat.
3. Vorlage der Bilanz durch den Aufsichtsrat und Antrag auf Genehmigung derselben durch die General-Versammlung.
4. Antrag des Vorstandes und Aufsichtsrats um Abänderung des § 5 Abs. 1 und § 6 Abs. 3 des Statuts.
5. Ergänzungswahlen zum Aufsichtsrat.
163/15 Der Vorstand. Matthes-Kerfin.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Nixdorf.
Donnerstag, den 18. Februar, abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
bei Goype, Hermannstr. 49.

Tages-Ordnung:
Vortrag des Genossen Redaktionssekretär Fritz Kunert: Staats-
idee und Schule. Verbandsangelegenheiten.
79/9 Die Ortsverwaltung.

Kranken- und Sterbefälle der Tabakarbeiter Berlins

(Eingetragene Hilfskasse Nr. 88, Berlin).
Mittwoch, den 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung

in Wilkes Festsälen, Braunerstr. 188 (nahe dem Rosenthaler Tor).
Tages-Ordnung:
1. Rechnungslegung pro 1908. 2. Neuwahl des Vorstandes, des Aufsichtsrates und der Krankenkassentoren. 3. Sonstige Kassangelegenheiten.
187/3 Der Vorstand. C. Butry, Stettiner Str. 25.

MANOLI

Cigarettes

Abbas 3 Pfg. Chic 4 Pfg. Gibson Girl 5 Pfg.

Schwächlichen Kindern

gibt man am besten HYGIOPON, das neue auf elektrischem Wege hergestellte Eisenpräparat, das von ärztlichen Autoritäten als hervorragendstes blutbildendes Kräftigungsmittel warm empfohlen wird. Hygiopon regt den Appetit intensiv an.

Originalflaschen M. 1,75 und M. 3,— in den Apotheken erhältlich.
General-Depot für Deutschland:
Dr. Wasserzug, Frankfurt a. M., Theaterplatz 1.

Verantwortl. Redakteur: Carl Weemuth, Berlin, Nixdorf. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Viede, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Öffentliche politische Versammlungen.

Achtung! Landtagswähler von Moabit! Achtung!

Dienstag, den 16. Februar, abends 8 Uhr:
Öffentliche politische Versammlung
in der Kronenbrauerei, Alt-Moabit 47/48.

Tages-Ordnung:
Die Pfarrerbefehle und der preussische Landtag.
Referent: Landtagsabgeordneter Ad. Hoffmann.
Freie Ausdrucks.
Wähler Moabits, erscheint in Massen!
Der Einberufer: Max Vieth, Diefeststr. 23.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr,
bei Freyer, Koppenstraße 29:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Kassendbericht vom letzten Vierteljahr und Jahresbericht des Vorstandes. 2. Erfahrungs-
bericht zur Ortsverwaltung und Wahl der Angestellten. 3. Verbandsangelegenheiten.
Sämtliche Delegierte müssen anwesend sein.
Ohne Mitgliedsbuch und Delegiertenkarte kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands

Mittwoch, den 17. Februar, abends 6 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelufer 15:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Diskussion über den Bericht des Gesamtvorstandes und der Kreisforen. 2. Neuwahl des Filialvorstandes, der
Kreisforen, des Arbeitsnachweis-Kommissionars und der Gewerkschaftskommissions-Vereiner. 3. Verschiedenes.
Unter „Verschiedenes“ steht ein sehr wichtiger Antrag zur Debatte und Abstimmung.
Eintritt nur gegen Mitgliedsbuch.
Zahlreichen Besuch erwartet.
Am 20. Februar 1909 findet innerhalb unseres Gesamtverbandes eine **Arbeitslosenzählung** statt.
Alle Kollegen, welche am 20. Februar arbeitslos sind, gleichviel, ob sie im Arbeitsnachweis eingeschrieben sind oder
nicht, haben sich in ihrem Bezirk am Sonnabend, den 20. Februar, oder am Sonntag, den 21. Februar, als
arbeitslos zu melden. Diejenigen Kollegen, welche keinem Bezirk zugeteilt und am 20. Februar arbeitslos sind,
haben ihre Arbeitslosigkeit dem Bureau per Karte zu melden. 192/5 D. C.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Freitag, den 19. Februar, abends 8 Uhr, im Saal IV des Gewerkschaftshauses,
Engel-Ufer 15:

General-Versammlung

aller zum Zweigverein gehörenden Sektionen und Zahlstellen.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Severing über: **Der gegen-
wärtige Kurs in der Sozialpolitik.** 2. Diskussion über die in den Zahlstellen und
Bezirken vorgeschlagenen Kandidaten zum Zweigvereinsvorstand. 3. Verschiedenes.
Bei der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht jedes Kollegen pünktlich zu erscheinen. 136/9
Mitgliedsbuch, resp. Legitimationskarte legitimiert.
Der Zweigvereinsvorstand.

Verband der handgewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Donnerstag, den 18. Februar, abends 8 Uhr:

General-Versammlung

bei Anton Bocker, Weberstraße 17.
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht des Vorstandes. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom vierten Quartal 1908 und Bericht der
Kreisforen. 4. Wahl von drei Kreisforen. 5. Wahl der Delegierten zum Verbandstag. 29/2
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht jedes Kollegen in dieser Versammlung zu er-
scheinen. — Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Einlass. Der Zweigvereinsvorstand.

Husten

Sie, so nehmen Sie die Kaiser's
Sie, ärztlich erprobten Kaiser's
Brot-Karamellen. 5500 not. begl.
Zeugn. bew. den vorz. Erfolg
bei Husten, Heiserkeit, Keuchhusten.
Paket 30 Pf., Kaiser's Brust-Extrakt
Flasche 90 Pf.
Zu haben in Apotheken und
Drogerien.

Mittwoch, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschafts-
haus, Engelufer 15, Saal I:
Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Der Kampf zweier Welt- und Lebensanschauungen. Referent: Ge-
nosse Störmer. 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Da unter Verbandsangelegenheiten sehr wichtige Fragen zu erledigen
sind, ist es Pflicht der Mitglieder, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Zahlreichen Besuch erwartet. 100/3 Die Ortsverwaltung.

25

Unserem Genossen Oskar
Elsasser und seiner lieben
Frau zur Silbernen Hochzeit die
herzlichsten Glückwünsche.
Die Genossen des 404. Bezirkes
(4. Wahlkreis).

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
Bezirk Lichtenberg.

Den Genossen zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Zigarren-
fabrikant
Wilhelm Zuchelt
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, nachmittags 4 Uhr,
von der Leichenhalle in der Vor-
nickerstraße aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
14/3 Der Vorstand.

Zentral-Verband
der Zivilberufsmusiker Deutschl.
Ortsverwaltung Berlin.

Hierdurch die traurige Nach-
richt, dass unser Kollege
Karl Weber
am 12. d. M. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, nachm. 3 Uhr, von der
Leichenhalle des Bartholomäus-
Kirchhofes in Weihensee, Gallen-
berger Chaussee, aus statt.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
50/2 Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Metall-
dreher
Willi Hollmann
am 13. d. M. an Magenleiden
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 16. Februar, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Nixdorfer Kirch-
hofes, Marienborfer Weg, aus
statt.
Rege Beteiligung erwartet
111/16 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Trentow-Baumschulweg.
Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unsere Genossin, Frau
Gertrud Keul
am Freitag, den 12. Februar, ver-
storben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 16. Februar, nach-
mittags 4 Uhr von der Leichenhalle
des Gemeinde-Friedhofes, Neue
Krug-Allee, aus statt. 202/6
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Am 13. Februar verstarb unser
herzensguter Vater, Schwieger-
vater und Großvater, der Schrift-
leiter
Anton Kutschka
im 67. Lebensjahre.
Die Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 17. d. M., nach-
mittags 5 Uhr, von der Halle des
Heilig-Ärenskirchhofes, Marien-
dorf, aus statt.

Danksagung.

Für die rege Beteiligung bei der
Beerdigung meines Mannes, des
Lämpfers
August Nuggel
sage allen meinen tiefgefühlten Dank.
Witwe A. Nuggel nebst Eltern.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und überaus große Kranz-
spende bei der Beerdigung unseres
unmittelbarsten Bruders, des Stein-
metzen 10186
Max Hoffmann
sagen wir allen Verwandten, Freunden
und Bekannten sowie den Mitgliedern
des Steinmetzen-Verbandes, dem
Gegleklub „Oberhavel“, dem Verein
Berliner Segler und dem 6. Berliner
sozialdemokratischen Wahlverein unsern
tiefgefühltesten Dank.
Um Namen aller Angehörigen
Karl Hoffmann.

Rixdorf.

Zentral-Franken- u. Sterbe-
kasse der Zimmerer.
Mittwoch, den 17. Februar,
abends 8 Uhr,
bei Gellert, Strehmest. 83:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Stellung zur 15. Generalver-
sammlung und Wahl eines Delegierten.
2. Abrechnung vom 4. Quartal 08.
3. Anwesenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand. 10196

Die Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter.

Die Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter Groß-Berlins und der Provinz Brandenburg wurde am Sonntagvormittag kurz nach 11 Uhr eröffnet. Sie tagt im großen Saale des Gewerkschaftshauses, der geschmackvoll dekoriert ist mit roten Wandern und roten Tüchern, sowie frischem grünen Laub, aus dem die Büsten von Marx und Lassalle hervorschimmern. Im Namen des Ausschusses der Stadtverordneten und Gemeindevertreter begrüßt Genosse Emil Bassner die Delegierten und spricht den Wunsch aus, daß die Verhandlungen vom Geiste des Sozialismus getragen, zur Förderung und zum Fortschritt der sozialdemokratischen Gemeindepolitik dienen mögen. In das Bureau der Konferenz werden als Vorsitzende die Genossen Singer-Berlin und Sidow-Brandenburg, als Schriftführer Sonnenschein-Friedrichshagen, Bassner-Berlin und Haber-Frankfurt a. O. gewählt. Darauf folgt die Wahl der Mandatsprüfungskommission. Die Tagesordnung wird in der vorgeschlagenen Fassung gutgeheißen; ebenso die Geschäftsordnung.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung:

Die Rechte der Gemeinden

erhält der Referent Genosse Hirsh-Charlottenburg das Wort. Der Redner bittet um Entschuldigung, wenn er sich nicht streng an das Thema halten werde, denn wolle er dies tun, so wäre seine Rede damit erschöpft, daß die Gemeinden in Preußen so gut wie gar keine Rechte haben. Er beabsichtige aber, eine Reihe von Bestimmungen auseinanderzusetzen, die vor allem von der Abhängigkeit der Gemeinden vom Staat handeln, und mit denen sich jeder Genosse vertraut machen müsse, der das Amt eines Gemeindevertreters ausübt. Hierbei komme nicht nur die Städte- und Landgemeindeordnung in Betracht, sondern noch eine ganze Reihe anderer Bestimmungen. Das Material sei so umfangreich, daß nur die wichtigsten Punkte herausgegriffen werden könnten. Das Steuer- und Finanzwesen könne er übergehen, da dies ja in einem besonderen Referat behandelt werde. Der Redner ging dann zunächst auf die Bestimmungen ein, die in der Städte- und Landgemeindeordnung enthalten und größtenteils zwingendes Recht sind, wie z. B. die Klasseneinteilung der Wähler, die öffentliche Stimmabgabe, das Vorrecht der Hausbesitzer usw.

Ueber die Bildung der Wählerabteilung bestimmt der § 2 des Gesetzes vom 30. Juni 1900, daß in denjenigen Gemeinden, die nach der jedesmaligen letzten Volkszählung mehr als 10 000 Einwohner haben, die Dreiteilung derart verändert wird, daß jeder Wähler, dessen Steuerbetrag den Durchschnitt der auf den einzelnen Wähler treffenden Steuer übersteigt, stets der zweiten oder ersten Abteilung zugewiesen wird, jedoch mit der Motivierung, daß Personen, welche vom Staat zu einer Steuer nicht veranlagt sind, stets in der dritten Abteilung wählen. Aus Anlaß eines bestimmten Falles sind in letzter Zeit Zweifel in den Reihen unserer Genossen darüber entstanden, ob der § 2 zwingendes Recht ist. Die Rixdorfer Genossen haben nämlich die Richtigkeit der auf Grund dieser Bestimmung gebildeten Wählerlisten bestritten und die Klage im Verwaltungsstreitverfahren dagegen angestrengt. Sie stützen sich dabei auf den Oberverwaltungsrat v. Ebert, der in seiner Schrift „Die Dreiklassenwahl in den preussischen Städte- und Landgemeinden nach dem Gesetze vom 30. Juni 1900“ der Ansicht Ausdruck gibt, daß eine Veränderung der Dreiteilung nach Maßgabe des in § 2 des Gesetzes niedergelegten Durchschnittsprinzips auch in den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern nicht unbedingt statzuzulassen hat, sondern daß das Durchschnittsprinzip lediglich die Bedeutung eines Eventualprinzips habe. Auch Zebens steht auf diesem Standpunkt, er sagt, daß da, wo schon die reine Dreiteilung keinen Ueberdurchschnittlichen in der dritten Abteilung läßt, überhaupt kein Raum für das Korrektiv des Durchschnittsprinzips bleibt, sondern daß es dann vielmehr lediglich bei dem Regelprinzips angewendet. Im Gegensatz dazu meint v. Ebert, daß das legale Korrektiv des Durchschnittsprinzips in Städten über 10 000 Einwohnern angewendet werden muß, wenn nicht ortstatutarische Bestimmungen auf Grund des § 3 getroffen sind. Ebenso sagt Kappellmann, daß der Durchschnittsteuerfuß schlechthin in allen über 10 000 Einwohner zählenden Gemeinden kraft Gesetzes anzuwenden ist. Ein Urteil darüber, welche Ansicht die richtige ist, wage ich nicht zu fällen, die Fassung des Gesetzes, die im letzten Augenblick in der dritten Lesung zustande gekommen ist, ist so unklar wie nur möglich, und das Oberverwaltungsgericht hat bisher keine Gelegenheit gehabt, sich mit dieser Frage zu befassen. In den weitaus meisten Fällen wird es ja so liegen, daß wie Sozialdemokraten von dem reinen Durchschnittsprinzip Vorteil haben, da dadurch eine Reihe von Wählern, die ihrer ganzen Klassenlage und ihren Klassenanschauungen nach unsere Gegner sind, aus der dritten in die zweite Klasse aufrücken und uns unsere Erfolge in der dritten Klasse nicht mehr streitig zu machen vermögen. Das hat sich bei den ersten Wahlen, die auf Grund der neuen Bestimmung in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und anderen Orten erfolglos, klar erwiesen. Ausnahmsweise, wie z. B. in Rixdorf, kann allerdings auch mal die gegenteilige Wirkung eintreten.

Die Gemeinden können nun durch Ortsstatut an Stelle des Prinzips des einfachen Durchschnitts das des einhalbfachen Durchschnitts oder das der Zwöfstelung treten lassen. Durch die Zwöfstelung würde von vornherein die Zahl der Wähler in den ersten beiden Abteilungen vermehrt werden, der einhalbfache Durchschnitt dagegen soll verhindern, daß etwa die Sozialdemokraten sich auch der zweiten Wählerklasse bemächtigen. Wir haben ja in der jüngsten Zeit erfahren, in wie nichtwürdiger Weise die Rixdorfer Stadtverordnetenmehrheit von dieser gesetzlichen Bestimmung Gebrauch gemacht hat. Zu einem solchen Ortsstatut ist übrigens eine Zweidrittelmehrheit erforderlich.

Nicht ganz so wichtig, wenn auch wichtig genug sind die sonstigen Rechte, die die Gemeinden auf dem Gebiete des Wahlrechts haben. Auf Grund von Gemeindebeschlüssen, welche der Genehmigung des Bezirksausschusses bedürfen, sind die Stadtgemeinden befugt, die Einrichtung von Bürgerrechtsgeld bei Erwerb des Bürgerrechts anzuordnen. Tatsächlich haben eine ganze Reihe von Städten, auch in der Provinz Brandenburg, hiervon Gebrauch gemacht und so den Arbeitern ihr schon winziges Wahlrecht noch weiter verkleinert. Obwohl Abstufungen in dem Betrage der Abgabe statthaft sind, ist doch das Bürgerrechtsgeld gewöhnlich so hoch, daß es für einen Teil der Arbeiter unerschwinglich ist. Um so anerkennenswerter ist es, wenn vom Klassenbewußtsein durchdrungene Arbeiter, um ihr höchstes Recht ausüben zu können, sich das Bürgerrechtsgeld buchstäblich vom Rande absparen.

Weiter können die Gemeindevertretungen durch Ortsstatut die Zahl der Stadtverordneten festsetzen (§ 12 der Städteordnung). Ein solches Ortsstatut, das die Zahl der Stadtverordneten begrenzt, hat beispielsweise Berlin erlassen, Charlottenburg ist im Begriff, denselben Weg zu beschreiten. Man will dadurch verhindern, daß die Zahl der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung so groß wird, daß die Verhandlungen ersäwert werden.

Ein anderes Recht der Gemeinden besteht darin, sobald zu einer Abteilung mehr als 500 Wähler gehören, die Wahl nach Bezirken vorzunehmen zu lassen. Die Anzahl und die Grenzen der Wahlbezirke sowie die Anzahl der von einem jeden derselben zu wählenden Stadtverordneten setzt der Magistrat allein fest, die Stadtverordnetenversammlung kann also nicht eine etwaige Wahlfreisgeometrie des Magistrats forcieren. Natürlich haben die Stadtverordneten jederzeit das Recht, durch Anträge eine anderweitige Einteilung der Wahlbezirke oder da, wo die Wahlen einheitlich über die ganze Gemeinde erfolgen, die Bildung von Abteilungen zu verlangen. Das liegt in den weitaus meisten Fällen im Interesse

der Arbeiterklasse, die dadurch auch in solchen Städten, wo die Bourgeoisie in der dritten Wählerabteilung vorherrscht, wenigstens die Möglichkeit hat, in diesem oder jenem Bezirk einen ihrer Kandidaten durchzubringen. Leider fehlt es nicht an Fällen, wo dem sogenannten liberalen Bürgertum der plutokratische Charakter des Dreiklassenwahlsystems noch nicht genügt, sondern wo man durch die Verhinderung der Bildung von Wahlbezirken Sozialdemokraten aus den Stadtverordnetenversammlungen fernzuhalten sucht; ich erinnere nur an Wilmersdorf, wo im Gegensatz zu Berlin und allen übrigen größeren Berliner Vorortsgemeinden noch immer keine Wahlbezirke bestehen und wo hauptsächlich wohl aus diesem Grunde noch kein Sozialdemokrat in die Stadtverordnetenversammlung eingezogen ist.

Auch das Recht der Bildung von Abstimmungsbezirken innerhalb der Wahlbezirke steht allein dem Magistrat zu. Das Oberverwaltungsgericht hatte früher die Möglichkeit der Bildung von Abstimmungsbezirken überhaupt bestritten, die Folge davon war, daß in Großstädten die Wahlen nicht mehr ordnungsgemäß vollzogen werden konnten. Aus dieser Erkenntnis heraus hat der Landtag im Jahre 1900 in das Gesetz über die Bildung der Wählerabteilungen die Bestimmung aufgenommen, daß der Magistrat befugt ist, an Stelle oder innerhalb der Wahlbezirke Bezirke zum Zwecke der Stimmabgabe zu bilden oder die Wähler in anderer Weise in Gruppen zu teilen und für jeden Abstimmungsbezirk bzw. jede Gruppe einen eigenen Wahlvorstand zu bestellen.

Die Wählerlisten müssen nach den Bestimmungen der Städteordnung vom 15. bis 30. Juli, nach den Bestimmungen der Landgemeindeordnung vom 15. bis 30. Januar offen liegen, in den Städten kann durch Ortsstatut auch ein anderer Termin für die Auslegung bestimmt werden, doch darf die Frist nicht verkürzt werden. Während dieser Zeit kann in den Städten jedes Mitglied der Stadtgemeinde, in den Landgemeinden jeder Stimmberechtigter, das heißt, nicht nur die in die Liste eingetragenen Personen, sondern auch alle die, welche ein Recht auf Eintragung haben, gegen die Richtigkeit der Liste beim Magistrat bzw. in den Landgemeinden beim Gemeindevorsteher Einspruch erheben. Ueber die Einsprüche hat nach der Städteordnung die Stadtverordnetenversammlung Bescheid zu fassen, ohne daß es dazu der Zustimmung des Magistrats oder der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedarf. Das Recht der Einsichtnahme in die Listen darf nicht beschränkt werden, jeder kann die ganzen Listen durchsehen, nicht etwa nur die auf seine eigene Person bezüglichen Angaben. Dagegen hat niemand ein Recht, sich die Listen abzuschreiben oder gegen Bezahlung eine Abschrift zu verlangen. Allerdings liefern eine ganze Anzahl von Gemeinden Abschriften der Listen gegen Bezahlung, einige, zum Beispiel Charlottenburg, lassen die Listen drucken und geben sie zum Selbstkostenpreis an Interessenten ab. Andere Gemeinden dagegen, namentlich die Landgemeinden, verweigern unter Hinweis auf einen Ministerialerlaß jede Abschrift und machen auch sonst bei der Einsichtnahme in die Listen allerhand Schwierigkeiten.

Die Wahlzeit setzt der Magistrat, in Landgemeinden der Gemeindevorsteher fest. Aufgabe der Gemeindevertreter, namentlich der sozialdemokratischen, muß es sein, darauf zu dringen, daß eine Wahlzeit gewählt wird, die jedem Wähler die Ausübung seines Wahlrechts ermöglicht. Nicht ohne Absicht wird die Wahlzeit heute noch vielfach auf eine solche Stunde verlegt, daß es den Arbeitern nur unter großen Opfern möglich ist, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Was von der Wahlzeit für die Stadtverordneten und Gemeindevertreterwahlen gilt, gilt auch von der Wahlzeit für die Landtagswahlen. Für die Wahlen zum Reichstag besteht die Möglichkeit der selbständigen Festlegung der Wahlstunden durch die Gemeinden nicht, hier bestimmt das Wahlreglement ausdrücklich: „Die Wahlhandlung beginnt um 10 Uhr vormittags und wird um 7 Uhr nachmittags geschlossen“.

Der Redner erteilte sodann die Bestimmung, wonach das kommunale Wahlrecht davon abhängig ist, daß man seit einem Jahre keine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten hat, was dazu geführt hat, daß in vielen Gemeinden Krankenhausbearbeitung des Gemeindegewerks oder seiner Angehörigen, dann auch andere ärztliche Behandlung, Lieferung von Heilmitteln usw. als Grund zur Entziehung des Wahlrechts gelten. Die Handhabung jener Bestimmung ist in den Gemeinden außerordentlich verschieden, und vielfach so rigoros, daß die öffentliche Gesundheitspflege schwer darunter leiden muß. Ein Berliner, der auf Kosten der Armenverwaltung im Krankenhaus versorgt wird, verliert sein Wahlrecht, ein Charlottenburger nicht. Noch widersinniger wird der Rechtszustand nach Inkrafttreten des Gesetzes betreffend die Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte werden. Dies Gesetz bestimmt nämlich, daß, soweit in Reichsgesetzen der Verlust öffentlicher Rechte von dem Bezug einer Armenunterstützung abhängig gemacht wird, als Armenunterstützung nicht anzusehen sind:

- 1. Die Krankenunterstützung;
2. die einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege;
3. Unterstützungen zum Zwecke der Jugendfürsorge, der Erziehung oder der Ausbildung für einen Beruf;
4. sonstige Unterstützungen, wenn sie nur in der Form einzelner Leistungen zur Hebung einer augenblicklichen Notlage gewährt sind;
5. Unterstützungen, die erstatet sind.

Tritt das Gesetz in Kraft, ohne daß gleichzeitig die entsprechenden landesgesetzlichen Vorschriften geändert werden, so werden wir es erleben, daß in den hier genannten Fällen das Wahlrecht zu den Gemeindevertretungen ruht, während das Wahlrecht zum Reichstag weiter gewahrt wird. Die sozialdemokratische Fraktion des Abgeordnetenhauses hat zum Etat des Ministeriums des Inneren eine Resolution eingebracht, die die Regierung um die Vorlegung eines Gesetzentwurfs ersucht, der diesem Zustande ein Ende machen soll.

Hinsichtlich des passiven Wahlrechts zeigte der Redner an einer Reihe von Beispielen, zu welchen Schwierigkeiten und Widerstandigkeiten das längst veraltete Hausbesitzerprivileg führt, daß die preussische Regierung, wenigstens für die Städte, schon vor 30 Jahren abschaffen wollte, an dem sie aber jetzt festhält, um den Einzug von Sozialdemokraten in die Gemeindevertretung so viel wie irgend möglich zu erschweren. Die Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts machen die Frage selbst nur noch verwirreter und widersinniger, wie z. B. die über Alleinbesitz, wonach ein Mann, dessen Haus so verschuldet ist, daß ihm eigentlich nichts davon gehört, oder ein anderer, der Schulden halber sein Haus der Frau zum Nießbrauch übertragen hat, als Hausbesitzer gelten; derjenige, der in einem Hause ein gut Teil baren Geldes steckt hat, jedoch nicht. Ferner die Entscheidung über Angültigkeit der auf einen Nießhausbesitzer abgegebenen Stimmen. Am grünen Tisch ist es leicht, solche Entscheidungen zu treffen; in der Praxis aber, namentlich in großen Städten, ist es oft äußerst schwierig. Ferner erteilte der Redner das Petitionsrecht der Gemeinden und hob hervor, welche widersprechenden Entscheidungen und verschiedenartigen Einschränkungen das Oberverwaltungsgericht in dieser Hinsicht für Recht erkannt hat. Im Jahre 1896 wurde der Stadt Stettin das Recht auf eine Petition gegen die Verleibungserhöhung zuerkannt, und anderen Städten ist das Recht auf eine ähnliche Petition abgesprochen worden. 1896 erklärte das Oberverwaltungsgericht eine an den Reichstag gerichtete Petition gegen die Umstrukturierung für unzulässig. Ja, sogar Petitionen auf Änderung des Wahlsystems für die Reichstags- und die Landtagswahlen oder auf Vererbung der Zahl der Abgeordneten einer Stadt galten dem Oberverwaltungsgericht als Ueberschreitung der Befugnisse der Stadtverordneten. Sodann schilderte der Redner die Rechtlosigkeit der Gemeinden hinsichtlich der Polizeiverwaltung und des weiteren ihre

Stellung zum Volksschulwesen. In dieser Hinsicht sind die Rechte der Gemeinden ja schon durch die Verfassung überreichlich eingeschränkt; völlig rechtlos gemacht werden sie aber erst durch das Volksschulunterhaltungsgesetz von 1906 und das Lehrerbefolgungsgesetz, das dem Landtag noch zur Beratung vorliegt. Der Redner wies dies in einzelnen nach und hob dabei auch hervor, wie durch den beschriebenen Erlaß des Ministers v. Hoffe vom Jahre 1899 im Anschluß an die Wahl des Genossen Singer in die Berliner Schuldeputation Sozialdemokraten für ungeeignet erklärt wurden, Schuldeputationen und Schulvorstände anzugehören, wie aber durch das Gesetz von 1906 mit Hilfe des Dreiklassenparlamentes diesem Zustande der Rantel der Gefährlichkeit umgehängt wurde. Im übrigen erteilte der Redner noch die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes über den Unterhaltungszustand samt den Änderungen, die am 1. April 1909 in Kraft treten, dann die Fürsorgeziehung, ferner die Generalvormundschaft, wobei er bemerkte, daß man in Charlottenburg gute Erfolge mit der Heranziehung zahlungsfähiger Väter unehelicher Kinder zu den Unterhaltungskosten gemacht habe.

Schließlich ging der Redner noch auf die Stellung der Gemeinden zu verschiedenen sozialen Gesetzen ein, wie den Fortbildungsschulungsgesetz, die Sonntagruhe im Handelsgewerbe, die Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht, die Gewerbegerichte und die ortstatutarische Regelung der Lohnzahlung. — Er schloß seinen inhaltreichen Vortrag mit der Bemerkung, daß darin nur das Wichtigste, was für den Gemeindevertreter zu wissen notwendig ist, angeführt werden konnte. Hätte alles gesagt werden sollen, so wäre das Referat so umfangreich geworden, daß man alle anderen Punkte der Tagesordnung hätte absehen müssen. Darum galt es auch hier, Maß zu halten. Ich hoffe, daß mein Referat Sie veranlaßt, sich weiter mit der Sache zu befassen. Wissen ist Macht, dies Wort unseres alten Liebsteins ist keine leere Phrase. Kenntnis dessen, was ist, ist auch für und erste Bedingung, um weiter zu wirken im Sinne des Sozialismus.

In der

Diskussion

über den Vortrag wurden meist Fragen erteilt, die den einzelnen Delegierten in ihrer Praxis als Gemeindevertreter besonders wichtig erschienen waren.

Genosse Conrad-Rixdorf erwähnte zunächst den bekannten Wahlrechtsraub durch die Einführung des anderthalbfachen Durchschnitts bei Einteilung der Wählerklassen und ging sodann ausführlicher auf die Einführung des Durchschnittsprinzips an Stelle der Dreiteilung ein, die in Rixdorf zu den Stadtverordnetenwahlen im November vorigen Jahres erfolgt war und bewirkte, daß die Steuersumme, die auf die 3. Wählerklasse entfiel, um über eine Viertelmillion höher war als die der 1. und 2. Klasse, das Wahlrecht der 2. Klasse an einen Mindeststeuerfuß von 78,58 M., rund 10 M. mehr als bei der vorigen Wahl, gebunden war. Der Redner, der auf Befehl des Wahlvereins dagegen Klage beim Bezirksausschuß eingereicht hat, legt die Gründe dar, die hierfür maßgebend waren. Das Gesetz vom 30. Juni 1900 sollte keine Verschlechterung des Dreiklassenwahlrechts bringen; es sollte vielmehr bei der Dreiteilung bleiben, wenn sie einen niedrigeren untersten Steuerfuß der 2. Abteilung ergab als der Durchschnitt.

Genosse Laubmann-Weihensee führt verschiedene Beispiele für die Wirkungen der Bestimmung der Landgemeindeordnung an, nach der 2/3 der Mitglieder der Gemeindevertretung Angehörige sein müssen, und zeigt, wie man hier praktisch danach streben muß, daß für die 3. Klasse wenigstens ein Nichthausbesitzer gewählt werden kann.

Genosse Gruhl-Rotowas bemerkt, daß in einer „Vorwärts“-notiz aus Wilmerdorf ganz allgemein die Einteilung der Gemeinden in Wahlbezirke als erstrebenswert hingestellt worden sei. Das sei jedoch verkehrt. Dieses System sei keineswegs für alle Gemeinden zu empfehlen. In Rotowas würde die Arbeiterschaft sich bedanken, das elende Wahlrecht dadurch noch verschlechtern zu lassen. Ferner meint der Redner, daß dafür gesorgt werden muß, daß die Beamten den Wählern bei Einsicht in die Wählerlisten Hilfe leisten, und schließlich weist er auf die Notwendigkeit hin, allgemein dafür zu sorgen, daß nicht immer ein Teil unserer Wähler durch verkehrte Anmeldung als Schlafburshen ihr Wahlrecht einbüßen.

In der Nachmittagsitzung gab Genosse Schuberl den

Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Es sind 222 Delegierte anwesend, und zwar 20 Berliner Stadtverordnete sowie 51 Vertreter aus Groß-Berlin und ferner aus dem Wahlkreise Teltow-Beeskow 73 und Nieder-Barnim 69 Gemeindevertreter. Sämtliche Mandate werden für gültig erklärt. Die Diskussion über den ersten Punkt der Tagesordnung wird fortgesetzt.

Genosse Dr. Silberstein-Rixdorf bemerkt, der dort verübte Wahlrechtsraub habe das Gute mit sich gebracht, daß man mit den betreffenden Bestimmungen des Gesetzes von 1900 näher bekannt wurde. Die Bestimmung über den Durchschnittsteuerfuß werde vielfach auch in Parteikreisen nicht richtig beurteilt, indem man behaupte, sie sei geschaffen, um die Sozialdemokratie von den Gemeindevertretungen fernzuhalten; die eingehende Prüfung habe jedoch ergeben, daß sie das Wahlrecht nicht noch verschlechtern, sondern seine Härte etwas abmildern sollte.

Genosse Düweli bedauert, daß das Referat in manchen Teilen nicht vor einem anderen Hörkreis gehalten wurde. Es seien solche Fragen erteilt worden, die vor allem auch unseren Genossen und Organisationsleitern vor den Wahlen wichtig gewesen wären. In der Gemeindepolitik komme es vor allem darauf an, daß auf kulturellem Gebiet und daß für die Arbeiterbevölkerung etwas geleistet wird. Ob die Lasten bei dieser oder jener Sache dem Staat oder der Gemeinde zufallen, sei weniger wichtig; darüber sollten die bürgerlichen Vertreter sich die Köpfe gebreden.

Genosse Gramenz-Treptow regt an, daß bei jedem Quartalswechsel in der Parteipresse darauf aufmerksam gemacht werden müsse, daß Asternmieter sich als Chambregarnisten anmelden lassen, damit sie ihr Wahlrecht nicht einbüßen.

Es wurden in der Diskussion noch mehrere Fragen angeregt, die größtenteils Vorgänge in einzelnen Gemeinden betrafen.

Der Referent, der nun das

Schlußwort

erteilt, hatte schon auf verschiedene Fragen geantwortet und gab auf andere noch weitere Auskünfte. Genossen Düweli erwiderte er, daß dessen Ausführungen eigentlich mehr zum zweiten und dritten Punkt der Tagesordnung gehört hätten; daß aber die Deckungsfrage den sozialdemokratischen Gemeindevertretern keineswegs gleichgültig sein könnte; sie ja auch in verschiedenen Gemeinden Vorschläge zu dieser Frage gemacht hätten.

Es ist ein Antrag auf Errichtung einer Zentralkasse für Gemeindeangelegenheiten eingegangen. Er findet die nötige Unterstützung und wird später zur Verhandlung kommen.

Zur Verhandlung kommt der zweite Punkt der Tagesordnung: Das Finanzwesen der Gemeinden.

- Hierzu sind zwei Referate vorgesehen:
a) Etat und Steuern;
b) Die wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinden.

Zum ersten Referat nimmt Genosse Heimann-Berlin das Wort. Er fährt einleitend aus, daß die Gemeinden, die Jahrhunderte lang über großen Grundbesitz verfügten, heutzutage wirtschaftlich viel besser dastehen würden, wenn sie es nicht als eine besondere Schamhaftigkeit angesehen hätten, ihren Grund und Boden zu verlaufen, und andererseits auch, wenn sie nicht gewinnbringende Betriebe der Privatkapitalisation überlassen hätten. Der Redner gab sodann eine gründliche und lehrreiche Uebersicht über die ver-

Wiederer Einnahmequellen, über die Rechte der Gemeinden, Abgaben und Steuern zu erheben, um den ihnen zugewiesenen Aufgaben gerecht zu werden, wie über die verschiedenen Beschränkungen dieser Rechte. Manches, was der Redner von dem allzu umfangreichen Stoff nur beiläufig erwähnen konnte, wird bei der Drucklegung des Protokolls noch näher dargelegt. Unter anderem führte der Redner aus, daß, wenn man auch mit aller Kraft für das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden eintreten müsse, damit dem Staat das Recht, Vorschriften für die Gemeinden zu erlassen, doch nicht absprenken könne, schon weil sonst die Abgaben, die die Gemeinden erheben, mit denen für den Staat solidarisieren könnten. Wenn auch das Dreiklassenparlament des Staates keinerlei Gegenrecht gegen das der Gemeinden biete, so sei es doch wenigstens den lokalen Interessen entrückt. Eine den Interessen der Gesamtheit entsprechende Finanzwirtschaft sei ja freilich erst dann möglich, wenn das allgemeine, gleiche Wahlrecht Geltung erlange. Unter keinen Umständen könne man jedoch die Gesetze billigen, durch die die Gemeinden in allen wichtigen Angelegenheiten wie am Gängelbande geführt werden. In seinen Darlegungen über die Einkünfte der Gemeinden wies der Redner unter anderem nach, wie teils kulturfeindlich, teils unpraktisch die Willkür- und die Luftbarkeitssteuern wirken und hob demgegenüber die Vorteile der Wertzuwachssteuer auf Grundstücke hervor, die ja, wenngleich in Berlin vorläufig gescheitert, in einer großen Anzahl von Städten eingeführt ist und gleichsam ihren Siegeszug durch die Gemeinden hält. Wo sie eingeführt ist, ähneln sich die Bestimmungen darin, daß die Steuersätze äußerst niedrig sind und nicht im entferntesten das aufbringen, was die Kommunen leisten für die Herbeibringung des Wertzuwachses. Der Redner wiederlegte verschiedene Einwendungen gegen die Wertzuwachssteuer, wie die, daß sie auf die Mieter abgewälzt werde, oder daß der so schon „schwer belastete“ Grundbesitzerstand noch mehr belastet werde — obwohl sie ja vor allem den trifft, der sein Grundstück verkauft, also insofern aus dem Grundbesitzerstand austritt — gab ferner verschiedene Ratsschlüsse über die Form ihrer Einführung und Bemessung, daß sie progressiv sein müsse, daß man dafür sorgen müsse, daß vor allem auch die unbauten Grundstücke voll dazu herangezogen werden, und wies ferner auf die Versuche zur Umgehung der Wertzuwachssteuer hin, wie sie von Scheingewerkschaften ausgeführt werden, deren Treiben schon in anderer Hinsicht, die Stempelsteuer betreffend, die preussische Regierung zu Untersuchungen veranlaßt hat. — Nachdem der Redner noch verschiedene andere Steuerfragen berührt hatte, kam er schließlich auf die Erbpachtverträge zu sprechen, wie sie von München, Ulm, Frankfurt a. M. und einer Reihe anderer Städte eingeführt sind. Diese Kommunen haben sich bereit erklärt, ihre Erbpachtverträge Interessenten zur Verfügung zu stellen. Ein Schreiben an den Magistrat der betreffenden Stadt genügt, um ein Muster solches Vertrages zu erhalten. Die Systeme sind verschieden, allgemeine feste Bestimmungen lassen sich in einzelnen nicht aufstellen. Es sollte nun der Vortrag über die wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinden folgen. Die Uhr war jedoch bereits 1/6 und um 6 mußte der Saal für eine andere Veranstaltung freigegeben sein. Da jenes Referat nicht in so kurzer Zeit zu erledigen war, wurde zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Unser Kommunalprogramm

Übergegangen. Der Referent, Genosse Hirsch, hatte hierzu nur wenig zu sagen. Es ist nicht meine Absicht, erklärte er, ein neues Kommunalprogramm hier zu entwerfen, sondern lediglich vorzuschlagen, daß eine Kommission gewählt werde, die ein einheitliches Programm auszuarbeiten soll, über das später beschlossen werden kann. Unser jetziges Kommunalprogramm ist von 1898. Es ist seitdem durch zwei Resolutionen ergänzt. Die Parteitage in München (1902) und Bremen (1904) haben sich mit dem Kommunalprogramm befaßt, und der Bremer Parteitag hat eine Resolution angenommen, die die Richtlinien der Kommunalpolitik festlegt. Es wird nun für uns darauf ankommen, zu untersuchen, ob unser Kommunalprogramm veraltet oder auch in einzelnen Punkten programmwidrig ist. Ein Fehler scheint es mir, daß die Forderungen an Staat und Gemeinde nicht auseinandergehalten sind. Ob eine Trennung in dieser Hinsicht zweckmäßig ist, darüber wird die Kommission auch zu beraten haben. Wichtiger ist jedoch der Inhalt. Wenn hier Mängel aufgedeckt werden, so kann das der Konferenz, die vor 10 Jahren das Programm aufstellte, nicht zum Vorwurf gereichen. Unsere Tätigkeit in den Gemeinden hat sich seitdem zu ganz inquisitiven Leben entwickelt. Manches ist erfüllt, ja, auch solche Forderungen, die wir damals noch nicht zu stellen wagten. Im Schulwesen haben wir z. B. eine Reihe von Fortschritten aufgestellt, die noch Fortschritte bedeuten, aber andererseits haben Gemeinden auch Verbesserungen durchgeführt, die nicht in unserem Programm enthalten sind. Auch müssen wir erkennen, daß, was unser Programm über Gesundheitsfürsorge, Kranken-, Armen- und Waisenspflege sagt, nicht mehr ausreicht. Hinsichtlich des Submissionswesens fehlt die Ablehnung der Streiklausel des Unternehmers. Die städtischen Arbeiter haben, gestützt auf ihre stark entwickelte Organisation und mit Hilfe der sozialdemokratischen Vertreter, Forderungen bewilligt erhalten, die noch nicht auf unserem Programm standen. Dann müssen wir es unter anderem den sozialen Fürsorgegesetzen anpassen. Auf unserer jetzigen Konferenz fehlt es uns an den nötigen Vorarbeiten, um unser Kommunalprogramm neu zu gestalten. Dazu bedarf es eifriger Vorberatungen. In der Kommission sollen nicht nur Vertreter der großen Städte, sondern auch der kleinen Landgemeinden tätig sein, und außerdem müßte sie das Recht der Kooptation haben. Es ist zu wünschen, daß das Programm für ganz Preußen Geltung erhält. Beschließen über den ausgearbeiteten Kommissionsentwurf kann schließlich der preussische Parteitag oder eine im Anschluß daran abzuhaltende Gemeindevertreterkonferenz. Der Entwurf müßte rechtzeitig in der Presse veröffentlicht werden, damit auch sie dazu Stellung nehmen kann. Wenn wir so verfahren, werden wir ein gutes Programm erhalten. Was gilt es ja damit nicht, denn unsere alte Waffe ist noch nicht so rostig, daß wir sie nicht mehr brauchen könnten.

Zweite Tag

Der Konferenz begann mit dem Referat des Genossen Borgmann über

Die wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinden.

Ob die Gemeinden wirtschaftliche Unternehmungen im eigenen Betrieb überführen sollen, bezog der Redner, diese Frage ist für alle einschichtigen Kommunalpolitiker nicht mehr unstritten, sondern vielmehr im bejahenden Sinne beantwortet, selbst von der Bureaucratie der Gemeinden. Es handelt sich noch hauptsächlich um die Frage, ob diese Betriebe in lokalem Sinne oder nach rein kaufmännischen Grundsätzen geleitet werden sollen. Die Bewegung nach eigenen Gemeindebetrieben verdient, auch vom rein finanziellen Standpunkt betrachtet, gefördert zu werden. Wesentliche Bedingung, um hiermit rasch vorwärts zu kommen, ist Besitz der Gemeinden an Grund und Boden. In den letzten Jahren hat sich dieser Besitz in einer Reihe von Städten glücklicherweise wieder bedeutend vermehrt. Aufgabe der sozialdemokratischen Gemeindevertreter muß es sein, hier energisch nachzuhelfen, denn ohne Besitz von Grund und Boden läßt sich wirksame Sozialpolitik nicht treiben. So ist es hinsichtlich der Wohnungspolitik, im Verkehrswesen, mit der Gesundheitspflege und Krankenpflege, den öffentlichen Badeanstalten usw. Wenn nun eine Stadt für den Bedarf ihrer eigenen Anstalten eigene Produktionsbetriebe einrichtet, wie das so vielfach schon geschieht, warum sollen diese nicht auch der Allgemeinheit zugute kommen? In der Gründung eigener wirtschaftlicher Unternehmungen haben die Gemeinden in den letzten 10 Jahren erhebliche Fortschritte gemacht, sowohl in Deutschland, wie auch im Ausland. Der Redner schildert diese Entwicklung und erklärt dann, daß ihre wesentlichsten Ursachen darin zu suchen sind, daß die Städte wieder Herr über ihre eigenen Straßen und Plätze werden wollen, daß sie ferner ihre Bürger vor Ueberverkeimung schützen wollen, und daß sie schließlich den Gewinn, der sonst dem Privatkapitalismus zufließt, der Gemeinde und damit auch den

Bürgern zuführen wollen. Der Redner äußert sich besonders ausführlich über diesen letzten Punkt. Genosse Lindemann hat energisch dagegen Stellung genommen, hält es für unangebracht, daß die Gemeinden Gewinne aus ihren Betrieben ziehen und für wichtiger, daß sie ihre Produkte zum Selbstkostenpreis abgeben. Der Redner ist anderer Ansicht und hält eine Tarifpolitik, bei der keinerlei Leberchüsse aus den Gemeindebetrieben herausgewirtschaftet werden, für verfehlt. Es sei zu beachten, daß nicht alle Gemeindebetriebe die Betriebe in Anspruch nehmen und daß andererseits die Gewinne nicht den Kapitalisten zufließen, sondern den Bürgern wieder zugute kommen. Wenn die Gegner uns bei unseren Forderungen entgegenhalten, woher das Geld genommen werden sollte, so antworten wir, daß das Geld ja für die Gemeinden gleichsam auf der Straße liege. Sie brauche ja nur diese oder jene Betriebe in eigene Regie übernehmen. Wenn wir nun hier Beschluß fassen wollten, daß nur gegen Produktionskosten geliefert werden sollte, würden unsere Vertreter eine unmögliche Stellung einnehmen. Es gibt viele Betriebe in den Gemeinden, die noch auf lange hinaus für einen beschränkten Kreis von Abnehmern produziert werden. Der Redner meint, daß aus diesen Gründen es wohl gerechtfertigt ist, einen mäßigen Ueberschuß aus den Gemeindebetrieben zu erzielen und fast das Ergebnis seiner mit viel Tatsachenmaterial ausgearbeiteten Ausführungen in die Höhe zusammen, daß die Uebernahme wirtschaftlicher Betriebe durch die Gemeinden eine Notwendigkeit ist, daß es vertretbar ist, von den Abnehmern Monopolpreise zu verlangen, daß es aber doch berechtigt ist, wenn die Gemeinden einen mäßigen Ueberschuß aus ihren Betrieben erzielen.

Diskussion

über Punkt 2 der Tagesordnung wird eröffnet. Genosse Düweli bemerkt, daß es, auch vom tatsächlichen Standpunkt aus, richtig sei, zunächst unsere sozialen Forderungen zu verteidigen. Lange man erst mit den Steuern an, so werde der Widerstand der bürgerlichen Mehrheit erhöht. So wenig wie die Arbeiter in den Gewerkschaften, wenn sie Forderungen stellen, erst fragen, ob der Unternehmer auch mehr zahlen könne, sollten die sozialdemokratischen Gemeindevertreter erst lange danach fragen, ob die Besitzenden etwas mehr Steuern zahlen wollten. Uebersch und vor allem müssen wir unsere Forderungen durchzuführen trachten.

Genosse Weber-Kathenow betont gegenüber dem Vorrädnern, daß es in seiner Gemeinde doch dringend notwendig sei, sich mit der Dedungsfrage zu befassen. Es werden dort Steuerzuschläge von 20 bis 250 Proz. erhoben. Da es sich fast ausschließlich um proletarische Einwohner handle, sei es einem sozialdemokratischen Vertreter nicht möglich, für weitere Erhöhung einzutreten. Der Magistrat sei, um der Finanznot abzuhelfen, auf den Vorschlag verfallen, einen Trüdenzoll zu erheben, was allerdings schon in der Kommission selbst von den bürgerlichen Vertretern abgelehnt wurde. Wertzuwachssteuer müsse eingeführt werden. Für die sozialdemokratischen Vertreter in den Kleinstädten sei es eben durchaus nicht so leicht, Forderungen zu stellen, ohne sich um die Dedung der Ausgaben zu bekümmern.

In der weiteren Diskussion werden teils verschiedene Fragen lokaler Natur aus den verschiedenen Gemeinden erörtert, teils äußern die Redner sich zu der vom Genossen Düweli angeregten prinzipiellen Frage. Genosse Conrad-Rigdorf äußert in dieser Hinsicht, daß er sich mit Düweli nicht einverstanden erklären könne. Es sei leichter, im Reichstag oder Landtag Anträge zu stellen, als im engen Kreis der Gemeindevertretung. Die örtlichen Vororte leiden namentlich unter schlechten Steuerverhältnissen. Ueber unsere Stellung zu Steuerfragen müsse unbedingt Klarheit geschaffen werden. Sei es doch vorgekommen, daß in der vorigen Woche in Karlsruhe ein sozialdemokratischer Vertreter für die Willkürsteuer stimmte.

Genosse Gruhl-Rotwies: Treten wir mit einer Forderung auf, so kommt man uns gleich mit der Frage der Dedung der Unkosten. Genosse Hetmann hat uns in dieser Hinsicht ein großes Gebiet erschlossen.

Genosse Wurm-Berlin: Es sind Klagen gefallen, die darauf hinausgehen, als ob unsere Aufgabe in den Gemeinden etwas anderes sei als in den anderen Körperschaften, gleichsam so, daß wir uns in den Gemeinden vor allem nach der Decke strecken müßten. Wir aber haben auch hier vor allem die Aufgabe, zu fordern, was die Arbeiterklasse braucht, damit sie nicht noch mehr verelende. Wenn die Gemeinde die Forderungen nicht erfüllen kann, da müssen wir sagen, wie schlecht es mit dem kapitalistischen Gemeinwesen bestellt ist. Wenn wir unsere Forderungen zurückstellen wollten, dann kämen wir dahin, Kleinbürger zu sein, aber keine Sozialdemokraten. In der „Kommunalen Praxis“ ist ein mit „A.“ unterzeichnete Artikel erschienen, worin behauptet wird, wir hätten fälschlicherweise die Forderung unentgeltlicher Krankenpflege nicht hinübergenommen aus dem Erfurter Programm in unser Kommunalprogramm. Das Beispiel trifft nicht zu. Wir haben in den Gemeinden nicht im mindesten weniger zu fordern als sonst. Die Gemeinde hat soziale Verpflichtungen, besonders gegenüber der Arbeiterschaft. Wir aber haben deswegen einheitlich vorzugehen und zu fordern. Wir sagen nicht, wenn uns die Dedungsfrage gestellt wird: Da mögt Ihr Euch den Kopf darüber zerbrechen!, sondern wir sagen: Dann laßt Euch Wirtschaft nicht, wenn Ihr das, was notwendig, nicht durchführen könnt.

Genosse Adam-Wittenau: Wir werden nicht als sozialdemokratische Gemeindevertreter gewählt, um unser Programm unter den Tisch fallen zu lassen. Wir müssen erst unsere Forderungen stellen; fragt man nach der Dedung, so können wir den Bürgern sagen: Eure Einkommen nehmen Ihr aus der Arbeiterschaft, so müßt Ihr auch vor allem was für die Arbeiterschaft tun.

Genosse Schickold-Slaven bei Spremberg: Wir müssen uns in unserer kleinen Gemeinde leider sehr um die Aufbringung der Mittel kümmern, und wir mühen uns erst dafür sorgen, daß überhaupt ein geordnetes Rechnungswesen eingeführt wurde. Früher standen die Einnahmen und Ausgaben oft bunt durcheinander. Als ich zuerst in die Gemeindevertretung gewählt war und einiges an der Rechnungslegung auszuweichen hatte, meinte der Amtsvorsteher, ich wäre der erste, der allerlei Einwendungen zu machen hätte. Früher hätte der Dorfschule die Einnahmen und Ausgaben einfach mit Reide auf die Tafel geschrieben, zu den Vertretern gesagt: „Seht Ihr, so steht's“, und es dann wieder weggewischt. So wäre auch alles ganz gut gegangen. (Aus der Mitte der Konferenz kommen verschiedene Zwischenrufe, die erkennen lassen, daß in anderen kleinen Gemeinden eine ähnliche Verwirrtheit geherrscht hat oder noch besteht.)

Genosse Neumann-Rotwies: Wenn Wurm recht hat, war's besser, wir hätten gesagt, wir lassen unsere Forderungen überhaupt von den Gemeindeangelegenheiten. Wir in Rotwies stehen im Verhältnis noch günstig mit 150 Proz. Zuschlag. Aber eine Steuererhöhung ist in den kleinen Proletariergemeinden äußerst schwer durchzuführen. In dem Augenblick, wo die Steuer hoch geht, ziehen die steuerträchtigsten Wähler fort, und die Gemeinde ist noch schlimmer daran mit ihren Finanzen. Wir sagen bei jeder Stadtberatung, was alles gemacht werden muß; aber kämen wir mit höheren Steuern, würden wir selbst die Arbeiter abhoben.

Genosse Hüter-Schöneberg: Man darf und nicht dafür verantwortlich machen, daß wir die Steuern nicht auf dem Präsentierteller bringen. Wir haben unsere Forderungen zu stellen und nicht von vornherein nach der Dedung zu fragen. Es sind in erster Linie die Interessen der Besitzenden, die in der Gemeinde berücksichtigt werden, obwohl die Arbeiter dieselben hohen Zuschläge tragen müssen. Da wir nicht vertreten sind in der Verwaltung der Gemeinden, man und wesentlich darauf fern hält, daß man kein Recht, uns aus unserer Haltung einen Vorwurf zu machen. In der

Nachmittagsdiskussion

wird die Diskussion fortgesetzt. Lebhaften Widerspruch erregen einige Ausführungen des Genossen Prange-Reinickendorf, der behauptet, die Wertzuwachssteuer sei eine indirekte Steuer, die auf jeden Fall auf die Mieter abgewälzt werden könne, und sie sei

deshalb keineswegs zu empfehlen. Gleichwohl werde er sich auch in dieser Hinsicht der Partei fügen, wenn seine Ansicht nicht als die richtige anerkannt werden sollte.

Genosse Ohl-Reinickendorf äußert sich dagegen im Sinne des Referenten Borgmann dahin, daß die Wertzuwachssteuer nicht abwählbar ist.

Genosse Singer: Es ist nicht richtig, daß schließlich die Arbeiter die Wertzuwachssteuer zu tragen haben, sonst wären gewiß nicht alle, die an der Grundstückspekulation interessiert sind, dagegen. Die Wertzuwachssteuer soll von dem Gewinn erhoben werden, den die Gesamtheit schafft. Zur Dedungsfrage ist in der Diskussion geäußert worden, daß ginge die sozialdemokratischen Gemeindevertreter nicht an. Die Klage ist zum Teil richtig, zum Teil falsch. Grundsätzlich sollen wir keine Forderung unterlassen, weil ihre Erfüllung gegendert nicht möglich erscheint. Deswegen sollen wir unsere Forderungen nicht zurückschrauben. Es ist aber auch ganz falsch, daß wir Anträge stellen, ohne für ihre Dedung einzutreten. Wir sind bereit, für die Dedung zu sein auf dem Wege direkter Steuern, und die trägt ja auch der Arbeiter. Die Frage kann nur sein, daß wir in der Gemeindevertretung nichts tun, was nicht sozialdemokratisch ist.

Genosse Jadel äußert sich im Sinne seines vom Genossen Wurm erwähnten Artikels in der „Kommunalen Praxis“, worauf Wurm antwortet. Es folgen dann noch einige persönliche Bemerkungen.

Hierauf erhält der Referent Borgmann das

Schlusswort.

Er antwortet auf verschiedene Fragen und Einwendungen, die im Laufe der Diskussion hervorgerufen waren, und schloß mit der Bemerkung, daß die Ausführungen und Verhandlungen über diesen Punkt der Tagesordnung geeignet hätten, wie groß und umfangreich das Gebiet der Tätigkeit in den Gemeinden ist, wie groß aber andererseits auch das Interesse der sozialdemokratischen Vertreter, und wie sehr das Verständnis für die Gemeindeangelegenheiten gewachsen sei, trete einem erst recht vor Augen, wenn man an die erste Gemeindevertreterkonferenz zurückdenke.

Sodann wurde der dritte Punkt der Tagesordnung, das

Kommunalprogramm

zur Verhandlung gestellt.

Genosse Singer: Der Referent hat mit Recht hervorgehoben, daß diese Frage sich nicht im Handumdrehen erledigen läßt. Wir haben auch in Betracht zu ziehen, daß das Kommunalprogramm nicht nur für die Provinz, sondern für ganz Preußen aufgestellt werden muß. Unsere Forderungen an die Gemeinden werden sich wesentlich an die im zweiten Teil unseres Parteiprogramms anschließen müssen. Am zweckmäßigsten wird es sein, die Entwürfe dem nächsten preussischen Parteitag vorzulegen. Sollte man das in einer besonderen Konferenz der preussischen Gemeindevertreter erledigen, so würde ich mich dagegen erklären müssen. Unser Kommunalprogramm muß getragen sein von der Gesamtpartei, und ich möchte noch von vornherein den Gedanken bekämpfen, als ob wir in den Gemeinden eine besondere Stellung einnehmen. Der nächste preussische Parteitag findet voraussichtlich gegen Ende dieses Jahres statt. Es wird wohl bis dahin gelingen, den Entwurf fertigzustellen. Selbstverständlich werden wir auch die Erfahrungen der sozialdemokratischen Vertreter außerhalb der Provinz zu Rate ziehen müssen, und ebenso nicht nur die Städte, sondern auch die Landgemeinden. Ich sage darum vor, eine Kommission mit dem Rechte der Kooptation zu wählen, und mit dem Auftrage, dem nächsten preussischen Parteitag den Entwurf vorzulegen. — Die Konferenz nimmt hierauf einstimmig folgende Resolution an:

Die Wichtigkeit einheitlicher kommunaler Tätigkeit der sozialdemokratischen Gemeindevertreter anerkennend, beschließt die Gemeindevertreterkonferenz Groß-Berlins und der Provinz Brandenburg die Einsetzung einer Kommission zur Ausarbeitung eines Kommunalprogramms und Berichterstattung auf dem nächsten preussischen Parteitag.

Es wird beschlossen, daß die Kommission aus neun Personen bestehen soll und daß sie das Recht der Kooptation hat. Als Kommissionsmitglieder werden gewählt die Genossen: Hirsch-Charlottenburg, Borgmann-Berlin, Rolfenbuh-Schöneberg, Schuberl-Charlottenburg, Silberstein-Rigdorf, Sidow-Brandenburg, Schickold-Slaven, Gruhl-Rotwies und Sonnendurg-Friedrichshagen.

Sodann kommt folgender Antrag zur Beratung:

Die Konferenz beschließt die Errichtung einer Zentralstelle für Gemeindeangelegenheiten, welche an das Provinzial-Partei-Sekretariat angeschlossen ist.

Aufgabe der Zentralstelle soll sein:

1. Material zu sammeln, welches geeignet erscheint, die Tätigkeit unserer in den Gemeindegörperschaften wirkenden Genossen zu unterstützen.
2. Den sozialdemokratischen Gemeindevertretern auf Ersuchen über spezielle praktische und prinzipielle Fragen auf dem Gebiete des kommunalen Lebens Auskunft zu erteilen.

Sozialdemokratischer Wahlverein und Stadtverordneten-

fraktion Rathenow.

H. Weber. H. Pauls.

Der Antrag wird vom Genossen H. Weber kurz begründet, dann jedoch auf Vorschlag des Genossen Döffe, weil es sich um eine Angelegenheit handelt, über die die Konferenz bindende Beschlüsse nicht fassen kann, der zuständigen Organisation, dem Verband der Wahlvereine Groß-Berlins und dem der Provinz Brandenburg, als Material überwiesen. — Damit sind die Arbeiten der Konferenz erledigt.

In einem kernigen Schlusswort führt der Genosse Singer unter anderem aus, daß diese Konferenz ein Beweis für das Wachstum der sozialdemokratischen Gemeindevertretung bilde, nicht nur in der Zahl der Vertreter, sondern auch für das Wachstum des Interesses an der Tätigkeit in den Gemeinden. An der ersten Konferenz im Jahre 1898 nahmen 59 Delegierte teil, an der nächsten, die 1900 stattfand, 93 und jetzt ist die Zahl von 223 erreicht, die jedoch bei weitem noch nicht die volle Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter ist. Die Referate, die auf dieser Konferenz gehalten wurden, werden möglichst dem Wortlaut nach in das Protokoll aufgenommen, und wir werden eine Fülle von Anregung und Belehrung darin finden, die von dauerndem Wert für uns sein werden. Wir dürfen nicht verkennen, daß die Tätigkeit in den Gemeinden von Schwierigkeiten umgeben ist und unermüdliche, züchtige Arbeit erfordert. Wenn wir zusehends können wir und sagen, daß wir doch manches schon erungen haben. Wir haben in den Gemeindevertretungen mit Gefahren zu rechnen und die Hauptgefahr ist die des Verfalls in den Opportunismus. Aber wir überwinden diese Gefahr, indem wir an dem Grundfay festhalten, daß wir um keines Augenblickserfolges wegen irgend etwas tun, was unseren Parteigrundsätzen widerspricht. Wir sind uns darüber einig, daß die Sozialdemokratie in den Gemeinden nichts anderes sein kann als die Sozialdemokratie überhaupt.

Nach den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Worten Singers wurde die Konferenz 1/4 Uhr mit Hochrufen auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Am heutigen Dienstag findet für die auswärtigen Gemeindevertreter eine Besichtigung städtischer Werke und Anstalten Berlins statt, und zwar in drei Gruppen unter Führung Berliner Stadtverordneten.

Aus der Partei.

Der italienische Parteivorstand über Wahlstatistik und Wahl-

programm.

Rom, 13. Februar. (Via. Ver.)

In später Stunde hat am 12. Februar, wie wir schon telegraphisch kurz berichteten, der Vorstand der italienischen Partei

nach eingehender Diskussion der Wahlakt die nachstehende Tagesordnung angenommen:

In Erwägung, daß in den meisten Wahlkreisen, wo dies die lokalen Verhältnisse erlauben, ein Wahlbündnis der Volksparteien schon zustande gekommen ist, in Erwägung ferner, daß trotz der vom Kongress von Florenz befestigten Autonomie der Wahlkreise der Parteivorstand als dauernder Ausdruck des Parteibewußtseins berufen ist, auf die Stellungnahme hinzuweisen, die in einem gegebenen politischen Moment im Interesse der Partei liegt, betont der Vorstand der italienischen Partei die Verpflichtung der Sektionen, Parteikandidaten in all den Wahlkreisen aufzustellen, wo eine sozialistische Stimmenmehrheit vorauszusetzen ist; der Parteivorstand hält weiter dafür, daß in den Wahlkreisen, wo sich die Sozialisten zweifellos in der Minderheit wissen und die Wahl radikaler und republikanischer Kandidaten, deren politische Aktion im Einklang steht mit dem Wahlprogramm des Florentiner Parteitag, möglich erscheint, die Parteigenossen für diese Kandidaten stimmen können; schließlich fordert der Parteivorstand die Sektionen auf, in allen anderen Fällen Kandidaten aufzustellen, und rufen ihnen ihre Pflicht ins Gedächtnis, unter allen Umständen das Maximal- und Minimalprogramm der Partei klar und deutlich zum Ausdruck zu bringen.

Dieses Botschaft des Parteivorstandes bestätigt somit im großen ganzen die Wahlakt, die unsere Partei bei den letzten Wahlen im Jahre 1904 eingehalten hat. Während bei den Wahlen vom Jahre 1900 ein allgemeines Bündnis der Volksparteien zustande gekommen war, bei dem sich diese drei Parteien in alle zu erwerbenden Wahlkreise geteilt hatten, so daß sie nirgends gegeneinander Kandidaten aufstellten, wird diesmal jeder Wahlkreis selbst über die Opportunität eines Bündnisses entscheiden. Der Parteivorstand empfiehlt unter gegebenen Umständen das Botschaft für den Radikalen oder den Republikaner, anordnen kann er es nicht. So haben die Wahlkreise der Romagna nach einem Herwärtswort mit den Republikanern sogar beschlossen, auf alle Fälle gegen den Republikaner zu stimmen und sogar angedroht, lieber dem Radikalen ihre Stimme zu geben, was allerdings einem ausdrücklichen Parteibeschlusse widerspricht.

In seiner Nummer vom 14. wird der „Avanti“ den Wahlaufsatz des Parteivorstandes veröffentlicht, der durch Kaueranschlag im ganzen Lande verbreitet wird. Die Uebersetzung des Aufsatzes sei hier wiedergegeben:

„Italiener! Die aus der antisozialistischen Konzentration des Jahres 1904 geborene Legislatur ist zu Ende, nachdem sie gezeigt hat, wie unfruchtbar die gesetzgeberische Tätigkeit und wie reaktionär das öffentliche Leben werden, sobald die herrschenden Klassen und der Staat auf den kirchlichen Beistand vertrauen, um den proletarischen Forderungen die Stirn zu bieten. Die von der Kirche gebotene Hilfe wird zur Vormundschaft und zum Uebergriffe. Die herrschenden Klassen Italiens sangen an, dies zu ihrem Schanden zu erfahren. Sie haben den geschichtlichen Grund ihrer nationalen Wiedergeburt verraten, und so sind sie heute ohnmächtig vor den Bundesgenossen, die der Vatikan jenseits der Grenze zu finden weiß. Sie haben auf jede großzügige demokratische Erneuerung des Landes verzichtet geleistet wie auf ihre Pflicht der konfessionellen Volkserziehung, und so zeigt das Erbverden neben der moralischen Misere der von den Priestern erzeugten Bevölkerung die materielle Misere und Ungleichheit der lebenswichtigsten Organe des Staates.“

Um über diesen doppelten Bankrott nicht Rechenschaft abzugeben, verurteilt die Regierung jetzt, von dem unvorbereiteten nationalen Bewußtsein die Billigung des Betanen zu erlangen und die Autorisation, noch Schlechteres zu tun.

Arbeiter! In den politischen Wechseln der letzten Jahre wartet Ihr es, die die schwerste Last trugen. Von der Abschaffung des Kornzölles ist nicht einmal die Rede gewesen; die Lasten des Wirtschaftens wurden vergrößert, die Anwendung der von Euch erzeugten Schutzzölle verschlept und vernachlässigt, die Versicherung gegen Betriebsunfälle vom Unternehmertum bedroht, die Altersversicherung nicht einmal einer Prüfung wert befunden, die Gegenwart des Richters in der Schule neu gebildet, gegen jede Volksbewegung das Gesetz aufs brutalste gehandhabt! Die Versuche, die Freiheit einiger Arbeiterkategorien zu inebeln, sind täglich frecher geworden, die Verteilung des Streikverbotens schelbt Ihr gefährlich und gepflegt; Ihr habt das Recht zu fragen, ob in Eurem Interesse überhaupt ein Schritt vorwärts gemacht wurde, ob nicht sogar ein tatsächlicher Rückschritt stattfand.

Aber schon hat eine gesunde Gegenagitation eingesetzt, die in zwei Kongressen ihre Aktion fand. In Modena und in Florenz habt Ihr auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete die Haltung anzunehmen verstanden, die am besten der Gefahr die Stirn bietet und den Aufstieg ermöglicht.

Parteigenossen! Jetzt ist es an uns, unsere Pflicht zu tun! In unsere Reihen ist die Eintracht wiedergekehrt, das große proletarische Heer hat sich nicht vom Wege abbringen lassen, und die Erfahrung der letzten Zeit führt es unter unsere Fahne zurück zur schrittweisen Eroberung der sozialen Gerechtigkeit, die jede wirtschaftliche und politische Ausbeutung aufhebt. Zeigen wir uns unserer Parteitraditionen und des neu erwachten proletarischen Vertrauens würdig. Wir müssen es verstehen, den jetzigen Kampf durch den Hauch des großen sozialistischen Ideals zu beleben, ihn im Geiste des sozialistischen Gedankens zu führen, der keine hohen Worte hat, sondern kritisch und aufbauend uns auf dem langen Wege zur Seite steht, der zum Ende der kapitalistischen Ausbeutung führt. Was heute not tut, ist die Eroberung des allgemeinen Wahrechtes, die Durchsetzung der von der Konföderation der Arbeit geforderten Schutzzölle, die Wiederherstellung der Bürgerrechte, die man zum Schaden der Staatsangestellten angelastet hat. Die Selbständigkeit der demokratischen Stadtverwaltungen muß gewahrt, die proletarische Auswanderung Italiens geschützt werden. Die Kultur- und Friedensmission Italiens muß unter Mithilfe der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse sichergestellt werden gegen die Raubinstinkte der feudalen und reaktionären Klassen jenseits der Alpen. Die Vergangenheit muß tot sein, tot, ohne Auferstehung. Heute hat nur die Zukunft Rechte geltend zu machen, und diese Zukunft liegt in dem demokratischen Sozialismus.“

Die englische Sozialdemokratie zum Königbesuch.

Der Vorstand der deutschen Sozialdemokratie empfing in den Tagen des Besuchs Eduards VII. in Berlin folgendes Telegramm aus London:

„Die sozialdemokratische Partei Englands sendet den deutschen Kameraden brüderliche Grüße und erklärt, daß die internationale Solidarität auf die Völker selbst gegründet sein muß und nicht das Ergebnis von Monarchenbesuchen sein kann. Möge Euer Wahlrechtskampf Euch Sieg bringen. Lee, Sekretär.“

Die eckhartbringerische Regierung auf dem Wege der Besserung.

Der alte Gemeinderat der Stadt Straßburg, dessen Mandat im Juni 1905 abgelaufen war, hatte einige Monate vor seinem Ende der Regierung noch Vorschläge für den Ortsschulvorstand zu unterbreiten. Unter den Vorschlägen befanden sich auch die Genossen Hirt und Wolfes, die damals noch dem Gemeinderat angehörten. Inzwischen ist beinahe ein Jahr verfloßen. Die beiden Genossen waren mit den übrigen sozialistischen Gemeindevorstellern der bürgerlichen Koalition unterlegen. Nichtsdestoweniger hat sich nunmehr der Bezirkspräsident vom Interesse her befaßt, die Vorschläge zu beschließen, so daß nunmehr unsere beiden Genossen dem Ortsschulvorstand von Straßburg angehören.

Die Mannheimer „Vollstimme“ (Nr. 42) ist bemüht, dem „Vorwärts“ einen zuverlässigen Berichterstatter für badische Angelegenheiten zu empfehlen. Die Splittterlichkeit unseres Mannheimer Parteiorgans über etwale nebenläufige Unrichtigkeiten

in „Vorwärts“-Korrespondenzen aus Pforzheim hat nun einen gründlichen Hereinfall erlebt. Die „Vollstimme“ befreit, daß der Ausdruck Kolbs über die Kandidatur Gedts in der Pforzheimer Parteiverammlung bestätigt wurde; sie sei aus der Luft gegriffen, wie Kolb nochmals im „Vollfreund“ ausdrücklich wiederholt habe.

Nun enthält die Nummer des „Vollfreund“ und der Pforzheimer „Fr. Presse“ am Donnerstag eine Erklärung des Pforzheimer Genossen Gustav Herd, der mit mehreren dortigen Genossen in der Parteikonferenz zu Kleinstenbach anwesend war und die in der Generalversammlung zu Pforzheim wiedergegebene Aeußerung Kolbs bestritt.

Infolge dieses authentischen Feststellung gibt nun Genosse Kolb seinen ausweichenden Standpunkt auf und erklärt:

„Daß außer dem Genossen Müller noch andere Pforzheimer Genossen auf der Konferenz in Kleinstenbach waren, weiß ich nicht. Auch der Vorsitzende hatte, wie er mir bestätigte, davon keine Kenntnis. Daß ich privatim geäußert habe, ich werde es mir überlegen, ob ich mit Gedts noch einmal kandidiere, ist nach Lage der Verhältnisse möglich. Es ist aber allgemein übliche Sitte, Privatgespräche als solche zu betrachten und zu behandeln. Wohin sollte es auch führen, wenn jedes Privatgespräch zu öffentlichen Aktionen mißbraucht würde? Es muß nicht am besten um eine Sache bestellt sein, wenn man zu solchen Mitteln greifen muß, um Stimmung damit zu machen.“

Dieses Eingeständnis Kolbs und die Art, wie er sich aus der Verlegenheit zu ziehen sucht, sind so charakteristisch, daß wir nichts hinzusetzen brauchen und unseren Pforzheimer Korrespondenten Unrecht täten, ihm wegen einiger kleiner Irrtümer, die ihm vielleicht unterlaufen sein könnten, zu zürnen. Es ist uns auch begreiflich, weshalb die beiden badischen Parteiblätter in Karlsruhe und Mannheim mit einer Berseckertut und mit einem Aufwand von Särn und kontinentaler Entrüstung auf die Enthüllungen aus Pforzheim stürzen. Jetzt, wo den Genossen Wobens eine Aufklärung mit Hilfe des „Vorwärts“ zuteil werden konnte, entsteht bei der „Vollstimme“, die unseren Korrespondenten Watschewschschimpf, Ruhebedürfnis. Uebrigens irrt sie, wenn sie meint, der „Vorwärts“ habe die Ruhe in der badischen Partei gestört. Sie war schon gestört, ehe wir die Dinge beim richtigen Namen nannten.

Der Wahlverein Vorwärts in Offenburg wählte am Sonntag die Delegierten zum badischen Parteitag und stimmte dem Antrag Recht zu, welcher fordert, daß zum Landtagsreferat des Genossen Kolb ein Korreferat aus dem nichtrevisionistischen Lager bestellt wird.

Aus Industrie und Handel.

Die Lage am deutschen Arbeitsmarkt.

hat sich wieder verschlechtert. Der Andrang von Dezember auf Januar ist weniger zurückgegangen als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Nach den vorläufigen Angaben der öffentlichen Arbeitsnachweise kamen auf je 100 offene Stellen im Januar 188,64 Arbeitsuchende gegen 195,20 im Dezember, während im Vorjahr der Andrang von 162,68 im Dezember 1907 auf 148,44 im Januar 1908 zurückgegangen war. Damals betrug die Abnahme des Andranges 14,19, in diesem Jahre beträgt sie 11,56. Die Verschlechterung gegenüber dem Vorjahre stellt sich im Januar noch auf 33,20; sie hatte im Dezember 32,67 betragen. Die Zunahme der Spannung ist sowohl durch die Bewegung am Arbeitsmarkt für männliche als an dem für weibliche veranlaßt. Tragen zu der Verstärkung des Andranges männlicher Arbeiter in erster Linie viel die Verhältnisse im Bergbau bei, so sind an der Steigerung des Andranges von Arbeiterinnen zum Teil die umfangreichen Entlassungen schuld, die das schlechte Weihnachtsgeschäft vor allem im Handelsgewerbe zur Folge hatte. Die Lage im Bergbau erfährt eine ganz offensichtliche Verschlechterung. Arbeiterentlassungen und Feierschichten nahmen immer größeren Umfang an, außerdem verschlechterten sich auch die Arbeitsbedingungen durch Lohnreduktionen wesentlich. Durch den Ueberfluß an Arbeitern, eigentlichen Bergarbeitern sowie Hilfsarbeitern, der sich im Bergbau herausgebildet, kam die leichte Belegung der Nachfrage in der Kohlenindustrie nicht zur Geltung. Die Besserung der Beschäftigungsgelegenheit in der Roheisenindustrie, die im Januar eintrat, beschränkte sich in der Hauptsache auch nur darauf, daß die starken Produktionsbeschränkungen, die im Dezember bestanden, etwas vermindert wurden. Auch in der Halbzeugindustrie machte sich die gleiche Erscheinung bemerkbar. In einer noch recht unbefriedigenden Situation befanden sich die verschiedenen Zweige der weiterverarbeitenden Industrie; speziell in der Maschinenindustrie und in dem vom Baugewerbe abhängigen Zweigen ging die Beschäftigungsgelegenheit im Januar fast noch weiter zurück. Ein großer Teil der immer noch bestehenden Ungunst am Arbeitsmarkt ist überhaupt darauf zurückzuführen, daß die Bautätigkeit wie seit langen Jahren nicht mehr stockt. Das intensive Frostwetter trug erst recht dazu bei, die Arbeitsgelegenheit im Baugewerbe bis auf ein Minimum zu beschränken. Unter den Bauarbeitern bestand daher eine empfindliche Arbeitslosigkeit. Auch die Arbeitsgelegenheit im Holzgewerbe sowie in der Industrie der Steine und Erden, vornehmlich im Zementgewerbe, war äußerst unzureichend. Die leichte Erholung, die sich Ende des letzten Jahres im Holzgewerbe anzubahnen schien, ist durch das vollständige Daniederliegen der Bautätigkeit in diesem Winter wieder unterbrochen worden. Weitere Fortschritte machte im Januar die Belegung, die sich bereits im Dezember in der Textilindustrie gezeigt hatte.

Die Börse hat eine kurze Zeit in Hoffnungen geschwelgt. Man sah bessere Zeiten kommen. Die Kurse der Papiere stiegen. Aber es handelte sich nur um erzeugte Stimmung. Die Hausse war nicht in den inneren Marktverhältnissen begründet. Und es ist mit ziemlich plumpen Mitteln gearbeitet worden. Obwohl schon in der Vorwoche im Kohlengebiet Feierschichten und Abänderungen an der Tagesordnung waren, veröffentlichte der „Börsen-Courier“ noch in den letzten Tagen der vergangenen Woche eine Reihe Zuschriften von Grubenverwaltungen, die durchweg erklärten, daß Entlassungen nicht vorgenommen seien und voraussichtlich sich auch nicht als notwendig erweisen würden. Die Redaktion hat da wohl ein merkwürdiges Glück gehabt, indem sie mit ihrer Anfrage zufällig nur an solche Verwaltungen geriet, die wegen besonderer Umstände jene Maßnahmen — Feierschichten, Abänderungen — noch nicht getroffen hatten. Die Publikationen konnten aber die Reaktion an der Börse nicht verhindern. Und klug hatten auch die Redakteure des „V.-L.“ den richtigen Witz für die Wortlage gefunden. Schon am Sonnabend ließ sich das Blatt aus Essen eine Information zugehen, in der es heißt:

Zu den verschiedenen Meldungen über umfangreiche Bergarbeiterentlassungen bei den Ruhrzechen wird uns von maßgebender Seite mitgeteilt, daß in Anbetracht der ungünstigen Marktlage die Belegschaften den Abzahlungsverhältnissen angepaßt werden mußten. Die bisher allwöchentlich eingeleiteten Feierschichten haben Unzulänglichkeiten gebracht und anßerdem lassen sich weitere Vorräte ohne erhebliche Nachteile nicht annehmen. Aus diesen Gründen werden die Zechen noch und nach die überzähligen Arbeiter ablegen; und es ist dem ersten Teile in diesen Tagen nahegelegt worden, am 15. d. M. zum Monatschluß zu kündigen.

Nach der Köln. Hg. ist für das Frühjahr (Juni) mit einer noch umfangreicheren Verminderung der Belegschaften zu rechnen. Das Blatt sagt, die Reduzierung müsse „bedeutend“ sein. Die Rede Friedrich der Große in Ferner gab bereits 400 Arbeitern den Rat,

sich nach anderer Arbeit umgesehen, da ihnen sonst gefündigt werden müsse. Auch auf anderen Zechen wird die Arbeiterzahl verringert. Zeitweise scheint es sich bei den letzten Meldungen um bewußte Schwärzmalereien zu handeln, mit dem Zweck, die Regierung zu veranlassen, dem Kohlenhandel durch Tarifreform die englische Konkurrenz vom Halse zu halten. Das wird verlangt, damit die Kohlenbarone nicht gezwungen werden, die Preise herabzusetzen. Zu den alten Rücksichtslosigkeiten eine neue: Arbeiter werden auf Pfahle geworfen, damit die Regierung die Preispolitik des Syndikats zu unterstützen sich veranlassen sehen soll.

Große Berliner Straßenbahn.

Nach dem Geschäftsbericht für 1908 betragen die Gesamteinnahmen aus dem Betriebe 88 496 852 M. gegen 80 692 440 M., denen 21 569 950 M. gegen 20 255 068 M. Ausgaben gegenüberstanden. Mit 23 204 M. (22 780) Vortrag und 547 018 M. (558 440) Zinseneinnahme ergibt sich ein Gesamtbruttogewinn von 16 926 402 M. gegen 16 937 374 M. Der Reingewinn stellt sich mit 9 046 673 M. gegen 9 800 000 M. etwas höher als im Vorjahre. Die Abschreibungen auf den Gesamtbahnkörper, die Grundstücke, Gebäude und Wagen belaufen sich auf 1 400 000 M. gegen 1 350 000 M. Die Gemeinden erhalten an vertragsmäßigen Abgaben 2 650 747 M. (2 581 297). Die Dividende von 8 1/2 Proz. (8 Proz.) erfordert 8 256 798 M. (8 006 592). Dem Aufsichtsrat werden 271 200 M. (243 862) gewährt, auf neue Rechnung werden vorgetragen 33 176 M. (29 204), die Stadt Berlin erhält als Anteil 880 825 M. (629 622). Dem Reservefonds (i. S. 493 393) wird diesmal, da er die Höhe von 10 Proz. des Aktienkapitals erreicht hat, nichts mehr überwiesen.

Aus der Frauenbewegung.

Die Arbeiterinnen und das Parlament.

Zur Frage des Parlamentskonflikts nehmen unsere österreichischen Genossinnen Stellung. In einem Aufruf, den das österreichische Reichsfrauenkomitee erließ, heißt es unter anderem:

In jenen großen Tagen des ungerechten Kampfes der österreichischen Arbeiterkassen um das allgemeine gleiche und gleiche Wahlrecht, da haben auch die Arbeiterinnen mitgekämpft und mitgearbeitet. Auch sie haben ihr Blut dafür geopfert, auch sie mit bangender Hoffnung und ernster Sorge an dem Werke gebaut. Die Arbeiterinnen wußten, daß sie kein Wahlrecht erhalten werden, und sie erklärten selbst gern zu verzichten, um nicht das Wahlrecht der Männer zu verzögern. Noch niemals haben die Arbeiterinnen so heiß und leidenschaftlich mitgekämpft, wie damals. Mit größter Entschlossenheit haben sie den Generalstreik vorbereitet. Nicht nur unsere tapferen, erprobten Genossinnen haben damals den Männern die Hände gereicht, viele Frauen und Mädchen wurden in diesem Kampfe gewonnen. Alle haben tapfer und selbstlos mitgekämpft. Wie ein Frühlingsturm brauste es durch die Lande, jeder wollte seine ganze Kraft einsetzen, um den Sieg zu erringen.

Und nun hat feige, verräterische Lüge, die jeder Verantwortung baren Parteien des nationalen Chauvinismus und die Unfähigkeit der Regierung das Parlament geschändet. Die Frauen wissen, ein starkes, arbeitsfähiges Parlament kann ihre Wünsche erfüllen. Ohne demokratisches Parlament werden nicht jene Paragraphen fallen, die die Frauen von der Teilnahme an den politischen Vereinen ausschließen. Noch schwerere Sorgen drücken die Frauen! Wie soll der Lebensmittelsteuern gesteuert werden, die das Leben so schwer machen, wo soll Brot und Arbeit erlangt werden, wenn die einzige Tribüne, von der die Unterdrückten reden und die Regierung beeinflussen können, verpörrt ist? Noch weiterhin sollen die Mütter sehen, wie ihre Kinder sterben müssen, weil ihnen und den Kleinen jeder Schutz fehlt. In vielen Staaten sehen wir, wie den Frauen durch die Erweiterung des Mutterstanzes geholfen wird, hier geschieht nichts, weil man sich über die nationalen Fragen nicht einig sein kann. Nicht einmal die bescheidenen Vorteile der Witwen- und Waisenversorgung sollen geboten werden, die das Gesetz über die Sozialversicherung enthält. Darauf müssen auch die Arbeiterinnen und Arbeiterinnen antworten! Nicht nur in den Versammlungen, nicht nur bei den Demonstrationen sondern auch durch Agitation. Der neue Kampf um das Parlament der Demokratie, den das Proletariat Österreichs führen muß, soll die Frauen zu neuer Propaganda bereiten. Die Zahl der zieldarrenden, politisch aufgestellten Arbeiterinnen und Arbeiterinnen soll sich vergrößern. Das der Frauen Antwort! Die Frauen werden mit ganzer Kraft für das Parlament eintreten.

Gerichts-Zeitung.

Das Ende des Eivers-Prozesses.

Bekanntlich schwebt seit nunmehr drei Jahren ein Verleumdungsprozess des Landrats v. Eivers auf Römershof in Lüßland gegen unseren verantwortlichen Redakteur Hans Weber. Die Verleumdungssage des Herrn v. Eivers stützt sich auf einen Artikel des „Vorwärts“ vom 11. Februar 1906. Der Artikel schilderte die Greuelthaten, welche von holländischen Junkern gegen russische Revolutionäre verübt worden sind. Unter anderem hieß es in dem Artikel, daß verschiedene der holländischen Junker Brandstiftungen auf ihren Gütern veranlaßt, um die Versicherungssumme zu erhalten und außerdem noch die Revolutionäre als Brandstifter hinstellen zu können. Verschiedene Gutbesitzer, die in solcher Weise Brandstiftungen veranlaßt haben, wurden genannt, darunter auch der Name v. Sievers (mit e geschrieben). Der Landrat v. Eivers auf Römershof bei Niga schreibt zwar keinen Namen ohne e, er bezog aber trotzdem die Angabe des „Vorwärts“ auf sich und ließ durch Justizrat Wagner eine Verleumdungssage gegen Weber erheben.

So oft diese Klage vor Gericht verhandelt wurde, erklärte Weber, daß der Kläger mit den Angaben des „Vorwärts“ gar nicht gemeint sei. Diese Bezüge sich vielmehr auf einen anderen, mit „e“ geschriebenen Herrn v. Sievers, dessen Persönlichkeit auch näher bezeichnet wurde. Es ist auch durch das Zeugnis des Verfassers des fraglichen Artikels, eines in Amerika lebenden russischen Flüchtlings festgestellt worden, daß nicht der klagende Herr v. Eivers (ohne e), sondern ein bestimmter Begegneter anderer v. Sievers (mit e) gemeint war. Trotzdem hat das Schöffengericht den Genossen Weber zu einer Geldstrafe von 100 Mark verurteilt und das Landgericht I hat die dagegen eingelegte Verurteilung verworfen. Beide Instanzen stellten sich auf den Standpunkt, daß sich jeder Herr v. Sievers in Lüßland, sowohl mit „e“ wie ohne „e“ geschrieben, durch den Artikel beleidigt fühlen könne. Mit dieser Willkür habe der Verleugte rechnen müssen, obgleich anzunehmen sei, daß er den Kläger nicht gemeint habe.

Die Revision, welche Weber gegen das Urteil des Landgerichts einlegte, hatte Erfolg. Das Kammergericht hob das Urteil der Vorinstanz auf mit der Begründung: Nach den Feststellungen des Berufungsgerichts sei der Kläger nicht gemeint, aber deshalb könne der Verleugte noch nicht freigesprochen werden. Es müsse vielmehr festgestellt werden, ob er sich bewußt war, daß durch den Artikel jeder Gutbesitzer v. Sievers, ob mit „e“ oder ohne „e“ geschrieben, dessen Gutgebäude abdranten, getroffen werden konnte. Das Kammergericht hatte die Sache zur nochmaligen Verhandlung dem Landgericht III zugewiesen. Infolgedessen hatte sich gestern die vierte Instanz, das Kammergericht III mit der Angelegenheit zu befassen.

Auf Anregung des Vorsitzenden erklärte sich Justizrat Wagner als Vertreter des Klägers zu einem Vergleich bereit, wenn der Verleugte die Erklärung abgibt, daß der Kläger mit dem Artikel nicht gemeint sei. — Weber und sein Verteidiger, Rechtsanwalt Theodor Siebnecht, bemerkten dazu, daß sie in jedem Termin ihre Vereinstätigkeit zur Abgabe einer solchen Erklärung bekräftigen hätten und auch heute noch bereit seien, die gewünschte Erklärung abzugeben.

In den früheren Terminen weigerte der Vergleich aber daran, daß der Vertreter des Klägers sich nicht mit der Erklärung begnügte,

der Vorwurf der Brandstiftung solle den Kläger nicht treffen, sondern es wurden weitergehende Erklärungen verlangt, welche den Kläger als einen Mann hinstellen sollten, dem überhaupt nichts vorgeworfen werden könne. Eine solche Erklärung aber konnte und wollte Weber nicht abgeben, weil der Kläger im Kampfe gegen die russischen Revolutionäre eine hervorragende Rolle gespielt und bei dieser Gelegenheit Handlungen verübt hat, die wir auf keinen Fall durch eine allgemeine Ehrenerklärung decken können.

Diese Momente spielten auch bei den Verhandlungen im gegenwärtigen Termin wieder eine Rolle. Zwar wollte sich Justizrat Wagner diesmal damit begnügen, daß Weber erklärte, er mache dem Kläger nicht den Vorwurf der Brandstiftung. Aber es gab doch noch längere Erörterungen über die Form der abzugebenden Erklärung. Besonders wehrte sich Rechtsanwalt Liebfriedt dagegen, daß die Erklärung eine Form erhalte, die in Anbetracht politisch ausgenutzt werden könne zugunsten der reaktionären Strömung.

Schließlich kam eine Vereinbarung dahin zustande, daß Weber die Erklärung abgab:

Mit dem Herrn v. Sievers in Bivland, der in dem Artikel vom 11. Februar 1906 genannt ist, ist der Privatkläger, Herr v. Sievers in Römershof, nicht gemeint. Ich erhebe den in diesem Artikel enthaltenen Vorwurf der betrügerischen Brandstiftung nicht gegen den Privatkläger.

Der Vertreter des Klägers zog nunmehr die Klage zurück.

So ist denn dieser Prozeß, der sich nicht durch unsere Schuld drei Jahre lang hingezogen hat, endlich beendet und zwar mit einem Ergebnis, welches der Kläger schon im ersten Termin hätte haben können, wenn nicht sein Vertreter eine Erklärung verlangt hätte, die weit über das hinausgehen sollte, was wir nach Lage der Sache erklären konnten und was Weber jetzt auch erklärt hat.

Schulversäumnis.

Verschiedene Baptisten aus der Umgegend von Herne (Phonam und Genossen) hatten an einem bestimmten Wochentage ihre Kinder des Nachmittags nicht zum Unterricht der Volksschule gesandt, damit sie an dem Religionsunterricht der Baptistengemeinde, die in dieselbe Zeit fiel, teilnehmen konnten. Das Landgericht verurteilte die Väter wegen unberechtigter Schulversäumnis der Kinder zu Geldstrafen. Das Kammergericht verwarf ihre Revision, indem es ausführte, daß die Angeklagten kein Recht dazu hätten, ihre Kinder vom Volksschulunterricht in Naturbeschreibung und Gesang zurückzuhalten, weil zur selben Zeit der Religionsunterricht für die Kinder aus der Baptistengemeinde stattfand.

Versammlungen.

Protest der Gast- und Schankwirte.

Eine außerordentlich starkbesuchte Protestversammlung der Gast- und Schankwirte fand am Montagnachmittag im großen Saale der „Neuen Welt“ statt, veranstaltet von fünf Vereinigungen von Gastwirten und drei Vereinigungen von Mineralwasserfabrikanten. Ueber das Thema: „Die Brausteuer und ihre Folgen“ referierte

Otto Strauß. Er erinnerte an die Brausteuer von 1906, die den Erwartungen der Finanzmänner nicht entsprochen habe, die aber von schlimmen Folgen für die Gastwirte begleitet gewesen sei. Schlimmeres noch müßte man diesmal erwarten. Die Großbrauer haben eine Schwärzung in ihrer Haltung vorgenommen, sie erstreben die Kontingentierung der Brauereien und die Regierung ist den Plänen der Großbrauer nicht abgeneigt. Der Redner fordert die Gastwirte zu energischem Widerstande gegen die Brausteuer auf.

In der Diskussion nahm Fritz Jubeil das Wort. Die Biersteuer ist unabwendbar, so meinte er. Freunde besitzen die Gastwirte im deutschen Reichstage innerhalb der bürgerlichen Parteien nicht. Man läßt den Gastwirt bluten. Wenn Mitglieder der freisinnigen Parteien 1906 noch gegen die Biersteuer sich sehr energisch erklärten, so ist auf sie diesmal nicht zu rechnen, denn die Opposition ist ja regierungsfreundlich geworden. Man brauchte freilich noch nicht alles verloren zu geben, wenn in diesen letzten Wochen in ganz Deutschland eine mächtige Agitation entfaltet werden könnte, die auf die Abstimmungen im Reichstage den maßgebenden Einfluß haben müßte. Den Volkvertreter im Reichstage sollte es klar gemacht werden, daß die Gast- und Schankwirte in ganz Deutschland verlangen, daß ihre Interessen die gebührende Berücksichtigung finden. Ohne einen solchen starken Druck ist von den bürgerlichen Abgeordneten nichts zu erwarten.

Paul Litfin hielt dann einen Vortrag über: „Die drohende Vernichtung des Gastwirtsberufes durch die Reichsfinanzreform“. Er hob hervor, daß die bisherigen Protestversammlungen der Gastwirte, die gemeinsam mit dem Schutzverband der Brauereien stattfanden, den Glauben erwecken können, als handle es sich bei dem Protest nur um die Brausteuer. Es handelt sich aber um die ganze Reichsfinanzreform, die den Interessen des Volkes entgegensteht. Der Redner kritisierte scharf die herrschende Finanzwirtschaft und legte die weiter unten folgende Resolution vor.

Dr. Lohmann referierte über den Vorschlag des Schutzverbandes der norddeutschen Brausteuerergemeinschaft auf Besteuerung der alkoholfreien Getränke. Er forderte den Schutz der kleinen Industrie in Mineralwässern und wies das Verlangen der Brauer zurück.

Die folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

In Erwägung, daß die wirtschaftliche Lage des Gast- und Schankgewerbes in Deutschland eine durchaus schlechte ist, welche durch Sonderbesteuerung der ungerechtesten Art sowie durch behördlichen Druck untragbar geworden ist, erklären die Versammelten, daß die Annahme der Vorschläge der Regierung zur Reichsfinanzreform zur Vernichtung des Gewerbes der Gast- und Schankwirte führen würde. Durch die Brausteuererhöhung von 100 Millionen Mark wird die ohnehin schon mißliche Situation im Verkauf von Brauprodukten zu einem wirtschaftlichen Kampf verschärft, wie er bisher in Deutschland noch nicht erlebt.

Alle Behauptungen von der Möglichkeit der Abwälzung der neuen Steuern auf die Konsumenten haben bisher nur irreführend gewirkt. Der Regierung ist es bisher nicht gelungen, einen gangbaren Weg für die Abwälzung zu finden. Aus den Äußerungen verschiedener Politiker sowie aus Erklärungen der Regierung haben die Versammelten entnommen, daß man es ab-

sichtlich darauf angelegt hat, eine Verringerung der Gast- und Schankwirtschaften herbeizuführen. Die Gast- und Schankwirte protestieren deshalb mit aller Entschiedenheit gegen eine derartige berufs- und gewerbefeindliche Haltung der Regierung. Durch die übrigen in der Regierungsvorlage geforderten neuen Steuern werden die Gast- und Schankwirte aufs schwerste bedrückt. Die Branntwein-, Tabak-, Gas- und Elektrizitätssteuern sind dazu angetan, das Wirtsgewerbe dem Ruin entgegenzuführen.

Eine wirklich durchgreifende Reichsfinanzreform kann nach Ansicht der Versammelten nur durch eine Reichseinkommensteuer, eine Reichsvermögenssteuer zustande kommen. Die Versammelten fordern daher die Reichsregierung auf, an der geforderten Nachlasssteuer festzuhalten. Es ist die dringendste Pflicht der Versammelten, den Abgeordneten aller Parteien keinen Zweifel darüber zu lassen, daß die Gast- und Schankwirte willens sind, den Abwehrkampf bis zum äußersten zu führen, daß sie auch fest entschlossen sind, den Volls- und Gewerbebesinden bei den nächsten Wahlen zum Parlament die Antwort nicht schuldig zu bleiben.

Die Versammelten protestieren gegen den Vorschlag des Schutzverbandes norddeutscher Brauereien, die alkoholfreien Getränke zur Steuer heranzuziehen. Sie erblicken auch in diesem Vorschlag sowie in einer Reihe ähnlicher Vorschläge nichts anderes als eine weitere Belästigung und Schädigung des Wirtsgewerbes.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 7 Uhr abends bis 9 1/2 Uhr abends, 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Auftrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

N. 9. 11. Mit dem von Ihnen erwähnten Anpruch müßten Sie nach dem Gesetz leider abgewiesen werden. — N. 9. 12. Sie können Ihren Anpruch beim Berliner Gewerbegericht, Zimmerstraße 94, geltend machen. — G. 2. 81. Kein. — C. 2. 90. 1. u. 2. Kein.

G. 2. 36. Ja. Sie können aber Entscheidung des Magistrats, Gemeindeabteilung, Straßauer Straße 1—3, anrufen. — W. 2. 50. 1. Ihre Frau kann auf Rückgabe klagen. 2. In dem Prozeß könnte versucht werden, durch einseitige Verfügung die Wertgabe zu unterlagen. — W. 1. Ja. — G. 2. 91. Eine hundertprozentige Aufwärtigkeit ist unzulässig, aber nicht krankenversicherungspflichtig. Sie kann sich selbst versichern. Die Offenbacher Kasse für Frauen und Mädchen, Princesstraße 66, ist zu empfehlen. — G. 2. 999. 1. Leider nein. 2. Nur mit Zustimmung der Gemeinde Rixdorf. An diese müssen Sie sich wenden.

Wöchentliche Marktberichte der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr sehr stark, Geschäft langsam, Preise für Mastlamm anziehend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise fest. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft still, Preise befriedigend. Fisch: Zufuhr gering, Geschäft wenig belebt, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft still, Preise wenig verändert.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDER-PLATZ

FRANKFURTER ALLEE

DURCH WEISSEN DEKORATION während der WOCHEN

leicht gelittene Artikel, sowie die vom Ausschnitt übrig gebliebenen

Reste und Coupons

kommen heute soweit Vorrat

enorm billig zum Verkauf:

Weisse Baumwoll-Stoff-Reste Meter von 15 Pf. an | Untertaillen elegante Ausführung von 75 Pf. an

Einzelne Tischtücher, Servietten u. Gedecke	Damenhemden	von	Frühstücks-Servietten Dutzend
Handtuch - Reste	Nachtjacken ...	1 ⁰⁰	Herren-Oberhemden
Klöppel - Handarbeiten	Beinkleider	an	Herren Kragen u. Manschetten

Wiener Luxus-Wäsche Stück von 2⁴⁵ an

Weisse Kleider-Stoffe
Spitzen u. Stickereien

Knaben - Wasch - Anzüge
Matrosen- und Kieler
Fassons von 3⁵⁰ an

Mädchen-Matrosen-Kleider
weiss Satin mit Garnitur
von 3⁷⁵ an

Gardinen - Tüll-Bettdecken
Weisse Schuhe u. Stiefel

Taschentücher welche zur Dekoration verwendet waren durchweg 1³⁰ Dutzend

Die Messerangriffe auf Frauen.

Das Messerstechen auf den Straßen nimmt kein Ende. Die die polizeilichen Feststellungen ergeben haben, können diese unheimlichen Angriffe auf Frauen kaum von einer einzigen Person verübt sein, sondern sie sind wahrscheinlich auf mehrere Täter zurückzuführen. Die ausführlichen Meldungen über die ersten derartigen Ueberfälle am Dienstag haben vermuthlich bei perwers veranlagten Personen den Nachahmungstrieb ausgelöst und Veranlassung dazu gegeben, daß auch andere junge Leute, die bisher zu derartigen Handlungen nicht geneigt waren, sich zur Verübung von Verbrechen hinreißten lassen. Ein Vergleich der Art und Weise, wie sich die einzelnen Angriffe abspielten, die von den verschiedenen Ueberfallenen gegebenen Personalbeschreibungen, sowie die Befunde der Wunden und Risse in den Kleidern deuten mit ziemlicher Sicherheit darauf hin, daß für die Tat verschiedene Personen, die also auch verschiedene Instrumente benutzt haben, in Betracht kommen. Eine ähnliche Erscheinung wurde auch seinerzeit bei den Brandstiftungen in Berlin beobachtet, durch die unsere Feuerwehre wochenlang beunruhigt wurde. Die vielen Dachstuhlbrände wurden seinerzeit auch nicht durch ein und dieselbe Person verursacht, sondern, wie festgestellt worden ist, durch verschiedene Personen herbeigeführt, bei denen lediglich durch Nachahmungstrieb verbrecherische Reigungen hervorgerufen worden waren.

Es haben auch zahlreiche Verhaftungen stattgefunden, die aber nicht ausrechenbar werden konnten. Zu leicht werden ganz unschuldige Personen verdächtigt, wozu auch die Denunziationswut ihr Teil beiträgt. So sehr zu wünschen ist, daß die Attentäter gefaßt werden, so sehr ist aber zu bezweifeln, ganz unschuldige Personen in einen schrecklichen Verdacht zu bringen.

Zur Sache selbst liegen folgende Einzelmitteilungen vor: Während die ganze Polizei von Groß-Berlin aufgebötet ist, um den Verbrecher ausfindig und unschädlich zu machen, sind am vorgestrigen Sonntag abends zwei Untaten verübt und die 22 Jahre alte Arbeiterin Luise Wolf aus der Verlichingensstr. 12 und die 32 Jahre alte Ehefrau des Schneiders Gösch aus der Dallborfer Straße 34 durch Stiche verwundet worden. Fräulein Wolf ging um 8 1/2 Uhr morgens von ihrer Wohnung im Nordwesten der Stadt nach der Levetowstr. 15, um die Ärztin Fräulein Dr. Raab aufzusuchen. Als sie gerade im Begriff stand, die Vorgartentür zu öffnen, kam schneller Schritte ein Mann auf sie zu. Sie wich nach rechts aus und ließ die Tür los, so daß der Mann bequem zwischen ihr und dem Vorgartentür hindurch seinen Weg hätte forschen können. Das tat er aber nicht. Mit einem Gegenstand, den die Erschrockene nicht erkennen konnte, wahrscheinlich einem Messer, in der Hand, kam er gerade auf sie zu und führte mit den in Berliner Mundart hervorgehobenen Worten: „Weg hier, id muß noch mit“ einen Stich nach ihrem Unterleib. Unwillkürlich streckte sie die linke Hand vor und fing so den Stich mit dem Unterarm auf. Die Strahe war noch menschenleer. Die Verwundete schrie auf, griff nach der Tür und lief in den Garten und in die Wohnung zu der Ärztin hinein. Sie sah noch, wie der Unhold nach der Wohlführlücke zu davonlief. Fräulein Dr. Raab untersuchte und verband die Wunde, die 3-4 Zentimeter lang und 1/2 Zentimeter tief ist. Der Stich war in dem durchstochenen Ärmel schräg abgeglitten. Der Täter ist und bleibt verschwunden. Er ist etwa 25 Jahre alt, 1,70 Meter groß und schlank, hat dunkles Haar und trägt einen dunklen Ueberzieher und dunkle Weinkleider.

Eine Stunde später erhielt die Kriminalpolizei die Meldung von einem Anfall in der Müggelsstr. 28 zu Lichtenberg. Dort sollte eine Kaufmannsrau R. gestochen worden sein. Es ergab sich aber, daß sie nicht verletzt ist. In diesen Fällen handelt es sich wohl nur um ein Wahngelübde der in gesegneten Umständen befindlichen Frau. Nach war man dabei, diesen Vorfall zu untersuchen, als eine neue Meldung einlief. Jetzt handelte es sich wieder um einen wirklichen Messerangriff. Die Schneiderfrau Gösch, die im dritten Stock

Dallborfer Straße 24

wohnt, im Norden der Stadt, ging um 10 1/2 Uhr aus, um Besorgungen zu machen. Ihr begegneten zwei kleine Mädchen, die von ihrer Mama Sachen abholen wollten. Sie ging mit ihnen wieder hinauf. Währenddem Gösch den Mädchen die Sachen herausgab, verließ seine Frau die Wohnung wieder. Als sie nach der Mitte zwischen dem 2. und 1. Stock gekommen war, sah sie unter sich auf dem Treppenaufgang einen Mann stehen. Ihre schien, als ob er einen kleinen Zettel gelesen oder sich an den Fingernägeln zu schaffen gemacht hätte. Als Frau Gösch sich näherte, ging der Mann hinab, ließ sie dann aber vorbeigehen, sah ihr nach und folgte ihr. Auf dem nächsten Absatz war er wieder neben ihr. Jetzt verfehlte er ihr unversehens einen Stich, der auf den Leib gerichtet war, aber den Oberschenkel traf. Der Stoß wurde in den Ober- und Unterleibern in seiner Wucht geschwächt und abgelenkt. So kam es, daß die Wunde 5 bis 7 Zentimeter lang ist. Trotz der Abschwächung war sie doch noch ziemlich tief. Der Täter muß also heftig zugestochen haben. Frau Gösch schrie auf und klingelte bei einer Bekannten, während der Messerstecher in großen Schritten die Treppe hinunter und zum Hause hinauslief. Alle Leute, die zusammengekommen waren, bemähten sich um die Frau und dachten nicht an die Verfolgung. Unterdessen sah eine Frau, die herinkam, gegenüber auf der Strahe einen Mann auf- und abgehen; als sie nun im Hause hörte, was vorgefallen war und noch einmal hinaus sah, weil ihr die Beschreibung des Täters auf den Mann zu passen schien, war dieser noch da. Jetzt aber machte er sich mit den Worten: „Na, wat wollen Sie denn!“ davon. Niemand verfolgte ihn. In diesem Falle wird der Täter etwas größer beschrieben als sonst. Er soll auch einen weichen Stragen getragen haben. Die gestochene Frau ist bettlägerig und in ärztlicher Behandlung.

Große Aufregung gab es am Sonnabendabend auch in Groh-Lichterfelde. Auch dort sollte ein Mädchen, eine 16 Jahre alte Anna Schulz, von einem Mann auf der Strahe gestochen worden sein. Es wurde auch ein Mann als verdächtig festgenommen. Die ärztliche Untersuchung ergab jedoch, daß das Mädchen nicht verwundet, und daß der Stich durch die Kleidung von innen nach außen geführt worden ist. Das Mädchen, das auch sonst die Wahrheit nicht besonders liebt, hat sich wohl nur interessant machen wollen.

Eine dritte Untat wurde Sonntagmorgen in Hohen-Schönhausen

verübt. Die 35 Jahre alte Schlächterfrau Anna Kirsch, geb. Köhly, aus der Weihenfeer Straße 44 in Lichtenberg, befand sich dort in der etwas dunklen Berliner Strahe, schräg gegenüber dem Paradiesgarten, als um 6 1/2 Uhr plötzlich ein Mann aus einer Gasse herausgesprungen kam und ihr einen Messerstich und gleich darauf einen Faustschlag ins Gesicht verfehlte. Die Frau brach zusammen, während der Täter davonlief. Leute, die vorbeikamen, fanden sie, brachten sie nach zum Paradiesgarten und benach-

richtigten die Ortspolizei. Der Arzt Dr. Cohn untersuchte und labte die Frau. Gendarmereiswachmeister Herzog, der alsbald von einem Patrouillenritt eintraf, vernahm sie. Obwohl durch den Stich nicht verwundet, konnte sie anfangs nichts ausagen. Erst nach und nach konnte sie den Vorgang darstellen. Die Untersuchung ergab, daß der Stich durch die Kleidung in das Korsett gegangen war. Hier war die Messerspitze abgebrochen. Sie feste noch darin und wurde beschlagnahmt. Es scheint, daß die Spitze den Verletzungen der Berliner Mädchen entspricht, doch muß das erst genauer untersucht werden. Frau Kirsch konnte nach einiger Zeit nach ihrer Wohnung gebracht werden. Sie hatte Bekannte besucht und befand sich auf dem Heimweg, als sie angefallen wurde. Ihr Befinden war vorgestern spät abends leidlich. Der Faustschlag hat eine starke Schwellung verursacht. Der Amtsdorsteher von Hohen-Schönhausen, Oberleutnant v. Krahn, setzte alsbald die Berliner Kriminalpolizei in Kenntnis, und die Ueberwachung der Strahe durch die gefamte uniformierte Kriminal- und Sittenpolizei wurde nunmehr auch auf jene Gegend ausgedehnt. Die Beamten sollen namentlich auf alleingehende Frauen und Mädchen achten und Annäherungen an sie im Auge behalten. Eine Beschreibung des Täters kann Frau Kirsch nicht geben; sie sah nur, daß er einen Schnurrbart hatte.

Der in Lichtenberg verhaftete Kaufmann B., der eine Zeit lang sehr verdächtig erschien, ist vorgestern wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Er selbst konnte sein Alibi nicht nachweisen, aber die Kriminalpolizei hat es für ihn besorgt. Sie ermittelte, daß B. an dem kritischen Tage mit Pächern gehandelt hatte, und fand nun bei der Nachprüfung seines Aufenthaltes, mit ihm umherziehend, die Stellen heraus, wo er zur Zeit des Ueberfalls in Lichtenberg gewesen war.

In der Rigaer Straße 74

wurde gegen 7 Uhr abends die 34 Jahre alte Schlächterfrau Marie Fikus, geb. Fenger, als sie von einem Ausgange zurückkehrte, von einem Manne, der im Hause auf sie zusprang, durch einen Stich in den rechten Oberschenkel leicht verletzt. Das Werkzeug scheint in diesem Falle etwas breiter gewesen zu sein als in den anderen. Die Frau befindet sich in ärztlicher Behandlung. Auf ihr Befrei waren noch Leute bei der Hand, aber niemand hat den entkommenen Täter gesehen.

Die Belohnung

Die bisher in Höhe von 1000 M. für zweidienliche Mitteilungen aus dem Publikum zur Ergreifung des Messerstechers ausgesetzt war, hat der Polizeipräsident heute auf 3000 M. erhöht.

Die 42jährige Kaufmannsrau Albertine Hende, geb. Wolter, die mit ihrem Manne und ihrer Mutter in der

Gittshiner Straße 86

im ersten Stock des Vorderhauses wohnt, ging um 10 1/2 Uhr zum Einholen aus. In der rechten Hand trug sie eine große leberne Tasche. Sie ging im Kleid ohne Mantel oder Umhang. Als sie sich vor dem Hause Nr. 74, in der Nähe des Hochbahnhofs, befand, begegnete ihr von der Brandenburgstraße her ein Mann im Anfang der zwanziger Jahre. Dieser kam auf sie zu, schlug mit der rechten geballten Faust nach ihrem Leib und verfehlte ihr dann einen Faustschlag ins Gesicht, so daß sie hinfiel. Die Geschlagene konnte vor Schreck nicht um Hilfe rufen. Der Täter ging schnellen Schrittes nach der anderen Seite der Strahe hinüber, nach der Hochbahn und der Bärowaldstraße zu. Leute, die die Frau am Boden liegend fanden, den Vorgang aber nicht gesehen hatten, glaubten, daß sie von Unwohlsein und Rasenbluten befallen worden sei. Man holte einen Schuhmann vom 41. Revier, der sie mit anderen Leuten nach Hause brachte. Noch auf dem Bürgersteige liegend, hatte sie gesehen, daß sie gestochen worden war, und dem Beamten teilte sie nun den Anfall mit. Das Werkzeug hatte zunächst die Ledertasche durchstochen, dann das Kleid und das Unterzeug. Den rechten Oberschenkel hatte es nur noch schwach getroffen und leicht verletzt. Auch der kleine Finger der rechten Hand ist leicht verletzt, wahrscheinlich von dem Falle. Eine Beschreibung des Täters kann die Ueberfallene nicht geben.

Ein wichtiger Anhalt ist nach dem Ueberfall auf die Tiersehinspektorin Frau Elise Hünge in Wilmersdorf gefunden worden. Frau Hünge, die in der Prinzregentenstraße 64 zu Schöneberg wohnt, befand sich vorgestern abends um 9 1/2 Uhr vor dem Hause Lübinger Straße 5a, als sie von dem Unhold einen Stich durch Jackett und Unterleider erhielt, ohne verletzt zu werden. Sie setzte sich zur Wehr, packte den Arm und hielt ihn am Stragen so fest, daß er sich bücken mußte. Als er sich wieder aufrichtete, behielt sie seinen abgerissenen Wäschebogen in der Hand, der ihr aber, ohne daß sie zunächst darauf achtete, wieder entfiel. Die Ueberfallene eilte nach der nahegelegenen Polizeiwache, von der alsbald Beamte mit ihr hinausliefen. Der Täter war aber bereits entkommen. Sein Wäschebogen wurde jedoch am Latortie gefunden. Es ist ein Stehstragen, der sonst glatt getragen wird, dessen Eden aber der Täter umgelegt hatte, ohne daß es ein eigentlicher Umlegebogen ist. Er ist also als glatter Stehstragen gearbeitet und hat eine Weite von 40-41. Die Weitebezeichnung fehlt. Auf der Innenseite des mittelgroßen Stragens findet sich auf der rechten Seite vom Knopfloch unten ein altes, ungewaschenes, gelbliches Wäschezeichen, die Zahl 2087. Vielleicht gibt diese einen Anhalt zur Ermittlung des Täters durch Wäschereien oder Wäscherinnen. Wichtiger aber ist zunächst, daß der Täter seinen Stragen verloren hat. Wenn nun alle Leute, besonders Wirtinnen, Zimmervermietlerinnen usw. darauf achten, wer vorgestern mit einem Stragen ausgegangen und ohne ihn zurückgekehrt ist, so wird man in den Ermittlungen wahrscheinlich erheblich weiterkommen. Es handelt sich nämlich um einen gutgekleideten jungen Mann mit einem etwas aufgedrehten schwarzen Schnurrbart, blassem Gesicht, dunklem Ueberzieher und schwarzem, steifem Hut. Wer über den Mann ohne Stragen etwas mitteilen kann, wolle sich bei der Kriminalpolizei s ch l e u n i g s t m e l d e n. Frau Hünge hatte ein Hündchen bei sich, das bei ihrer Rückkehr von der Polizei vor einem Nachbarhause stand. Die Vermutung, daß sich der Täter dort versteckt hatte, bestätigte sich nicht.

Rixdorf.

Ueber eine weitere Schandtat des Messerstechers wird uns berichtet: Gestern nachmittag gegen vier Uhr wurde in der Kirchgasse in Rixdorf ein Attentat auf eine Frauensperson verübt. Die in der Thäninger Straße 22 wohnhafte Marie Lohz passierte, mit der Markttasche in der Hand, die Kirchgasse. Plötzlich stand ein junger etwa 20jähriger Mensch dicht vor ihr und verfehlte ihr einen Stoß gegen den Unterleib. Die L. bemerkte nun in der rechten Hand des Attentäters ein scharfes Messer. Die Wucht des Stoßes wurde jedoch durch die leberne Tasche gemildert. Das Messer drang seitwärts etwas in den rechten Oberschenkel. Der Messerstecher fiel hierauf noch über sein Opfer her und würgte es am Hals. Die

Markttasche war, wie sich später herausstellte, vollständig durchstochen. Selbstamerweise vernahmte der Täter auch in diesem Falle durch die Flucht zu entkommen. Die L. schildert den Attentäter als einen etwa 20 Jahre alten Menschen mit abgetragener Kleidung, dunklen Ueberzieher und schwarzem, steifem Hut mit zwei Lustlöchern. Der Ueberfall spielte sich in ganz kurzer Zeit ab. Es gewinnt immer mehr den Anschein, daß man es jetzt nicht mehr mit einem, sondern mit mehreren Messerstechern zu tun hat.

Anordnungen des Polizeipräsidenten.

Infolge der sich häufenden Fälle von Messerstechereien — bisher sind zehn Fälle gemeldet worden — hat sich der Polizeipräsident v. Stubenrauch veranlaßt gesehen, besonders energische Maßnahmen zu ergreifen. Der Polizeipräsident ordnete deshalb folgendes an:

Die im Straßen dienst beschäftigten Beamten der uniformierten Schutzmannschaft, der Kriminal- und Sittenpolizei des Landespolizeibezirks Berlin haben besondere Aufmerksamkeit auf alleingehende Frauen und Mädchen zu richten, die Annäherung verdächtiger männlicher Personen zu übernehmen und die zum Schutze angegriffener weiblicher Personen und zur Festnahme des Täters erforderlichen Maßnahmen sofort zu ergreifen. Alle dienstfreien Beamten der uniformierten Schutzmannschaft, der Kriminal- und Sittenpolizei haben sich möglichst viel auf den Straßen zu bewegen und, soweit nötig, in gleicher Weise zu verfahren.

Soweit die Bekanntmachung. Das Publikum wird ferner gebeten, die Beamten in jeder Weise zu unterstützen, aber andererseits zu vermeiden, daß unschuldige und harmlose Passanten verdächtigt werden.

Partei-Angelegenheiten.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine.

Am Dienstag, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr, finden in den sechs Berliner Kreisen die Generalversammlungen der Kreiswahlvereine statt, welche sich in der Hauptfrage mit den Verichten und Vorstandswahlen beschäftigen. Wir bitten schon heute hiervon Vermerk zu nehmen. Der Zentralvorstand.

8. Wahlkreis. Heute, Dienstag, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet eine Versammlung der ersten Abteilung in den „Union-Sälen“, Reichswalder Straße 22, statt. Genosse Schaubert referiert, danach Wahl der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung. Mitgliedsbuch legitimiert. Niemand fehle. Der Abteilungsführer.

9. Wahlkreis. Heute, Dienstag, den 16. Februar, finden in den Abteilungen 9 Mitgliederversammlungen statt, in welchen die Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung gewählt und Vorträge gehalten werden. In der vierten Abteilung bei Wille, Drammenstr. 188, wird ein Vortrag über: „Die Bedeutung des Darwinismus“ gehalten werden.

Die 7. und 8. Abteilung hält am 15. Februar, 22. Februar und 1. März in den „Brachfeld Nordwest“, Bieleffstr. 24, einen Vortragszyklus über: „Das Erfurter Programm“ ab. Referent ist Genosse Max Grünwald.

Charlottenburg. Am Donnerstagabend spricht im „Volkshaus“ Adolf Hoffmann über: „Parteiorganisation und das preussische Abgeordnetenhause“. Die Parteigenossen werden ersucht, für recht zahlreichen Besuch der Versammlung Sorge zu tragen. Der Vorstand.

Jehlendorf. Die Genossen, welche beabsichtigen, am Mittwoch die Versammlung der demokratischen Vereinigung im „Kaiserhof“ zu besuchen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß das Lokal „Der Kaiserhof“ nach wie vor geschlossen ist und jeder Genosse die hieraus entstehende Konsequenz ziehen möge.

Nariendorf. Heute, Dienstag abends 8 1/2 Uhr, im Lokale Hierol, Kurfürststr. 44, öffentliche Versammlung. Frau Verita Lungwisch referiert über: „Die politische Lage“.

Tegel. Heute, Dienstag, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Klippenstein, Spandauer Straße 4, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Emil Dittmer über: „Darwinismus und Arbeiterschaft“.

Friedenau. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet heute, Dienstag abends 8 Uhr, im „Rheinischloß“, Rheinstr. 90, statt. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Die bevorstehende Stichwahl zur Gemeindevertretung am 24. Februar. Delegiertenwahl zur Kreisgeneralversammlung und zur Generalversammlung von Groß-Berlin.

Spandau. Am Mittwoch, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale von C. Gotwald, Schönwalder Straße 80, die außerordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Stellungnahme zu der am 28. Februar in Staaken stattfindenden Kreisgeneralversammlung. 2. Anträge zu derselben. 3. Wahl von 8 Delegierten. 4. Bericht von der Gemeindevertreterkonferenz Groß-Berlins und der Provinz Brandenburg. 5. Neuwahl der Lokalkommission. 6. Neuwahl der Schiedskommission. Ohne Mitgliedsbuch oder Legitimationskarte kein Zutritt. Der Vorstand.

Teltow. Am Dienstag, den 16. Februar, abends 8 Uhr, findet im Lokale des Genossen W. Bonow die regelmäßige Mitgliederversammlung unseres Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht der Stadtverordneten von der Gemeindevertreterkonferenz der Provinz Brandenburg. Wahl der Delegierten zur Kreis-Generalversammlung.

Hermendorf. Die Genossen des Ortes veranstalten am Sonnabend, den 20. d. M., ein Wintervergügen im „Forsthaus“, wozu die gesamte Arbeiterschaft, auch der Umgegend, freundlichst eingeladen ist.

Röpenitz. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß Formulare zum Austritt aus der Landesliste bei den Genossen E. Wähler, Steiger Straße 8 (Zigarrengeschäft), Otto Joch, Grünauer Straße 7 (Restaurant), Franz Weber, Bahnhofsstraße (Zigarrengeschäft) unentgeltlich an jedermann abgegeben werden.

Karlshorst. Heute, Dienstag, den 16. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im „Fürstendamm“: Wahlvereinsversammlung. Vortrag über Darwin. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Zur Arbeitslosenzählung.

Es war ein hartes Stück Arbeit — etwas schwierig, weil nicht die gewaltigen Hüfsmittel, richtiger Zwangsmittel der Behörden dahinterstanden. Trotzdem griffen die Zahnräder des politischen und gewerkschaftlichen Organismus mit gewohnter Präzision ineinander. Die Berliner Arbeiterschaft hat wieder mal bewiesen, daß sie dem Staatsmoloch an Pflichterfüllung den Rang abläuft. Hat gezeigt, daß sie soziale Aufgaben nicht bloß mit dem Munde, sondern auch mit energischer Tat zu lösen versteht und den Radstuhlern abtrübt, was diese in volksfeindlicher Ranküne nicht auszu-

wollen. Die staatlichen und städtischen Instanzen müssen ein bitterböses Gewissen haben, daß sie die Größe der Arbeitsnot nicht offenbar werden lassen. Es ist die Furcht, daß man ihnen die wahren Zahlen, die nicht trügen, vor Augen hält und der kapitalistischen Klasse den Vorwurf ins Gesicht schleudert: Ihr habt das Elend des arbeitslosen, arbeitswilligen Volkes gekannt und ihm doch nicht gesteuert! Nun gut — da Ihr Hirnverblendeten nicht wollt, bringt es die Sonne der machtvollen Volksbewegung an den Tag.

In jenem höflichen, bescheidenen Tone, von dem gewisse Kammerherren noch sehr viel lernen können, sprachen die Tausende von Genossen, welche in treuer Erfüllung ihrer Parteiinteressen das Jährlamt übernommen hatten, bei jeder einzelnen Haushaltung vor. Kein Haus, keine Tür, wo arbeitsame Menschen wohnen, ist verschont geblieben. Man unterzog sich sogar der Mühe, selbst da anzuklopfen, wo mit einiger Gewisheit vorauszusehen war, daß Arbeitslose nicht vorhanden sind. Mit peinlichster Genauigkeit sollte das kleinste Steinchen zu dem sozialen Fundamentbau zusammengetragen werden. War doch die bessere Gewähr für ein annähernd richtiges Resultat schon dadurch gegeben, daß die gewählte einzig richtige Zählmethode mit der lieben Bequemlichkeit so mancher Indifferenten rechnet und ihnen diesmal den Gang zu einer amtlichen Zählstelle ersparte. Kommt der Berg nicht zu Mohammed, sagt ein altes Sprichwort, so kommt Mohammed zum Berg. Zu Ehren der Berliner Bevölkerung soll es gesagt sein, daß der größte Teil derselben unserem Unternehmen mit vollem Verständnis gegenüberstand. An den weitaus meisten Stellen, bei allen Arbeiterfamilien selbstverständlich, wurde die höfliche Anfrage des Zählers in der ruhigen, sachlichen Form erledigt, die der Ernst der Aktion erforderte. Selbst das ja vom Nährvater Staat stark an der Kandare gehaltene Heer von kleinen Beamten empfand die Einsicht, daß es sich hier in erster Linie nicht um eine Stärkung der Sozialdemokratie, nicht um eine Schädigung des Staatswesens handle, sondern im Gegenteil um eine Statistik echt sozialer Charakter, die für die Gesamtheit des Volkes gute Früchte tragen soll. Da natürlich, wo der geistige Horizont sich über die laze Moral freisinnigen Mudertums und konservativer Schwachköpfe nicht hinaushebt, konnte man ein verständiges Eingehen auf unsere Arbeitslosenzählung kaum erwarten. Es hat denn auch nicht gefehlt an vornehmen Kammerherrnfiguren, die dem Zähler einfach die Tür vor der Nase zuwarfen oder ihre ablehnende Haltung gar noch mit einer Brutalität würzten. An einem glatten „Nein“ ließen sich diese edlen Herzen nicht genügen. Sie mußten noch den Extratrumpf auspielen, daß sie mit der für wahre Volksrechte kämpfenden Partei nichts zu tun haben wollen. Genügt hat es ihnen nichts, denn fast überall sind die Zähler trotz dieser Liebeshöflichkeit zum Ziele gelangt.

Die Zählung der Partei und Gewerkschaften will und kann keinen Anspruch auf unbedingte Vollständigkeit erheben. Das ist schon deshalb nicht möglich, weil verschiedene Sammelstellen, wo viele Hunderte von Arbeitslosen zusammenströmen, die Zählung erschwert haben, allen voran das städtische Obdach, dessen Leitung ja noch niemals durch sozialpolitische Geistreichigkeit geglättet hat. Dennoch dürfen wir mit dem Ergebnis zufrieden sein. Es wird sich bei näherer Prüfung und Vergleichung des Zählmaterials bald herausstellen, was von den amtlichen Zählungen, nach dem Meldesystem, die sich mit einem Krebschaden des Staatswesens befassen, zu halten ist.

Für die Mittagspeisung bedürftiger Schulkinder hat der Magistrat von Berlin 100 000 M. in den Etat 1909 eingestellt.

Die Armenkommissionsvorsitzer fordern wieder einmal, daß tiefer in den Stadtsäckel gegriffen werde. Die Armenverwaltung soll mehr hergeben, allerdings nicht für die Armen, sondern für die Herren Vorsitzer. Den Vorsitzern der Armenkommissionen wird seit langem für ihr eigenes Portemonnaie eine bare Vergütung gewährt, die sich gegenwärtig auf dreihundert Mark pro Jahr beläuft. Dieser Betrag gilt als Entschädigung dafür, daß die Vorsitzer zur Erledigung ihrer Amtsgeschäfte ein Zimmer bereithalten müssen. Für das Etatsjahr 1908 ist die Summe der an die Armenkommissionsvorsitzer zu zahlenden Entschädigungen angenommen worden auf 180 000 Mark, die durch den Etat bewilligt wurden. Zufrieden waren aber die Vorsitzer mit der ihnen gewährten Entschädigung schon längst nicht mehr, und unangenehm wurde dafür agitiert, daß man mehr fordern müsse. In der letzten Vorsteherversammlung ist nun verhandelt worden über einen Antrag der Armenreise 18 und 18, die Armenverwaltung um Erhöhung der Unkostenentschädigung für die Armenkommissionsvorsitzer zu ersuchen. Begründet wurde diese Forderung von Herrn Goffe, dem Vorsitz der Kommission 126 (Zeile der Greifswalder Straße, der Huselandsstraße, der Lippehner Straße). Herr Goffe selber hat, nebenbei bemerkt, früher seine Sprechstunden für Armenangelegenheiten nicht in seiner Wohnung Greifswalder Straße 209, sondern in dem Mietschulhaufe Greifswalder Straße 207 abgehalten. Er ist nämlich Gemeindefullehrer und amtiert an der betreffenden Schule; inzwischen ist aber dieses Mietschulhaus aufgegeben worden, so daß Herr Goffe jetzt wohl seine eigene Wohnung hergeben muß. Die Vorsteherversammlung beschloß, der Antrag auf Erhöhung der Entschädigung solle der Armenverwaltung zur weiteren Veranlassung übergeben werden. Bezüglich der Höhe der künftigen Entschädigung lagen zwei Vorschläge vor: Der eine forderte 400 M., der andere sogar 480 M. Die Herren, die es nicht unter 480 Mark pro Jahr tun wollen, waren in der Versammlung so zahlreich vertreten, daß dieser zweite Antrag mit bedeutender Mehrheit angenommen wurde. Hinterher gab es noch eine längere Geschäftsordnungsdebatte, die so stürmisch verlief, daß schließlich der Vorstand sein Amt niederlegte. Wenn die Armenverwaltung die Forderung der Armenkommissionsvorsitzer bewilligt und die Entschädigung von 300 M. auf 480 M. erhöht, dann ergibt das eine Mehrbelastung des Armenetats um mindestens 80 000 M. pro Jahr. In der Armenkommission wird sonst, wenn mehr ausgegeben werden soll, nicht selten die Frage aufgeworfen, wo denn das Geld dazu herkommen solle. Solche Bedenken scheint der Mehrheit der Vorsitzer nicht aufgestiegen zu sein in dem vorliegenden Fall, wo es sich um die ihnen selber zu gewährenden Entschädigung handelt.

Submissionen. Bei der Ausschreibung der Lieferung von Barreumöbeln für die Tiefbauverwaltung im Neubau des „Stadthaus“ sind u. a. 8 Angebote abgegeben, darunter eins von E. Goffow Akt., der 3641 M. verlangt und eins von E. Trost, der 5427 M. fordert. Differenz: 1886 M. Noch größer ist diese bei der Ausschreibung von Türen für das Charlottenburger Polizeipräsidium. Die Firma Sauerwein berechnet: 17 211 M. und Feinr. Mittag: 9614 M. Differenz: 7 597 M. Für Bänke im Reform-Gymnasium Charlottenburg verlangt Wegener, Wilmersdorf: 8398 M. und Mattia, Charlottenburg nur 1720 M. Differenz: 6678 M. Kommentar ist wohl überflüssig.

In die Mithbürger Groß-Berlin

richte ich die dringende und herzliche Bitte, dem Berliner Asylverein für Obdachlose, der während seines vierzigjährigen Bestehens über 6 1/2 Millionen Obdachlosen Unterhalt gegeben hat, der sie verpflegt, durch ein Bad gereinigt und ihnen zum Teil auch Arbeit verschafft hat, und der dafür ein Kapital von 3 Millionen aufgewendet hat, in augenblicklicher finanzieller Not zu Hilfe zu kommen.

Das Recht zu diesem Appell an die Berliner Bürgererschaft glaube ich mir dadurch erworben zu haben, daß ich als Mitbegründer des Vereins, als sein Vorsitzender seit dem Tage seiner Begründung, dem 30. November 1868, in rastloser Arbeit tätig war, um das Werk der Barmherzigkeit, das den Kernstein der Armen unter unseren Mithbürgern das Notwendigste bietet, dessen der Mensch bedarf, aufzurichten und auszubauen.

Mit leeren Händen gründeten einige warmherzige Bürger Berlins den Verein und errichteten die ersten Asyle. Schon nach kurzer Zeit konnten wir, gefördert durch die Freigebigkeit unserer Mithbürger, zwei andere Gebäude errichten. Beide Häuser erwiesen sich nach wenigen Jahren als zu klein für die große Not, die die rasch vorwärtsschreitende Weltstadt mit sich bringt. Wir gingen nun daran, ein neues Männerasyl für 700 Personen zu erbauen, und als wir auch das Haus, das unser Frauenasyl enthielt, wegen Niederlegung des Scheunenviertels an den Magistrat von Berlin zu verkaufen gezwungen waren, errichteten wir auch ein neues Asyl für 400 Frauen. Dazu waren wir nur insofern durch reichliche Zuwendungen und freiwillige Vermächtnisse bemittelter Mithbürger. Beide Anstalten wurden mit allem ausgestattet, was die neue Wissenschaft der Hygiene verlangt und was der Fortschritt der Technik bietet. Beide Institute sind nicht bloß für den Augenblick gebaut, sie sind nach Umfang und Einrichtung — und dies sei hier ausdrücklich ausgesprochen gegenüber den Vorwürfen, die uns von manchen Seiten gemacht wurden — viele Jahrzehnte geeignet, ihrem Zwecke zu dienen. Die Mitglieder des Hygiene-Kongresses, der im September 1907 in Berlin tagte, erkannten unsere Asyle als Musteranstalten an und empfahlen sie zur allgemeinen Nachahmung. Im gegenwärtigen Augenblick aber sind durch die ungeheure wirtschaftliche Depression der letzten Jahre unsere Ausgaben so gewachsen, daß es uns an ständigen Mitteln fehlt; nur durch die Freundlichkeit unseres Banthauses sind wir in der Lage, das zu leisten, was die Not der Zeit von uns fordert. Wir dürfen aber nicht länger den Kredit unserer Freunde in Anspruch nehmen, wir müssen danach streben, daß wir durch die regelmäßig fließenden Beiträge von Mitgliedern die laufenden Ausgaben unserer Anstalten decken. Die Bewohner Berlins haben stets offene Herzen und Hände, wenn Unglück und Not und andere heimlich. Die großartige Teilnahme, die Berlin wie ganz Deutschland den unglücklichen Opfern von Messina erwiesen hat, war ein neues Zeugnis jener edelmütigen Hilfsbereitschaft, deren wir uns mit Recht rühmen.

Ich appelliere an diese immer von neuem bewiesene Hilfsbereitschaft.

Unsere Asyle, die Tausenden von Obdachlosen eine Zuflucht gewähren, wenn sie ohne Dach umherirren, die ihnen durch ein Bad und die zuverlässige Säuberung ihrer Kleider die Möglichkeit geben, unser Haus wieder menschenwürdig zu verlassen, schützen auf diese Weise die Bewohner unserer Stadt vor außerordentlichen Gefahren. Es ist nicht ohne Bedeutung, daß unseren beiden Asylen jede Epidemie bisher ferngeblieben ist.

Von den 3 Millionen Einwohnern Groß-Berlins sind nicht mehr als viertausend Mitglieder unseres Vereins. Der Zweck dieses Appells ist es, diese Zahl zu vergrößern. Wenn uns 40 000 Mithbürger von ihrem Ueberfluß jährlich nur 1 1/2 oder 2 M. beisteuern, erhalten unsere Institute eine unerschütterliche Grundlage für Jahre und Jahrzehnte.

Mithbürger, laßt diesen Ruf nicht ungehört verhallen, kommt, schaut und helfst, dies Berlins gehört uns allen.

Februar 1909. Gustav Thölde.

Sie haben vorstehendem Aufruf des Begründers und langjährigen Vorstehers des Asylvereins, Herrn Gustav Thölde, gern einen Platz in unseren Blatte eingeräumt und wünschen dem Appell besten Erfolg. Beiträge und Beitrittserklärungen nehmen entgegen die Schatzmeister des Vereins, die Herren Alfred Hirschfeld, Berlin W., Kleiststr. 8, und Dr. Paul Arons, Berlin W., Mauerstr. 34.

Ueber ein unerhörtes Vorkommnis in der Charité wird uns aus Spandau geschrieben: Der Arbeiter Hermann Dubberstein, Jüdenstraße 12 hier wohnhaft, trat am 12. Oktober 1908 in dem Strafgefängnis zu Zehlendorf eine viermonatliche Gefängnisstrafe an, die er wegen Mißhandlung von Pferden erlitten. Am 14. November 1908 erhielt die Ehefrau des D., die während der Strafzeit ihres Mannes zwei Kinder im schulpflichtigen Alter allein zu ernähren hat, von dem Direktor des Strafgefängnisses die schriftliche Nachricht, daß ihr Ehemann an Influenza schwer erkrankt sei und daß sie denselben in der Zeit von acht Uhr vormittags bis vier Uhr nachmittags täglich besuchen könne. Für ausreichende ärztliche Hilfe sei gesorgt. Am 15. November vorigen Jahres besuchte Frau Dubberstein ihren Mann zum letzten Male. Derselbe wurde dem am 18. November v. J. nach der lgl. Charité, Schumannstr. 2, übergeführt. Die Frau, welche nun glaubte, daß ihr Mann gut untergebracht war und die selber nicht viel Zeit übrig, wohl auch keine Mittel hatte, um nach Berlin zu fahren, wartete sehnsüchtig auf den Ablauf der Strafzeit, welche mit dem 12. Februar 1909 zu Ende ging. Sie fuhr an diesem Tage mit ihren Kindern nach der Charité, um ihren Mann abzuholen. Dort erfuhr sie zu ihrem Entsetzen, daß ihr Mann bereits am 28. November 1908 gestorben, auf dem städtischen Friedhofe in Friedrichsfelde auf Armenkosten begraben und der Leiche auf Veranlassung der Armenverwaltung verkauft sei. Gleichzeitg wurde ihr ein vom 12. Februar 1909 datiertes Schreiben der Charitéverwaltung mit folgendem Inhalt übergeben: „In Erfüllung unserer traurigen Pflicht zeigen wir hierdurch ergeben an, daß der am 18. November 1908 in das kgl. Charité-Krankenhaus aufgenommene Arbeiter Hermann Dubberstein am 28. November 1908, vormittags 11 Uhr, an Unterleibstypus gestorben ist“ p. p.

Es ist einfach nicht zu verstehen, weshalb die Frau nicht von dem Tode ihres Mannes benachrichtigt ist. Die Charitéverwaltung kann sich damit nicht entschuldigen, daß sie die Adresse der Frau nicht gewußt hat, denn dieselbe war ja bei der Gefängnisdirektion in Zehlendorf, von wo aus Dubberstein eingeliefert war. Es ist ein dringendes Erfordernis, daß hier untersucht wird, an wem die Schuld liegt.

Warum er kein armes Mädchen heiratet. In der Sonntagsnummer des „Berliner Tageblatt“ sucht ein Heiratskandidat in einem umfangreichen Inserat eine Dame kennen zu lernen, „von der er annehmen darf, daß sie sein Lebensglück ausmache“. Der Herr führt, nach seinen Angaben, das völlig schuldenfreie Geschäft seiner Eltern und erhält, wenn er sich verheiratet, jährlich einen Zuschuß von 6000 M., um „einen behaglichen Hausstand führen zu können“. Und nun folgt die tiefe Lebensweisheit: „Ich habe die Erfahrung gemacht, daß arme Mädchen, welche in gute Verhältnisse heiraten, verschwenderisch werden, während reiche das Geldes Wert zu schätzen wissen. Ich heirate deshalb (?) nur eine Dame mit Vermögen. Reizungsheirat, keine Geldheirat.“ Ein gerissener Philosoph! Der pathetische Schluß kann nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß es ihm um die Moneten zu tun ist. Also, warum denn nicht ehrlich, ohne Umschweife: „Ich will Geld, je mehr, je lieber.“

Der Selbstmord eines Schuhmanns Kiewalter in der Riegnitzer Straße 11 erregt im Südosten der Stadt großes Aufsehen. Kiewalter, der auf der Wache Kottbuser Ufer 44 angestellt war, wird nachgefragt, daß er sich erhebliche Unterschlagungen habe zuschulden

kommen lassen. Er habe nebenbei Geldgeschäfte gemacht, das Geld aber durch Wetten und Spielen an den Mann gebracht und dadurch viele kleine Leute, zumal Geschäftleute, hineingelegt. Die vertretenden Summen sollen sich in die Zehntausende belaufen. Weil er weder aus noch ein getauft habe, hat er sich im Keller seines Wohnhauses durch Schwefelsäure Gift genommen.

Die amtliche Arbeitslosenzählung nach dem Meldesystem findet heute Dienstag in Berlin und 20 Vororten statt; u. a. in Charlottenburg, Nixdorf, Wilmersdorf, Reinickendorf, Weihensee, Groß-Lichterfelde, Steglitz, Nimmelsburg, Stralau, Wrig, Fegels, Friedrichsfelde, Mariendorf, Tempelhof und Treptow. Die Zählung erfolgt wie am 17. November v. J. in Zählbüros, deren Verzeichnis an den Anschlagtafeln heute zu sehen ist. Die männlichen Arbeitslosen meiden sich von 8—12 Uhr, die weiblichen von 12—8.

Der Kaiser hat an den Oberbürgermeister Kirchener eine Kabinetsorder ergehen lassen, in welcher er noch besonders seinen herzlichsten Dank für den freundlichen Empfang seiner Gäste, des englischen Königspaares zum Ausdruck bringt. In dieser Beziehung heißt es in dem kaiserlichen Dankschreiben: „Zugleich ist es mir ein Bedürfnis, auch meinerseits Dank und Anerkennung zu sagen für die herzliche Begrüßung meiner erlauchten Gäste, die prächtige Ausdehnung der Feststraße und deren einzelnen Gebäude sowie das sympathische Verhalten der Berliner Bürgererschaft während der ganzen Dauer des hohen Besuches. Berlin hat durch diese Rundgebung und Veranstaltungen wesentlich dazu beigetragen, den Aufenthalt der englischen Majestäten zu einem so angenehmen und erfreulichen zu gestalten, und dadurch zugleich erneut dem Wunsche des deutschen Volkes Ausdruck verliehen, die freundlichen Beziehungen zu dem stammverwandten englischen Volke zu pflegen und zu stärken.“

Zum Zwangsversteigerungswesen. Dieser Tage war im „Lokal-Anzeiger“ folgendes Inserat zu lesen:

„Zwangsversteigerung.“

Am Samstag, den 13. d. M., vormittags 10 Uhr, werde ich Hofener Str. 19: 8 Tauben und 3 Kaninchen öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigern.

Page 1, Gerichtsvollzieher, Kopenickstraße.

Man frägt sich unwillkürlich: Was soll denn aus dem Verkaufserlös eigentlich gedeckt werden? Etwa die zehnzeitige Anzeige?

Eine umfangreiche Betriebsstörung im Straßenbahnverkehr wurde am gestrigen Montag durch einen Kabeldefekt in dem Charlottenburger Elektrizitätswerk herbeigeführt. Die Störung erstreckte sich auf Kurfürstendamm, Wilmersdorfer Straße bis zum Stuttgarter Platz, Kant- und Leibnizstraße und vom Amtsgericht Charlottenburg bis Bigleben und dauerte von 12⁰⁰ Uhr bis 1⁴⁵ Uhr nachmittags. Die Störung wurde durch Zuschalten einiger Speisepunkte der Berliner Elektrizitätswerke und des Schönberger Elektrizitätswerkes behoben. Soweit sich die Wagen der in Betracht kommenden Straßenbahnlinien nicht im Störungsgebiet befanden, wurden sie abgelenkt resp. vorzeitig umgeleitet.

Die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte veranstaltet in dieser Woche folgende hygienische Vorträge, welche wie nachstehend aufgeführt, stattfinden. Der Zutritt zu diesen Vorträgen ist für jedermann unentgeltlich.

Am Donnerstag, den 18. Februar cr., sprechen in den Sälen der nachbenannten Gemeindefschulen über das Thema: „Krankheiten“ Herr Dr. E. Frölich in der 247./252. Gemeindefschule, Rigaer Straße 81/82; Herr Dr. C. Mendel in der 240./254. Gemeindefschule in der Waldener Straße 25; Herr Dr. v. Rutkowski in der 11./178. Gemeindefschule, Eberswalder Straße 10; Herr Dr. D. Kronsohn in der 115./237. Gemeindefschule, Schaller Str. 55/56.

Am Freitag, den 19. Februar cr., sprechen über das Thema: „Frauenkrankheiten und ihre Verhütung“ (nur für Frauen) Herr Sanitätsrat Dr. Arendt in der 91./101. Gemeindefschule, Gneisenaustraße 7; Herr Dr. D. Abraham in der 81./109. Gemeindefschule, Rilsiter Str. 4/5; Herr Dr. A. Simon in der 118./127. Gemeindefschule, Pankstr. 8; Herr Dr. D. Wadofen in der 228./279. Gemeindefschule, Pankstr. 5.

In Voghagen-Kummelsburg in der neuen Schule, Marktstraße, spricht am Dienstag, den 16. Februar cr., Herr Dr. P. Richter über das Thema: „Hautpflege und Kleidung“.

In Charlottenburg spricht am Mittwoch, den 17. Februar cr., in der 12. Gemeindefschule, Sophie-Charlottenstraße 60, Herr Dr. Wegscheider über das Thema: „Gefahren des Alkohols“.

In Lichtenberg in der Gemeindefschule, Kronprinzstr. 20, spricht am Donnerstag, den 18. Februar cr., Herr Dr. E. Vissenthal über das Thema: „Die geschlechtliche Ansteckung und ihre Verhütung“.

In Pankow in der 2. Gemeindefschule, Brunowstraße, spricht am Donnerstag, den 18. Februar cr., Herr Dr. Nagelschmidt über das Thema: „Nichtbehandlung“.

In Nixdorf spricht am Freitag, den 19. Februar cr., Herr Dr. Syd in der 110. Gemeindefschule, Kaiser-Friedrichstr. 4, am Hermannplatz, über das Thema: „Krankheiten der Verdauungsorgane“.

In Schöneberg in der 10./11. Gemeindefschule, Feuerstr. 61/62, spricht am Dienstag, den 16. Februar cr., Herr Dr. M. Weinrich über das Thema: „Die geschlechtliche Ansteckung und ihre Verhütung“.

In Tempelhof bei Herrn Hugo Wunder, Kaiserin-Augusta-Straße 1, spricht am Freitag, den 19. Februar cr., Herr Dr. Vamberger über das Thema: „Frauenkrankheiten und ihre Verhütung“ (Nur für Frauen).

Im Weihensee in der Gemeindefschule, Langhansstr. 120, spricht am Freitag, den 19. Februar cr., Herr Dr. Löwenberg über das Thema: „Frauenleiden und ihre Verhütung“ (Nur für Frauen).

Sämtliche Vorträge beginnen pünktlich abends 8 Uhr.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Vor etwa acht Monaten ist einem Hause in der Schlesischen Straße von zwei jungen Leuten ein Straßenhandelswagen untergestellt und für zwei Monate Standmiete gezahlt worden. Da bisher keine Nachfrage gestellt und auch der Wagen nicht abgeholt worden ist, so besteht die Vermutung, daß der Wagen gestohlen worden ist. Es ist ein einpänniger, mittelgroßer, vierrädriger Wagen mit dunkelrotem Untergestell, schwarz abgeleht, dunkelgrünem etwa 40—50 Zentimeter hohen, offenen Kasten, hinten mit Klappe, in welchem die Felde mahagoniartig gefächelt sind. Am Außersitz das Sitzbrett mit rotem Felde, zwei Scherhäume ohne Firma. Neulackfalten wollen sich im Zimmer 323 melden oder zu Tagebuch. 626 IV. 26. 09 schriftlich Nachricht geben.

Feuerwehrbericht. Am Sonntagabend wurde die Feuerwehr zweimal nach der Petersburger Straße gerufen. In dem Hause Nr. 80 stand eine Wohnung in großer Ausdehnung in Flammen, so daß tüchtig Wasser gegeben werden mußte, um den Brand zu löschen, und Nr. 5 war ein Wasserrohr geplatzt, wodurch eine Ueberschwemmung verursacht worden war. Gleichzeitig wurde die Wehr zweimal nach der Adlerstraße alarmiert. In Nr. 103 war ein Wohnungsbrand zu löschen und in Nr. 14/15 stand infolge eines Wasserrohrbruchs eine Wohnung unter Wasser. Ferner wurden noch Wasserrohrbrüche aus der Zimmerstr. 13, Linienstr. 131 und anderen Stellen gemeldet. In der Anstatterstraße 11 brannten Betten und in der Säwewer Straße 18/19 Tapeten, ein Gummischlauch und anderes. Ein Kellerbrand beschäftigte den 16. Zug in der Adolffstr. 12a; Kisten, Lampen und alter Hausrat brannten dort. Weitere Feuermeldungen liefen aus der Niederbarnimer Straße 8, Choriner Straße und anderen Stellen ein.

Wegen einer Benzinexplosion wurde am Sonntagnachmittag um 2 Uhr die Feuerwehr aus der Pankstraße nach der Lindenaderstr. 44 alarmiert. Zwei Männer, die durch Stichflammen Brandwunden im Gesicht und an den Händen erlitten hatten, wurden von der

Feuerwehr auf Anordnung eines Arztes nach dem Krankenhause gefahren. Durch die Gewalt der Explosion waren in der Wohnung Fenster geplatzt. Die Flammen, die Tische, Stühle, Schalbeden usw. erfasst hatten, konnten bald gelöscht werden. — Zur Beseitigung einer schadhaften Konsole von dem Hause Jägerstr. 17 wurde die Feuerwehr requiriert, die ohne Gefährdung des Publikums die Konsole herunterführte. — Der 4. Automobilzug wurde nach der Prengelauer Allee 206 gerufen, wo Benzol in Brand geraten war und die Stichflammen die Straßenpassanten gefährdeten. Derselbe Zug hatte Greifswalder Straße 71 zu tun, wo ein Schuppen auf einem Holzplatz brannte. Um die Gefahr für den Holzplatz zu beseitigen, ließ Brandmeister Gemp sofort mit einer Dampfmaschine kräftig Wasser geben. Auf dem Raabiter Güterbahnhof brannten gleichzeitig Pflanzhöfen und in einer Wohnung in der Lilliter Str. 85 Kleider usw.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Der Schöneberger Haushaltsplan für 1909 ist im Voranschlag fertiggestellt und der Stadtverordnetenversammlung unterbreitet worden. Die erste Lesung des Etats wird bereits am Montag beginnen. Der Gesamtetat schließt diesmal in Einnahmen und Ausgaben mit 31 821 833,00 M. ab. Er ist also gegenüber dem Vorjahre um 10 710 93,00 M. höher. Dieses Mehr fällt hauptsächlich auf den Bau der städtischen Untergrundbahn. Von dem Gesamtetat entfallen auf die ordentliche Verwaltung 12 906 514,00 M. (1 Million mehr wie im Vorjahre) und auf die außerordentliche Verwaltung 18 885 319,00 M. (9 Millionen mehr wie im Vorjahre).

Ueberschüsse bringen die folgenden Einzel-Etats: Grundstücketat: 9600 M. (1908: 10 350 M.), Verkehrsetat: 183 247 M. (1908: 185 056 M.), Friedhofsetat: 23 870 M. (1908: 24 799 M.), Steueretat: 5 402 588 M. (1908: 5 219 440 M.).

Zuschüsse erfordern die folgenden Einzel-Etats: Allgemeine Verwaltung: 1 654 938 M. (1908: 1 498 934 M.), Bauetat: 252 580 M. (1908: 287 054 M.), Schuletat: 2 224 522 M. (1908: 1 923 239 M.), Armenetat: 306 115 M. (1908: 268 140 M.), Krankenhaus: 505 031 M. (1908: 557 565 M.), Desinfektionsanstalt: 16 580 M. (1908: 14 989 M.), gemeinnützige Einrichtungen: 212 442 M., Feuerlöschwesen: 260 375 M. (1908: 250 144 M.), Gärtnereietat: 97 947 M. (1908: 90 515 M.). — Von den Zuschüssen zu den Schuletat entfällt ungefähr nur die Hälfte auf die Gemeindegemeinschaften: 1 375 160 M., 31 000 M. auf die Fortbildungsschule und das übrige auf die höheren Schulen. Der Etat für gemeinnützige Einrichtungen ist neu geschaffen, er setzt sich zusammen aus folgenden einzelnen Positionen, die früher gesondert geführt wurden: Wohlfahrtspflege: 145 000 M., Zuschuß, Volksbadeanstalt: 7000 M., Volksbücherei und Lesehalle: 35 000 M., Arbeitsnachweis: 9000 M., Unterfunktraum: 2800 M., Rechtsauskunftsstelle: 3990 M., Kranfentransportwesen 8800 M. Zuschuß.

Der Beitrag zu den Kosten der Polizeiverwaltung ist von 181 000 M. auf 278 000 M. gestiegen. Diese Steigerung ist im wesentlichen auf das neugeschaffene Polizeikostengesetz zurückzuführen.

Charlottenburg.

Die Generalversammlung der Freien Volkshöhe Charlottenburg für das abgelaufene vierte Vereinsjahr findet morgen, Mittwoch, den 17. Februar, abends 8 Uhr, im Vollschauspiel, Charlottenburg statt. Nur Mitglieder haben Zutritt, jedes Mitglied sollte in Anbetracht der folgenden Tagesordnung zur Stelle sein! 1. Vortrag von Fritz Zietz über „Tollstol, Gorki und Pola“. 2. Verwaltungsrat, Kassen- und Revisorenbericht, Anträge des Vorstandes auf Statutenänderung. 3. Wahl der Funktionäre für das neue Geschäftsjahr. 4. Verschiedenes.

Treptow-Baumfchulweg.

Aus der Gemeindevertretung. Dem Antrage des hiesigen Lehrervereins, die Kassen der Gemeindegemeinschaften zum Zwecke kinematographischer Vorführungen kostenlos zu überlassen, wurde debattelos zugestimmt. — Für die Alarmzentrale der freiwilligen Feuerwehr wurden die Kosten für 13 Feuermelder neuesten Systems, wie sie in Charlottenburg und Wilmersdorf zur Aufstellung gelangt sind, bewilligt. — Zum Erlaß einer neuen Baupolizei-Gebührenordnung betonte der Bürgermeister, daß sich die Tätigkeit der Baupolizei bei Prüfung der Baupläne und Bauaufsichtigung der Bauten wesentlich vermehrt habe. Die statistischen Berechnungen erforderten infolge der ausgedehnten Verwendung von Betondecken umfangreiche Bureauarbeiten sowie Baukontrollen, um Unglücksfällen vorzubeugen. Auch bei Alfordarbeiten, welche besonders im Plauergerwerbe vorkommen und Unglücksfälle herbeiführen, muß eine schärfere Kontrolle Platz greifen. Da die Einnahmen nur zu $\frac{1}{3}$ gedeckt würden, sei es erforderlich, die Gebühren zu erhöhen. Die

Debatte, an welcher sich von der sozialdemokratischen Fraktion Genosse Gerich beteiligte, gab den Ausführungen recht; es wurde der Entwurf mit einer kleinen Erhöhung angenommen. — Die Frage der Einführung des Ahtuhr-Ladenschlusses hat die erforderliche Zweidrittelmehrheit gefunden. Der Gemeindeverordnete Klapp hielt die Einführung des Ahtuhr-Ladenschlusses noch für verfrüht, er meinte, die Geschäftsleute würden später eventuell dagegen sein. Genosse Gerich betonte, daß sich auch die Geschäftsleute nach einem früheren Ladenschluss sehnend und daß das laufende Publikum sich ebenso wie in früheren Jahren bei Einführung des Reunahr-Ladenschlusses damit abfinden wird. Hierauf erklärte sich die Vertretung mit der Einführung des Ahtuhr-Ladenschlusses einstimmig einverstanden. Genosse Gramenz stellte hierbei den Antrag, den Gemeindevorstand zu ersuchen, eine Umfrage bei den Inhabern offener Verkaufsstellen über eine Einschränkung der Arbeits- und Verkaufszeit an den Sonntagen zu veranstalten. Nach kurzer Begründung durch den Antragsteller wurde der Antrag dem Gemeindevorstande überwiesen. Den Haushaltsplan für 1909 erläuterte der Bürgermeister in längeren Ausführungen. Derselbe balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 1 960 000 M., das ist gegen das Vorjahr ein Mehr von 888 500 M. Davon entfallen auf die allgemeine Verwaltung 21 200 M. Einnahme und 201 768,37 M. Ausgabe. Kapital- und Schuldenverwaltung weisen eine Einnahme von 77 627,85 M. und eine Ausgabe von 246 336,89 M. auf. Grundeigentum hat 4534 M. Einnahme und 3831 M. Ausgabe; Schulwesen 12 220 M. Einnahme und 196 606 M. Ausgabe. Von diesen Ausgaben entfallen auf die Volksschule 180 326 M., auf die gewerbliche Pflicht- und Fortbildungsschule 3800 M. und auf die höheren Schulen 12 420 M. Feuerwehr 50 M. Einnahme und 1450 M. Ausgabe; Armenwesen 3710 M. Einnahme und 18 800 M. Ausgabe; Wohlfahrts- und gemeinnützige Zwecke 1050 M. Ausgabe; Friedhof 3800 M. Einnahme und 1621 M. Ausgabe; Gemeindeablagen 3000 M. Einnahme und 778 M. Ausgabe; Straßen- und Straßenverwaltung 29 902,21 M. Einnahme und 123 471,85 M. Ausgabe; Kanalisationsverwaltung 98 100 M. Einnahme und Ausgabe; Steuerverwaltung 889 000 M. Einnahme und 212 891 M. Ausgabe; Dispositionsfonds 856,44 M. Einnahme und 28 368,09 M. Ausgabe. — Nach längerer Debatte, in welcher unsere Genossen die Subvention für die Privatschule zu streichen beantragten und die hohen Ausgaben für Jubiläen kritisierten, wurde die weitere Beratung vertagt und eine Kommission eingesetzt, welche sich mit dem Antrage auf Verbilligung der Jubiläen usw. beschäftigen soll. — Bei Vergebung der Freistellen des Realgymnasiums beantragte Genosse Korow, arme und befähigte Schüler unserer Gemeindegemeinschaft zu berücksichtigen. Dieser Antrag wurde vom Bürgermeister als selbstverständlich und im Sinne der Spender der 40 000 M. erklärt.

Nowawes.

Kommission für Jugendfürsorge. Im nichtöffentlichen Teil der letzten Gemeindevertretung wurde u. a. eine Kommission für Jugendfürsorge gewählt. Dieselbe soll den Potsdamer Jugendgerichtshof, welcher demnächst ins Leben treten soll, bei der Einholung von Nachrichten über das Vorleben, die Familienverhältnisse usw. der angeklagten Jugendlichen aus Nowawes unterstützen. Die Kommission ist zusammengesetzt aus Bürgermeister Winkemann als 1. Vorsitzenden, Schöffen Gorgas als stellvertretenden Vorsitzenden, Gemeindevertreter Doh, Raterrat Erdmann, Rentier Philipy und den Damen Frau Woffe und Fräulein Hanide, welche ebenfalls dem Woierrat angehören. In den Sitzungen der Kommission werden mit beratender Stimme hinzugezogen der Rektor resp. Lehrer des Angeklagten und bei Konfirmanten der betreffende Ortspfarrer.

Trebbin (Kreis Teltow).

In der Stadtverordnetenversammlung wurde zunächst der zum Magistratsmitglied gewählte Herr Rathnow vom Bürgermeister Sandach in sein Amt eingeführt. Nach einem Anschlag des Rathaushaushaltbuches über die Entwässerung des Siebbüsches soll dieselbe circa 6000 M. kosten. Hierfür trägt die Regierung $\frac{1}{4}$, der Rathaushaushalt $\frac{1}{4}$, und die Provinz und die Stadt je $\frac{1}{4}$ der Summe. Die Direktion der Bahn hat sich auf ein Gesuch des Magistrats bereit erklärt, nicht nur die Leitung der Locomotiven auf dem Eisenbahngelände zu gestatten, sondern sich auch erbieten, die Locomotiven unentgeltlich zu liefern, wenn die Stadt die Reinigung des Durchlasses übernimmt. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden und bewilligt auch 300 M. Kosten für den technischen Sekretär, der die Aufsicht über die Ausführung der Arbeit übernehmen soll. Das Gesuch des Landwehrvereins, die Sparschensbilder der Sterbekasse in das städtische Depot zu übernehmen, wurde angenommen mit der Bedingung, daß etwaige Kosten, die dadurch entstehen, der Landwehrverein zu tragen hat. Die Beratung des Rammereifloßens und des Wasserwerksbetriebs wurden auf Antrag einer Kommission, bestehend aus den Herren Wagner, Jätner und Häblich zur Vorberatung überwiesen.

Vermischtes.

In der Grube verschüttet. Wie aus Friedrichshütte (Oberschlesien) berichtet wird, brach auf der Friedengrube infolge Feuchtigkeit ein Gerüst zusammen an einer Stelle, wo gerade eine Belegschaft angefahren war. Sieben Mann wurden verschüttet. Durch einen später die Strecke befahrenden Steiger wurde der Unfall bemerkt

und die Rettungsarbeiten wurden in Angriff genommen; bis Sonntag früh 9 Uhr wurden zwei Feuer und zwei Schleppe als Leichen geborgen.

Hochwasserfäden.

Unweit Loppeln bei Havelberg hat, wie aus Rathenow gemeldet wird, Sonntag früh das Hochwasser den Elbebeich durchbrochen, Große Eis- und Wassermassen wälzen sich über das Land. Die Bewohner der Ortschaft Neudorben sind nach Nizow geflüchtet. Andere am Wasser gelegene Dörfer sind von Menschen und Vieh geräumt worden.

Eine Meldung von gestern hierüber besagt: Zwischen Raeben Berge hat gestern abend infolge des Hochwassers auf dem jenseitigen Ufer der Elbe ein Durchbruch des Damms stattgefunden. Durch Eis- und Wassermassen, die das Land überfluten, ist großer Schaden angerichtet worden. Mehrere Dörfer stehen unter Wasser.

Eisenbahnzusammenstoß. Amlich wird aus Königsberg gemeldet. Am 14. d. M. abends fuhr auf Bahnhof Puppen Personenzug 858, auf Güterzug 8519 auf. Beide Maschinen und vier Wagen entgleisten ein Zugbediensteter und ein Postbeamter wurden verletzt. Eine Störung des Betriebes ist nicht eingetreten.

Der Vico de Colima in Tätigkeit. Aus Mexiko wird vom gestrigen Tage gemeldet: Gestern erfolgte ein heftiger mit lautem Getöse verbundener Ausbruch des Vulkan Vico de Colima. Die Vegetation in der Umgebung ist durch die Mengen des herausgeschleuderten heißen Sandes vernichtet. Verluste an Menschenleben sind nicht gemeldet.

Witterungsübersicht vom 15. Februar 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temper. u. d. Luft in Grad C.	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temper. u. d. Luft in Grad C.
Emmenbe	751 B	5 halb Sd.	3	3	Papenburg	784 R	2 wolkent	—	—
Hamburg	759 B	4 wolkig	2	2	Petersburg	—	—	—	—
Berlin	756 B	4 bedekt	2	2	Seidz	772 B	3 halb Sd.	5	5
Kranka	765 B	5 Schnee	—	—	Siberden	766 B	5 heiter	4	4
München	768 B	4 wolkig	—	—	Paris	770 B	2 bedekt	—	—
Wien	764 B	4 halb Sd.	—	—					

Wetterprognose für Dienstag, den 16. Februar 1909. Räher, teilweise heiter, jedoch sehr unbeständig mit kurzen Regenschauern oder Graupelschauern und starken, später abnehmenden nordwestlichen Winden.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 14. 2.		seit 13. 2.		Wasserstand	am 14. 2.		seit 13. 2.	
	cm	cm ²	cm	cm ²		cm	cm ²	cm	cm ²
Remel, Teltow	190 ¹⁾	—	—	—	Saale, Großsch.	214	—	—	—
Bregel, Jüterburg	—	—	—	—	Havel, Spandau ²⁾	96	—	—	—
Wiesfel, Thon	82 ²⁾	—	—	—	Paldenow ²⁾	88	—	—	—
Oder, Raibor	122	—	—	—	Spreew., Spremberg ²⁾	120	—	—	—
Strosch	340 ²⁾	—	—	—	Weslow	80 ²⁾	—	—	—
Frankfurt	269 ²⁾	—	—	—	Weser, Minden	—	—	—	—
Barthe, Schrum	120	—	—	—	Minden	105 ²⁾	—	—	—
Sandberg	98 ²⁾	—	—	—	Rhein, Maxmillianbau	—	—	—	—
Rehe, Boddamm	138 ²⁾	—	—	—	Raub	168	—	—	—
Elbe, Zeitzberg	10	—	—	—	Röln	205	—	—	—
Dresden	—	—	—	—	Redar, Heilbronn	72	—	—	—
Barbo	281 ²⁾	—	—	—	Rain, Brestheim	203	—	—	—
Magdeburg	212 ²⁾	—	—	—	Wosel, Trier	86	—	—	—

¹⁾ + bedeutet Sturz, — Fall, — ²⁾ Unterpeel. — ³⁾ Zustand, ⁴⁾ Treibsel. — ⁵⁾ Schwaches Grundbeis. — ⁶⁾ Starkes Grundbeistreiben.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Leihhaus
Gelegenheitskäufe vorfall. Gold- und Silbersachen, Brillanten etc. Seit 25 Jahren. Prinzenstr. 28¹⁾
Ecke Kütterstr.

Blumen- und Kranzbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.

H. Pfau, Bandagist
Berlin, Direksenstraße 20
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt VII, 13790.
Für Damen weibliche Bedienung.
Referant für alle Krankenkassen.
Blendenweih
wäscht
D. promptester Lieferung u. schonendster Behandlung der Wäsche
Dampf-Wäscherei, Schneewittchen
Weihensee, Friedrichstr. 39/40.
Telephon: Weihensee 203.

Neue Milit.-Stiefel
für Knaben u. Vurschen in den Fußlängen 25, 25 $\frac{1}{2}$, 26, 26 $\frac{1}{2}$, cm. Schaftstiefel m. Doppelsohlen anst. M. 12.— nur M. 7.50, led. Schnürstiefel m. Doppelsohlen anst. M. 10.50 nur M. 6.— geg. Nachn. Nichtgest. zur G. Loll, Grünberg i. Zahl. 72.

Teppiche

Total = Ausverkauf

der B. Hurwitz'schen

Konkursmasse

Rotes Schloß. An der Stechbahn 1-2, Parterre und I. Etage.

Die Riesenbestände in echten Perser und Orient-Teppichen, Deutschen Teppichen, Vorlagen, Portieren, Stores, Gardinen, Läuferstoffen, Tischdecken, Möbelstoffen, Mattenteppichen, Parawants, Fellen, Diwanddecken, Tüllbettdecken, Gobelins, Steppdecken, Bronzen und Waffen werden zu

spottbilligen Preisen ausverkauft.

Das Geschäftslokal muß bis zum 1. April cr. gänzlich geräumt sein. Verkaufszeit nur von 9-1 und 3-8 Uhr. Kontor- und Geschäftseinrichtung soll für jeden annehmbaren Preis verkauft werden.

Wirkliche Ersparnis in Küche erzielt jede Hausfrau mit **MAGGI'S Würze** Schutzmarke — Kreuzstern — Probefläschchen 10 Pfg. Sehr ausgiebig, deshalb sparsam verwenden! „MAGGI'S gute, sparsame Küche“

